



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

„Digitalisierung und Demokratie“



Symposium

Mittwoch, 4. Oktober 2017
Dachfoyer

Stenographisches Protokoll

Programm

I. Eröffnung und Darstellung der Zielsetzungen des Symposiums

Edgar Mayer (Präsident des Bundesrates)

II. Informationen zu politischen Strategien

Mag. Dr. Harald Mahrer (Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft)

Mag. Muna Duzdar (Staatssekretärin für Diversität, Öffentlichen Dienst und Digitalisierung)

III. Panels

Panel 1: Information und Desinformation

Mag. Veit Dengler (Chief Executive Officer der NZZ-Mediengruppe 2013-2017)
Der große Schwindel. Über die mediale Derealisation der Politik

Mag. Dr. habil. Paul Clemens Murschetz, MSc. (Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt)
Staatliche Medienförderung in der digitalen Ära. Leistungsanforderungen aus Sicht der Medienökonomie

Prof. Dr. Wolf J. Schünemann (Institut für Sozialwissenschaften, Universität Hildesheim)
Die Rolle Sozialer Medien in Wahlkampagnen

Dr. Myriam Dunn Cavelty (stellvertretende Leiterin für Forschung und Lehre, Center for Security Studies, ETH Zürich)
Die Wahrheit stirbt zuerst: Moderne Informationskriegsführung und was wir tun können

Univ.-Prof. Dr. Christian Swertz (Institut für Bildungswissenschaft, Universität Wien)
Die Erziehung des Souveräns als Aufgabe der Medienbildung

Panel 2: Transparenz und Partizipation

Andreas Kovar (Geschäftsführender Gesellschafter Kovar & Partners GmbH)
Social Computing Technologien für die Demokratie – Schlussfolgerungen aus dem online-Beteiligungsverfahren „Digitaler Wandel und Demokratie“ des österreichischen Bundesrates

Mag. Ursula Seethaler (Vorstandsvorsitzende Liquid Participation)
Zwischen Top-down und Bottom-up: Ein- und Ausblicke zu deliberativen Online-Bürgerbeteiligungsprozessen

Mag. (FH) Robert Harm (open3 – Verein zur Förderung von openSociety, openGovernment und openData)
Informationsfreiheit und Open (Government) Data als zentrale Voraussetzungen für faktenbasierte Partizipation

Moritz Ritter (Geschäftsführer und Vorstandsmitglied Liquid Democracy e.V.)
Liquid Democracy: Konzepte und Herausforderungen in Theorie und Praxis

Kurze Pause

Panel 3: E-Government

Dr. Maximilian Schnödl, MBA (Harvard) (Chief Operating Officer, Accela / Aufsichtsrat, Bundesrechenzentrum)

„App statt Amt?“ Wie modernes e-Government heute nicht nur weit mehr demokratische Teilhabe ermöglichen, sondern auch den Standort Österreich im internationalen Wettbewerb attraktiver machen kann

Mag. Ulrike Huemer (Chief Information Officer Stadt Wien)

E-Government im Zeitalter der Digitalisierung

Panel 4: Wahlen und Abstimmungen

Prof. Dr. Robert Krimmer (Professor für E-Governance, Technische Universität Tallinn)

Internetwahlen in Estland: Einblick und Ausblick

ao. Univ.-Prof. i.R. Dr. Erich Neuwirth (Fakultät für Informatik, Universität Wien)

eVoting: Nutzen und Gefahren

IV. Fragen und Diskussion

Beginn der Sitzung: 13.10 Uhr

I. Eröffnung und Darstellung der Zielsetzungen des Symposiums

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Herzlich willkommen! Eine angenehme Mittagsstunde, sehr verehrte Damen und Herren! Ich könnte jetzt fast die Frage stellen: Seid ihr alle da? Das hat aber nichts mit dem Bundesrat zu tun, sondern mit einigen Unwägbarkeiten, unter anderem dem Lift, der mehr oder weniger streikt beziehungsweise auch nicht die Kapazität hat, die er haben sollte – so ist es nun einmal in der digitalen Welt.

Wir haben den Sitzungsort verlegen müssen, weil heute eine Sondersitzung des Nationalrates stattfindet. Die Lokalität ist schön, und es ist sicherlich erfreulich, hier die Tagung abzuhalten, aber damit einhergehend haben wir auch einige Probleme, was Referenten anbelangt, und insbesondere, was die politische Ebene anbelangt, denn die beiden angekündigten Vertreter der Politik, Staatssekretärin Muna Duzdar und Minister Harald Mahrer, sind unten beim Aufruf des Dringlichen Antrages im Sitzungssaal. Minister Harald Mahrer hat versprochen, dass er, sobald es möglich ist, dazustoßen und sein Statement abgeben wird, weil er auch für Digitalisierung zuständig ist; wir werden dann das jeweilige Panel unterbrechen, und ich hoffe, dass das auch entsprechend klappen wird. Vorweg bitten wir um Entschuldigung für die Probleme.

Wir wollen jetzt in unsere Veranstaltung zum Thema Digitalisierung und Demokratie einsteigen. Der Bundesrat greift dieses Thema bereits zum dritten Mal auf. Wir waren vor mehr als zwei Jahren auch die erste europäische Kammer, die sich um dieses Thema gekümmert hat – im letzten Jahr Präsident Lindner, davor Präsident Kneifel und jetzt, im dritten Jahr, setzen wir das fort. Ich darf mich vorweg bei Andreas Kovar, Bettina Fernsebner und ihrem Team für die Unterstützung, die sie uns in diesem Zusammenhang geboten haben, bedanken. Das läuft, denke ich, in einem sehr guten Rahmen ab.

Ich freue mich auch, dass wir einige Ehrengäste begrüßen dürfen. Ich darf erwähnen, dass die Vorsitzenden der Bundesratsfraktionen hier sind, ich heiße Martin Preiner, Reinhard Todt und Nicole Schreyer herzlich willkommen! Ich freue mich auch, dass die Frau Vizepräsidentin, Kollegin Ingrid Winkler, hier ist; auch dir ein herzliches Dankeschön fürs Mitdabeisein!

Ich begrüße natürlich auch alle anwesenden Bundesräte und alle Abgeordneten zum Nationalrat, die hier sind, und habe auch noch die große Freude, einen ehemaligen Minister begrüßen zu dürfen, Herrn Dr. Friedhelm Frischenschlager.

Euch allen ein herzliches Grüß Gott, vielen Dank fürs Kommen! (*Beifall.*)

Ich habe jetzt die Aufgabe, sowohl Muna Duzdar als auch Harald Mahrer zu vertreten und die nächste halbe Stunde oder Dreiviertelstunde ein Referat zu halten – was ich natürlich nicht tun werde. Ich möchte aber eingangs schon einiges erklären, wie es dazu kommt und was wir, der Bundesrat, uns unter diesem Thema vorstellen; das sei mir gestattet.

Ich brauche, glaube ich, nicht extra zu erwähnen, dass dies eine der großen Herausforderungen der Zukunft ist, der sich der Bundesrat hiermit stellt, und ich bin dankbar, dass ich am Schluss werde sagen können, wie dieser Bundesrat mit diesem Thema weiter umgehen wird.

Wie aktuell das Thema ist, das wird momentan ja gerade wieder unter Beweis gestellt. Wir haben bald Nationalratswahlen, und wir nehmen doch zur Kenntnis, dass es in diesem Zusammenhang Hasspostings gibt, dass es Fake News gibt und dass massiv versucht wird, auch auf die Demokratie, auf die Nationalratswahlen einzuwirken. Ein Teil dieser Veranstaltung heute soll es sein, dass wir Möglichkeiten aufzeigen, wie man mit einem derartigen Szenario umgeht, weil das natürlich auch eine Welle von Reaktionen ausgelöst hat.

Wer im Internet sozusagen meinungsbildend ist, hat große Macht – Macht, die oftmals auch keiner Kontrolle unterliegt –, und niemand kann eigentlich schon endgültig sagen, wie sehr auch der österreichische Wahlkampf schlussendlich in diesen letzten Tagen im Internet, auf Facebook, Twitter oder YouTube, durch Social Bots oder Programme, die automatisiert durch Bewertungen und Postings Stimmung für oder gegen Kandidaten machen, gelenkt oder manipuliert wird.

Wir müssen uns fragen: Müssen wir das als Parlamentarier, als Demokraten einfach so hinnehmen, weil wir es nicht mehr steuern können, sondern gesteuert werden? Wollen wir weiter dabei zusehen, wie die öffentliche Meinung manipuliert wird, wie Fake News oder automatisierte Postings die Wirklichkeit verzerren?

Die Lösung dieser Probleme wird letztendlich auch zu einer Überlebensfrage unserer Demokratie, und genau dieser Überlebensfrage werden wir uns heute widmen. Wir werden hören, wie verfremdet die Politik bereits wahrgenommen wird, welche Rolle Soziale Medien in Wahlkampfkampagnen spielen und wie moderne Informationskriegsführung die Wahrheit verdreht oder abdreht.

Informationskriegsführung – dieses Wort muss man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen, um die Brisanz dieser Thematik zu begreifen. Es geht längst nicht mehr um ein Wettrennen, nein, wir befinden uns in einem Informationskrieg, sagen die Experten. Ich sage Ihnen, dass wir dem jedenfalls nicht teilnahmslos zusehen dürfen, sondern dass wir da aktiv eingreifen müssen oder eingreifen sollten, um nicht am Ende die Demokratie als erstes Opfer dieses Krieges, dieses Informationskrieges betrauern zu müssen.

Der österreichische Bundesrat hat sich dieser wichtigen Aufgabe angenommen, und er tut das abseits von ideologischen oder parteiischen Interessen; das möchte ich hier wirklich betont haben. Wir machen das auch nicht im stillen Kämmerlein, nein, wir haben neben den Experten, die uns heute informieren und die Beiträge zu unserem Grünbuch verfasst haben, auch die Öffentlichkeit eingeladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen, also, wie man so modern sagt, einen Beteiligungsprozess aufgesetzt.

Über die digitale Plattform www.digidem.at wurden schon viele Kommentare in die Diskussion eingebracht – denen, die sich beteiligen, ein herzliches Dankeschön! –, inhaltlich sind sie breit gestreut, zu praktisch allen Kapiteln unseres Grünbuchs. Viele Kommentare beziehen sich darauf, wie sich die Digitalisierung auf die politische und mediale Kommunikation auswirkt oder auswirken wird. Eine große Zahl der Kommentare betrifft das E-Voting; dieses Thema ist ja auch demokratiepolitisch besonders sensibel.

Ich konnte mir das bei einem Besuch in Tallinn, Estland, persönlich vor Ort erklären lassen. Die Esten sind betreffend dieses Thema sehr weit fortgeschritten, sie sind, was Digitalisierung anbelangt, eines der führenden Länder in Europa beziehungsweise in der Welt; das kann man sich schon sehr intensiv zu Gemüte führen, und da muss man den Esten auch gratulieren. Es kommt ja nicht von ungefähr so, dass Europa sich dieses Themas annimmt; die digitale Agenda ist ein Schwerpunkt der estnischen Präsidentschaft und soll in weiterer Folge auch weiter ausgebaut werden.

Die Diskussionsbeiträge auf unserer Plattform weisen eine hohe Qualität auf, und die Diskussion wurde auch sehr sachlich geführt, während in den Sozialen Medien ja ein Schlagabtausch dem anderen folgt. Ich denke, damit ist uns ein guter Schritt gelungen. Wir haben gezeigt, dass man unter Einbindung der Öffentlichkeit auch hochwertige Diskussionen führen kann, anstatt einander nur anzuschütten. Wir werden die Onlinediskussion, die wir derzeit haben, noch weiterführen, um weitere Beiträge zu bekommen beziehungsweise auch zu lernen und daraus Lehren ziehen zu können.

Wenn heute die Mächtigsten der Welt die öffentliche Meinung vor sich hertreiben – oder vielleicht: hertwittern –, so können wir dem nur über die Stärkung der Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger entgegenwirken. Dazu gehört natürlich auch die Vermittlung von Medienkompetenz, etwa durch das Schulfach Medienbildung, wie das auch in diesem Grünbuch, das wir gemacht haben, vorgeschlagen wird. Im Rahmen dieses Schulfachs muss auch die Fähigkeit zum öffentlichen Gebrauch der eigenen Vernunft erworben werden; das schließt auch den Umgang mit Fake News und Hasspostings ein.

Längst verändert hat die Digitalisierung bereits die gewohnten Abläufe politischer Kommunikation und ihre klassischen Kanäle. Politiker und Parteien können sich zunehmend direkt, persönlich und ungefiltert an die potenziellen Wähler wenden. Das hat bereits massive Auswirkungen auf die klassischen Printmedien, aber auch auf Fernsehen und Radio. Es ist daher, glaube ich, in unser aller Interesse, Mittel zur Förderung der Medienkompetenz und der digitalen Bildung zur Verfügung zu stellen – das ist vielleicht auch ein Auftrag an die nächste Bundesregierung – und die qualitätsvollen Medien und die Meinungsvielfalt zu stärken. Diese Medienförderung darf sich aber nicht alleine auf traditionelle Medien beschränken, sondern muss auch die Onlinemedien umfassen.

Abschließend: Im Anschluss an unser Symposium werden die Ergebnisse dem Zukunftsausschuss des Bundesrates unter der Leitung von Professor Stefan Schennach, der heute anwesend ist, und dem Verfassungsausschuss unter dem Vorsitz vom Bundesrat Dr. Magnus Brunner zugewiesen. Auf Basis dieser weiteren Beratungen wird der Bundesrat dann Anträge an den Nationalrat und an die neue Bundesregierung formulieren.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen, dass Sie dieser wichtigen Thematik heute Ihre Aufmerksamkeit schenken. Gemeinsam mit Ihnen können wir heute einen wichtigen Schritt in die Zukunft machen – einen Schritt zum gelenkten Umgang mit der Digitalisierung, einen Schritt zur Erhaltung von Meinungsfreiheit, Transparenz und Fairness, einen Schritt zur Erhaltung unserer Demokratie. – Ich danke Ihnen. *(Beifall.)*
13.20

III. Panels

Panel 1: Information und Desinformation

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Wir beginnen jetzt mit den Panels, weil die Vertreter der Politik, wie gesagt, derzeit in der Nationalratssitzung sind.

Als ersten Referenten darf ich Herrn Mag. Veit Dengler begrüßen, CEO der NZZ-Mediengruppe bis 2017; er spricht zum Thema: „Der große Schwindel. Über die mediale Derealisation der Politik“.

Zwei Sätze zu Veit Dengler: Veit Dengler war als Manager für mehrere internationale Unternehmen tätig, von 2013 bis 2017 war er Geschäftsführer der NZZ-Mediengruppe. Er hat an der John F. Kennedy School of Government in Harvard und an der WU in

Wien studiert; während dieser Zeit hat Dengler auch als Reporter im Osteuropabüro des „Time Magazine“ gearbeitet.

Herzlichen Dank, Herr Dengler, dass Sie sich zur Verfügung gestellt haben. Ich darf Sie zum Rednerpult bitten.

13.21

Mag. Veit Dengler: Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bin ja schon seit fünf Jahren in der Schweiz, bin deswegen nicht mehr so ganz auf dem Laufenden mit dem richtigen Protokoll in Österreich, was Titel und so weiter betrifft, ich habe aber in Südafrika etwas gelernt; wenn man dort eine Rede anfängt, dann macht man das mit dem Satz: All protocols observed – und dann sollen sich alle mit ihren jeweiligen Titeln angesprochen fühlen. In diesem Sinne bitte ich Sie, ein „All protocols observed“ zu akzeptieren.

Mein Thema ist: „Der große Schwindel. Über die mediale Derealisation der Politik“. – Diese und andere geschwollene Ausdrücke werden Sie dann im Grünbuch lesen, wenn Sie das noch tun wollen. Ich werde versuchen, relativ knapp eine Geschichte zu erzählen; das ist die Geschichte von Fake News und was sie eigentlich bedeutet.

Fake News ist nicht neu und auch nicht originell. Ich verwende da normalerweise immer zu Beginn meiner Reden zwei Bilder im Vergleich: Sie kennen wahrscheinlich von 2016 die Geschichte über Hillary Clinton, die einen Pädophilen-Ring aus einer Pizzeria in Washington heraus betrieben haben soll. Dazu gibt es eine schöne Analogie: eine Flugschrift aus dem Jahr 1563 aus der schönen deutschen Stadt Wiesensteig – „warhaftige“ Flugschrift, wie es dort heißt –, in der nachgewiesen wurde, dass Hexen dort Frauen Kinder aus dem Mutterleib geschnitten haben, sie zu einer Mousse versotten und aufgeessen haben. – Sie sehen: 400 Jahre später – und es hat sich nicht wahnsinnig viel geändert.

Es gibt auch noch ein anderes schönes Beispiel, das ich verwende: Anfang 2017 gab es auf „Breitbart News“ einen großen Artikel darüber, dass ein islamischer Mob die älteste Kirche Deutschlands abgebrannt habe. Dazu gibt es auch ein Äquivalent: eine Flugschrift aus dem Jahr 1533 aus der deutschen Stadt Schilta, wo ein religiöser Mob eine Kirche niedergebrannt haben soll. – Sie sehen also, das ist nicht einmal besonders originell, es gibt für alles ein historisches Beispiel.

Was das aber schon bedeutet, ist, dass die Prävalenz dieser Fake News wieder viel häufiger geworden ist. Deswegen ist die Frage für uns: Ist die Orientierung des politischen Diskurses, wie wir miteinander kommunizieren, an überprüfbaren Fakten in Auflösung begriffen oder nicht? Manche Beobachter nennen das auch: Leben wir in einem postfaktischen Zeitalter?

Ich würde jetzt meinen, wir befinden uns tatsächlich in einer Art Delirium, das durch die neuen Kommunikationsformen entstanden ist, und wenn man dann einem Delirierenden beschreibt, dass er in einem postfaktischen Zustand ist, so nutzt das dem Delirierenden nicht viel, das ist kein Erkenntnisgewinn. Deswegen müssen wir uns ein wenig damit beschäftigen, was dieses postfaktische Zeitalter bedeutet.

Fakten sind ja nicht naturgegeben, sondern Fakten sind das Ergebnis eines Konsenses. Er beruht unter anderem auf der Nachvollziehbarkeit. Im wissenschaftlichen Bereich ist ganz klar: Sie machen ein Experiment, haben Ergebnisse, und die sind dann für andere Wissenschaftler nachvollziehbar, nachabbildbar. In der Demokratie haben wir über die letzten Jahrzehnte, vielleicht sogar Jahrhunderte, ein Netz von Nachrichtenmedien entwickelt, die genau diese Funktion haben. Also man hat im politischen Diskurs miteinander versucht, sich an

Fakten anzunähern und vor allem dann aber auch zu diskutieren, was diese Fakten nun bedeuten.

Heute sehen wir oft den Begriff Mainstream Media, übrigens sehr oft von durchaus vernünftigen Leuten verwendet. Das finde ich immer ein bisschen komisch, man liest etwa nie über Mainstream Science, könnte man ja auch haben. Es gab zum Beispiel eine nationalsozialistische Physik, es gab eine sowjetische Biologie, die waren alle nicht so erfolgreich, deswegen hat sich, glaube ich, auch der Terminus Mainstream Science nicht durchgesetzt, aber Mainstream Media ist durchaus populär.

Was bedeutet das? – Dass wir in unserem Zeitalter offenbar Schwierigkeiten haben, dass unsere eingespielte Art, wie wir Fakten feststellen, vielleicht sogar obsolet geworden ist, aber auf jeden Fall schwierig geworden ist, und das wiederum hat die Auswirkung, dass unser Diskurs nicht mehr so sehr ein Kampf von mehr oder weniger informierten Bürgern über die Bedeutung, über die Deutung von Fakten ist, sondern dass wir eigentlich einen Schritt zurück gemacht haben, hin zu einem Kampf um die Geltung von Information als Fakten.

Das hat zum Beispiel so kuriose Auswirkungen, dass sich ein US-Präsident hinstellt und behauptet, dass er eben mehr Zuseher bei seiner Inauguration hatte als die Präsidenten davor, obwohl es relativ eindeutige Fotos dazu gibt. Das ist eigentlich ein recht absurder Zustand. Warum ist das entstanden? – Das hat natürlich mit der kommunikativen Revolution, die das Internet bedingt und die die Soziale Medien bedingen, zu tun.

Das Internet unterläuft zum Beispiel das Autorenprinzip. Es gibt eine Flut von anonymen oder de facto anonymen Informationen, deren Gültigkeit wir nicht bewerten können. Wenn Sie an den Buchdruck denken, so war das eine ähnliche kommunikative Revolution. Das Hauptprodukt des Buchdrucks war übrigens nicht das Buch, das war viel zu teuer, sondern das waren Flugschriften, Pamphlete, wie jene, die ich eingangs erwähnt habe. Sie waren anonym, sie waren nicht nachvollziehbar, sie waren aber auf einmal verbreitet. Vorher, vor dem Buchdruck, gab es eigentlich nur die persönliche Kommunikation, das war entweder der Marktschreier oder der Herold oder – am häufigsten – der Priester, der jeden Sonntag aus der Bibel vorgelesen hat.

Das heißt aber, die Überprüfbarkeit der sogenannten Fakten war insofern einfach, als es nur ein Faktum gab, und das war das, was der König oder eben andere festgelegt haben. Das ist jetzt etwas überzeichnet und etwas vereinfacht. Durch diese Flugschriften konnte aber – fast – jeder, der sich so etwas leisten konnte, etwas aufschreiben und behaupten, dass seien die „warhafftigen“ Nachrichten, ob das jetzt eben Hexen waren, die Kinder essen oder anderes.

Und da sind wir heute – ganz ähnlich – wieder. Sie haben sicher in den letzten Tagen die Vorgänge bezüglich der Facebook-Seiten über Sebastian Kurz verfolgt. Das Kurioseste daran ist, es gibt kein Impressum. Es ist nicht feststellbar, wer diese Facebook-Seiten betrieben hat. Für Facebook ist es feststellbar, denn die kennen zumindest die Kreditkartennummern, mit denen die Werbung bezahlt wurde, aber das ist nicht öffentlich.

Was ist also passiert? – Wir haben gewisse Prinzipien, die wir entwickelt haben, um Fakten zu etablieren, um kommunikative Regeln festzulegen, anhand derer wir dann einen Diskurs führen können, die sind aber zum Teil im Internet aufgehoben. Das heißt: Welche Methoden haben wir entwickelt? – Einerseits: Wir haben Rechte und Pflichten von Herausgebern und Autoren entwickelt. Das hat einige Jahrhunderte gedauert, das gebe ich zu, aber wir haben es gesellschaftlich geschafft, dass wir Regeln festgelegt haben: Was darf ein Herausgeber? Was muss ein Herausgeber tun? Dasselbe gilt für einen Autor. Andererseits: Wir haben Rechtsräume geschaffen,

meistens nationale Rechtsräume, in denen diese Regeln dann für Herausgeber und Autoren auch wirklich durchsetzbar waren. Und wir haben natürlich eine Professionalisierung und auch eine Regulierung von Medien gesehen; das ist in Österreich zum Beispiel das Mediengesetz.

Jetzt könnte man sagen, in Analogie könnten wir ja diese Regeln auf Soziale Medien anwenden. Das ist zum Teil auch richtig. Ich finde es zum Beispiel etwas schwer verständlich, warum wir ein paar grundsätzliche Regeln nicht einführen, lustigerweise sind es nämlich oft Herausgeber, die sehr darauf insistieren, dass Facebook kein Publisher, kein Herausgeber ist; das machen sie aus relativ kurzsichtigen, ökonomischen Motiven. Das ist aber leider grundfalsch, denn Facebook ist ein Herausgeber – wenn Sie wollen, ist es ein Metaherausgeber, weil Herausgeber darauf ihre Seiten betreiben können.

Sie sehen schon, die Terminologie müssen wir anpassen. Wir haben noch keine Terminologie für dieses neue Problem entwickelt, aber in Analogie können wir wahrscheinlich einige dieser Probleme lösen, indem wir zum Beispiel sagen: Facebook unterliegt dem Mediengesetz und gewissen Herausgeberpflichten wie andere Herausgeber auch.

Das Problem ist aber, dass Regulierung auch seine Risiken hat. Ich habe gestern gerade einen Vortrag zu diesem Thema gehalten. Die erste Frage, die aus dem Publikum kam, war: Ich will aber kein Wahrheitsministerium, das mir sagt, was wahr ist und was nicht wahr ist. – Das ist auch völlig richtig, denn zu diesem Schritt können wir nicht zurückkehren, aber wir können sehr wohl die Sozialen Medien in die Pflicht nehmen, sowohl präventiv als auch reaktiv. Präventiv können Sie algorithmisch sehr wohl gewisse Sachen herausfiltern, die herausgefiltert gehören und die auch in die Verantwortung von Herausgebern gehören.

Wenn Armin Wolf vorliest oder wenn – noch schlimmer – Journalistinnen vorlesen, was ihnen so auf den Facebook-Seiten oder in den Sozialen Medien widerfährt, wie sie bedroht werden: Jetzt stellen Sie sich einmal kurz vor, eine Zeitung würde solche Leserbriefe veröffentlichen! Das wäre natürlich ganz klar illegal, sowohl die Zeitung als auch der Verfasser des Leserbriefs könnten rechtlich belangt werden. Auf Facebook, auf Sozialen Medien ist das heute nicht der Fall. Und das ist etwas, wo ich sage, das kann der Gesetzgeber relativ schnell ändern.

Es darf aber nicht sein, dass wir einen Schritt zu weit gehen und die Sozialen Medien dazu verpflichten, dass das, was auf ihren Seiten ist, wahr ist; das können wir aber nicht zum Standard erheben.

Dann gibt es ein paar andere Probleme, wenn wir die Analogie von Herausgebern und Mediengesetz und so weiter nehmen, dass wir nämlich keinen Rechtsraum haben, der dem Internetraum entspricht. Jetzt könnte man sagen, auf europäischer Ebene können wir das machen, auf globaler Ebene, glaube ich, wollen wir das nicht machen, denn wir wollen nicht die demokratischen Standards von China oder von Russland in die Regulierung des Internets übernehmen.

Das bedeutet, dass wir in dieser Kommunikationskrise, in der wir uns befinden, so etwas wie einen kollektiven Schwindelanfall haben. Jetzt kann man optimistisch sein, dass wir durch die Selbstregulierung und durch eine sanfte Regulierung, sage ich jetzt einmal, in Analogie, durch Mediengesetze et cetera das Problem lösen können. Dazu besteht etwas Optimismus, hoffentlich schaffen wir das ohne Dreißigjährigen Krieg und ohne Hexenverbrennungen, aber ich glaube, da besteht durchaus Grund zu Optimismus. Selbstregulierung hat aber leider noch ein anderes Problem, das meiner Ansicht nach noch grundlegender ist. Ein Teil dieser medialen Derealisierung, wie ich sie nenne, ist die potenzielle Entmündigung des Bürgers.

Was bedeutet das jetzt? – Die demokratischen Prozesse, die wir haben, laufen Gefahr, ausgehöhlt zu werden. Wodurch werden sie ausgehöhlt? – Das Erste ist, dass der Diskurs nicht mehr funktioniert, wie ich das eben beschrieben habe. Man kann jetzt, wie gesagt, versuchen, einiges zu fixieren, aber de facto ist es so, dass wir als Gesellschaft neu lernen müssen, wie wir mit den neuen Kommunikationsmitteln gehaltvoll miteinander kommunizieren können. Das ist ein relativ langwieriger Prozess.

In der Zwischenzeit gibt es aber durchaus Akteure, denen es recht ist, wenn unsere Demokratien nicht funktionieren, sowohl im Land als natürlich auch außerhalb. Da gibt es immer eine gewisse Naivität, zum Beispiel wie hinsichtlich Russland. Da gibt es einfach eine gewisse Politik, um ein demokratisches Funktionieren der westlichen Länder zu untergraben, wo, glaube ich, wir als Gesellschaft noch viel Naivität haben. Und das Problem, das wir haben, ist: Wir müssen uns auf der einen Seite dagegen wehren, wir müssen uns regulieren, aber auf der anderen Seite haben die neuen Kommunikationsmedien auch das Potenzial, uns als Bürger zu entmündigen.

Wie funktioniert das? – Da nenne ich gerne ein Beispiel aus China. In China gibt es – das wurde vor ein paar Jahren eingeführt und soll bis 2020 flächendeckend eingeführt werden – das sogenannte Social Credit System. Jeder Bürger bekommt einen Citizen Score; ähnlich wie einen Kredit-Score, den man dahin gehend hat, ob man kreditwürdig ist oder nicht, jetzt als Bürger-Score.

Wie sollen Sie sich das vorstellen? – Jeder Bürger fängt mit einem Score von 1 000 an. Wenn Sie gesellschaftlich erwünschtes Verhalten an den Tag legen, erhöht sich Ihr Score. Das kann so Banales sein, wie dass Sie online Windeln kaufen, denn dann haben Sie offenbar ein Kind oder erziehen ein Kind, das ist gesellschaftlich erwünscht, der Score geht nach oben.

Wenn Sie die Kommunistische Partei kritisieren, geht der Score nach unten. Wenn Sie betrunken Auto fahren, geht der Score nach unten. Wenn Sie sich politisch engagieren, wie das von der Kommunistischen Partei gewünscht ist, geht der Score nach oben. Gewisse Vergünstigungen sind an diesen Score geknüpft: wenn Sie zum Beispiel eine Aufenthaltsgenehmigung in einer großen Stadt bekommen wollen oder wenn Sie eine Wohnung kaufen wollen oder wenn Sie eine Ausreisegenehmigung haben wollen.

Das Lustige ist – und das ist das Interessante daran –: Orwell ist die falsche Dystopie. Es ist nicht Orwells Dystopie, sondern das funktioniert umgekehrt – es gibt übrigens schon embryonisch dieses Social Credit System, auf Tencent und auf Alibaba, das sind die großen Internet-, E-Commerce-Seiten in China –: Auf Datingplattformen geben Bürger in China ihren Citizen Score an, um zu signalisieren, ich bin vertrauenswürdig, ich bin liquide, ich bin ein guter Bürger, um eine Frau, eine Partnerin zu finden oder einen Partner zu finden, der das entsprechend will. Also das Schöne oder das Schlimme an diesem System ist, dass es eine Dystopie ist, die eigentlich durch eine Form der Belohnung getrieben wird, die Bürger gut finden. Man muss nicht mit der Peitsche kommen, man kann das auch anders machen.

Es gibt bei Aldous Huxley ein schönes Zitat über eine Bevölkerung von Sklaven, die ihre Knechtschaft lieben, denn: He, ich kriege ja Gratispunkte, die ich dann in irgendetwas umwandeln kann, oder ich kriege Gratis-E-Mail, ich kriege ein Gratiskalendersystem und so weiter, alles, was ich mit meinem Smartphone machen kann.

Was noch dazukommt, ist, durch Ihr Onlineverhalten können wir sehr genau analysieren, wie Sie politisch denken. Im amerikanischen Wahlkampf haben wir ja gesehen, dass 300 Likes auf Facebook, auf Instagram und anderswo reichen, um ein Profil über Ihre politischen Präferenzen zu erstellen, das genauer ist als das, was Ihre Familienangehörigen über Sie wissen, das heißt, mit 300 Likes kann ich mit höherer

Wahrscheinlichkeit aussagen, wen Sie wählen werden, als das Ihre Familienmitglieder über Sie aussagen können.

Das heißt: Durch die Sozialen Medien und die neuen Kommunikationsmöglichkeiten haben wir wahnsinnig viel Information über Wähler, und wir haben ganz neue Manipulationsmöglichkeiten der Wähler. Wir kommen somit durch Fake News und durch diese sanfte Überwachung – unter anderem eben mithilfe der Sozialen Medien – in eine soziale Dystopie, wenn Sie wollen, in eine Entmündigung der Bürger. Wenn Sie jetzt die beiden Sachen zusammennehmen, diese Manipulationsmöglichkeiten der Bürger und die Information über die Bürger: Das ist die wahre Herausforderung, die wir haben, die strukturelle Herausforderung für unsere Demokratien.

Was können jetzt Lösungsansätze sein? – Dazu habe ich nicht so wahnsinnig viel geschrieben, denn das wären einige Bücher für sich. Was meistens in solchen Panels genannt wird, ist Medienkompetenz. Wir müssen also unseren Kindern, aber auch uns Erwachsenen wieder neue Medienkompetenz beibringen, die anders ist als das, was wir vorher hatten. Das ist sicher ein valider Punkt, das müssen wir machen, das ist, glaube ich, einfach Hygiene. Das ist schon schwierig genug, aber es reicht nicht. Ich denke, was wir dazu brauchen, ist Folgendes: Wir müssen unsere Demokratien neu denken, nämlich das Geflecht der Machtverteilung und der Machtkontrolle in unseren Gesellschaften.

Da sind wir in Europa etwas weiter, was die Macht von Unternehmen betrifft, weil wir hier etwas unternehmenskritischer eingestellt sind als zum Beispiel in Amerika. Umgekehrt haben wir in Europa aber noch sehr viele Illusionen, wie gutmütig ein Staat ist. Das ist er eben oft nicht oder kann es nicht sein, das heißt, wir müssen ein System der Machtverteilung, der Machtkontrolle entwickeln, das stabil genug ist, wenn an führenden Positionen in unseren Demokratien auch Menschen die Macht übernehmen, die eben diese Problematik nicht sehen oder – im Gegenteil! – sie sogar weiter fördern wollen.

Mit diesem Gedanken würde ich gerne schließen. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

13.37

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Ich bedanke mich sehr herzlich bei Veit Dengler, nicht nur für seinen Beitrag in unserem Grünbuch, sondern auch für seinen Vortrag.

Wir kommen nun zum Referenten Herrn Mag. Dr. Paul Murschetz, Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; er spricht zum Thema: „Staatliche Medienförderung in der digitalen Ära. Leistungsanforderungen aus Sicht der Medienökonomie“.

Herr Dr. Murschetz ist Privatdozent und habilitierter Medien- und Kommunikationswissenschaftler mit Schwerpunkt Medienökonomie und Organisationskommunikation. Er hat zwei Springer-Sammelbücher zum Thema Medienförderung herausgegeben und unterrichtet Medienmanagement an der Bauhaus-Universität in Weimar.

Herr Doktor, ich darf auch Sie bitten, die vorgegebene Redezeit von 10 Minuten einzuhalten. – Bitte.

13.38

Mag. Dr. habil. Paul Clemens Murschetz, MSc: Herr Präsident! Der Titel meiner Arbeit lautet: „Staatliche Medienförderung in der digitalen Ära. Leistungsanforderungen aus Sicht der Medienökonomie“. Ich hoffe, Sie sind mir nicht allzu böse, wenn ich Sie jetzt nicht direkt per Augenkontakt anspreche, ich werde nämlich meinen Text direkt

vom Blatt lesen, aber wir können uns ja gerne nach meinem Vortrag noch ausführlich unterhalten.

Verehrtes Publikum! Zielsetzung des Grünbuchs ist ja die Entwicklung einer politischen Strategie zum großen Thema Digitalisierung und Demokratie. Dazu haben Bettina Fernsebner-Kokert und Andreas Kovar auf Seite 8 ja den Vorschlag eingebracht, man möge einerseits Mittel zur Förderung von Medienkompetenz und digitaler Bildung für alle Altersgruppen zur Verfügung stellen und andererseits qualitätsvolle Medien- und Meinungsvielfalt stärken. Diese Art der Medienförderung dürfe sich aber nicht mehr alleine auf traditionelle Medien beschränken, sondern müsse ebenso Onlinemedien umfassen. „Der Fokus bei den Förderkriterien sollte dabei auf Medien liegen, die demokratiepolitisch relevant sind, ihrer Kontrollfunktion nachkommen und die Zugangschancen an Öffentlichkeit für benachteiligte gesellschaftliche Gruppen eröffnen. Kurz: Medienförderung sollte der Demokratieförderung dienen.“

Ich kann diese Forderungen nur unterstützen. Demokratien funktionieren nur, wenn Medien bestimmte Leistungen erbringen, wie etwa die kontinuierliche Berichterstattung über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, damit die Bürger über jene Informationen verfügen, welche sie für die politische Meinungs- und Willensbildung benötigen, ein Forum für politische und gesellschaftliche Debatten bieten, Kritik leisten und Kontrolle über die Regierenden ausüben, Vermittlungsfunktion zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen Seite und Regierung, Parlament und Verwaltung auf der anderen Seite übernehmen et cetera.

Diese Leistungen können nur publizistische Massenmedien mit gut ausgestatteten Redaktionen erbringen. Ich unterstreiche hiermit, dass freie, unabhängige und kritisch nachfragende Journalistinnen und Journalisten für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft unerlässlich sind. Sie informieren, erklären, ordnen ein, bieten verschiedene Meinungen, aktivieren – kurz: Sie helfen demokratische Öffentlichkeit herzustellen.

Nun aber mein Hauptpunkt: Die Finanzierung solcher kritischen Leitmedien und der für sie tätigen Journalistinnen und Journalisten ist vielfach schwieriger geworden, da Werbegelder weggebrochen sind und zunehmend nichtjournalistischen Onlineangeboten zufließen. Wie kommt es zu diesen Finanzierungsschwierigkeiten? – Digitaler Medienwandel und Konvergenz und der Abfluss von Werbegeldern sind nicht die einzigen Probleme der Finanzierbarkeit von Medien. Es sind die veränderten globalen Rahmenbedingungen von Mediensystemen insgesamt, also zunehmende Globalisierung und Dynamisierung des Wettbewerbs, Innovationsdruck sowie die veränderten Erwartungen und Bedürfnisse von Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch Managementversagen in den Leitmedien, die strukturelle Veränderungen in den Medien insgesamt evozieren und damit zu fundamentalen Verunsicherungen in den Geschäfts- und Erlösmodellen von klassischen Leitmedien beitragen. Dies hat zur Folge, dass die Art der Finanzierung beziehungsweise der Kapitalbedarf sowie die Wahl des Erlösmodells heute mehr denn je die Wachstums- und Überlebensfähigkeit von Medien prägen.

Ich gehe sogar noch ein Stück weiter. Ein neues Medienförderungsmodell müsste sehr viel leisten. Die staatliche Förderung von Qualitätsjournalismus und Public-Interest-Leitmedien entspricht meines Erachtens ja einem kontinentaleuropäischen Verständnis von Good Governance – und darüber muss man sich zunächst einmal einig werden. Medienförderung ist ja die demokratiepolitische Pflicht des Staates, den Erhalt und Ausbau von redaktionell gestaltetem Qualitätsjournalismus im Sinne seiner Public-Value-Dimensionen im gegenwärtigen digitalen Medienwandel zu garantieren.

In der medienpolitischen Praxis wird Medienförderung in der Regel damit begründet, ein qualitativ vielfältiges publizistisches Angebot zu ermöglichen oder wirtschaftlich schwachen Medien das finanzielle Überleben zu sichern, um damit die mediale Vielfalt und/oder die publizistische Qualität der Medien zu erhalten und zu stärken, oder jungen Medien Start-up- und Entwicklungshilfe zu leisten.

Medien erhalten europaweit eine ganze Reihe an staatlichen Förderungen, wobei Zuwendungstypen, Instrumente und Designs sich seit jeher mediengattungsspezifisch unterscheiden. Printmedien haben ja generell einen anderen Förderbedarf als Rundfunk-, Film- oder Onlinemedien. Zudem ist die Medienförderung durch kulturell geprägte Themenstellungen und marktstrukturell beziehungsweise politisch bedingte Entwicklungspfade längerfristig determiniert.

Aus medienökonomischer Sicht gibt es viele Gründe, warum Austauschprozesse über den freien Markt nicht zu einem optimalen Ergebnis führen: Öffentliche Güter, externe Effekte, Marktmacht und Meritorik sind die bekanntesten. Und dann sollen Medienmärkte ja zu Marktversagen neigen. Der Medienmarkt in Österreich steht jedenfalls prototypisch für Marktversagen. Was hierzulande bei Leitmedien zählt, sind Größe, Reichweite und eine auf Profitmaximierung und Betriebsgrößensparnisse ausgerichtete Vertriebsstrategie, also tendiert dieser Markt stark zu Konzentration und zu Oligopolen. Medienprodukte werden dann tendenziell teurer, verlieren an Qualität und sind weniger innovativ.

Es gibt folglich breiten medienökonomischen Konsens, dass ordnungspolitische Eingriffe jedenfalls geboten sind, um negative Effekte dieses Marktversagens zu vermeiden. Ohne staatliche Hilfe von außen gäbe es weniger und weniger innovative Medien und ein noch schlechteres Angebot. Die Frage ist also nicht, **ob** staatliche Medienförderung, sondern **wie**.

Warum ist aber Medienförderung so schwierig? – Die Debatten zur Medienförderung sind vielfältig, kontrovers und wertstrittig. Die angebotenen Systeme werden gerne als ineffizient, unfair und wenig innovativ wahrgenommen. Aus liberalen ordnungspolitischen Kreisen ist prinzipielle Kritik an staatlicher Intervention in den freien Marktwettbewerb und darüber hinaus entstehenden Nettowohlfahrtsverlusten zu hören.

Zudem meint man, dass Medienförderungen eine Verschwendung von Steuergeldern sei. Durch Subventionen würden Unternehmen am Leben gehalten, deren Produkte am Markt nicht mehr erwünscht seien. Außerdem würden die Systeme zentrale Schwachstellen betreffend erwünschte Leistungsfähigkeit aufweisen. Lobbys würden sich ungerechtfertigte Zahlungen verschaffen, und es sei überhaupt viel mehr von einem Politikversagen durch sogenanntes Regulatory Capture, also der politischen Korruption, auszugehen.

Man kann sagen, dass man in Österreich von allen diesen Problemen recht stark betroffen ist. Nur ein Beispiel: Ministerien, Länder, öffentliche Stellen und Firmen haben von April bis Juni 2017 Werbung um 46,5 Millionen € gebucht, 5 Millionen € gingen an die „Kronen Zeitung“, je 3 Millionen € an „Heute“ und „Österreich“.

Also abschließend: Medienförderung muss neu gestaltet werden. Medienförderung wäre umfassend als Querschnittsmaterie zu konzipieren. Die historisch gewachsene, auch gesetzliche Trennung von Mediengattungen, von Print und Rundfunk, ja gar in Presse- und Publizistikförderung, ist in einer konvergenten digitalen und globalisierten Medienwelt nicht mehr zeitgemäß.

Ebenso verlangen die Besonderheiten des österreichischen Medienmarkts einen grundlegend anderen, umfassenden Förderansatz. Good Governance ist schwierig,

aber eines ist klar: Es braucht mehr Geld, das effektiver und treffsicherer eingesetzt wird. Die Schlagworte sind bekannt: Vielfalt, Qualität, Transparenz, Treffsicherheit, Evaluation. Sicher ist auch, dass es ohne den Rückbau der Marktmacht von ORF und regionalen Printbaronen nicht gehen wird.

Die Reform der Presseförderung mit Qualitäts- und Vielfaltsförderung statt Vertriebsförderung wäre ein wesentlicher erster, aber sicher nicht der einzige notwendige Schritt. Es geht um eine integrale Medienförderung. Es geht auch um Fragen der Ordnung des gesamten Marktes und seiner Rahmenbedingungen wie Konvergenz, Rundfunkgebühren, Haushaltsabgaben, die Ordnung des kommerziellen und nichtkommerziellen Bereichs, Leistungsschutzrechte, Media Literacy, Standortpolitik, Digital Divide und vieles mehr.

In der digitalen Ära sollten unbedingt auch digitale Konvergenzmedien Medienförderung erhalten. Blogger, Bürgerjournalistinnen und -journalisten sollen gefördert werden, die demokratiepolitische Relevanz haben und Integrationsfunktionen für Demokratie sowie Kontrollfunktionen über Dominanz in Medienangeboten ausüben. In Österreich ist hier an eine Reihe von unabhängigen Medienprojekten zu denken, etwa Kobuk, der Medienwatchblog für Studierende des Publizistikinstituts an der Universität Wien. Twitter-, Open-Journalism-, User-generated-Co-Production-Projekte sind mögliche förderungswürdige Innovationsprojekte für Print.

Ich empfehle, dass öffentliche Fördergelder exklusiv an Inhalte gehen, die auch die Stärkung des öffentlichen Diskurses um demokratiepolitisch relevante Themen erweitern. Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten, auch technologische, ist effektiver zu subventionieren.

Die Verankerung einer Gründungsförderung, zum Beispiel von innovativen Wochenzeitungen, Magazinen mit Qualitätsanspruch oder Onlineinitiativen im Public Interest, ist empfehlenswert. Leseförderung durch Initiativen des offenen Journalismus sind herbeizuführen. Der österreichische Journalismus ist in diesem Sinne als zurückhaltend beziehungsweise als mutlos zu bezeichnen. Was die meisten Redaktionen hierzulande bisher für die Leserbindung machen, ist altbacken. Diese Kommunikationsdistanz zum Leser/User ist durch weitgehende Innovationsprojekte in Richtung interaktiver Bürgermedien 2.0 zu forcieren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

13.48

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Nächster Referent ist Professor Dr. Wolf Schünemann von der Universität Hildesheim, sein Thema ist: „Die Rolle Sozialer Medien in Wahlkampagnen“.

Herr Dr. Schünemann ist Juniorprofessor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politik und Internet an der Universität Hildesheim. Seine Forschungsschwerpunkte liegen bei Netzpolitik, Internet Governance, Cybersicherheit, Internationale Beziehungen und dem politischen System der EU. – Bitte, Herr Professor.

13.49

Prof. Dr. Wolf J. Schünemann: Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident! Sehr geehrte Herren und Damen Bundesräte! Sehr geehrte Frau Fernsehner! Sehr geehrter Herr Kovar! Ansonsten halte ich mich an Herrn Dengler – wie war das? –: Protocols observed für alle Übrigen. Ich heiße Sie auch willkommen, begrüße Sie hier und freue mich, hier sein zu dürfen. Vielen Dank für die Einladung!

Ich freue mich insbesondere, ein paar Beobachtungen zur Rolle von Sozialen Medien in Wahlkämpfen mit Ihnen teilen zu können. Ich lehne mich dabei an den Text an, den ich gemeinsam mit Frau Professor Dr. Marianne Kneuer, ebenfalls Universität

Hildesheim, für das Grünbuch verfasst habe. Ich möchte aber einige Schwerpunkte, auch mit Blick auf die vorangetriebene empirische Forschung, setzen.

Dass Soziale Medien eine zunehmend große Rolle in Wahlkämpfen spielen, kann nicht bezweifelt werden. Laut dem Reuters Institute Digital News Report von 2017 nutzen 63 Prozent der Österreicher Facebook, davon immerhin 34 Prozent auch für die Nachrichtenversorgung. In Deutschland sind die Zahlen zum heutigen Zeitpunkt noch etwas geringer, dafür in den USA natürlich weit höher. Vor diesem Hintergrund treibt Politik und Gesellschaft verständlicherweise die Frage um, wie segensreich oder auch gefährlich diese Nutzung von Sozialen Medien, aber auch andere Prozesse der Digitalisierung für die Demokratie sind. Nicht von ungefähr setzt sich der Bundesrat ja in dritter Runde, wie ich erfahren habe, mit diesem Thema auseinander.

„Wahlkampf in (a)sozialen Netzwerken“, so lautet der Titel eines von mir geleiteten Forschungsprojektes, das an den Universitäten Hildesheim, Heidelberg und Göttingen durchgeführt wird. Das „a“ ist natürlich in Klammern gesetzt, denn wir wollen diese Frage irrtationsoffen untersuchen oder besser gesagt: diese Fragen – Fragen, mit denen wir uns alle beschäftigen, nämlich ob Pöbeleien, Schmutzkampagnen und dergleichen in Sozialen Medien überwiegen und eine faire politische Auseinandersetzung beeinträchtigen oder gar verhindern, ob Falschmeldungen kursieren, die die öffentliche Meinung wesentlich beeinflussen können, ob sich Social Bots, also künstliche Accounts, an der Verbreitung dieser Meldungen oder anderer manipulativer Inhalte beteiligen.

Um dies zu untersuchen, haben wir in den vergangenen sechs Monaten vor der deutschen Bundestagswahl die Facebook-Seiten der bundesdeutschen Parteien mit Aussicht auf einen Einzug in den Bundestag komplett erhoben, mit allen Kommentaren. Wir haben die Spitzenkandidaten und ihre Facebook-Auftritte entsprechend hinzugenommen. Natürlich können wir diesen riesigen Datenschatz jetzt erst allmählich analysieren, das ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Einige empirische Befunde, die sich aus einer ersten Sichtung ergeben haben, will ich dennoch mit Ihnen teilen.

Zunächst möchte ich aber einige Jahre zurückgehen: Wahlkampf in Sozialen Netzwerken, das klang vor einem knappen Jahrzehnt ausgesprochen verheißungsvoll. Wir erinnern uns an den US-Präsidentschaftswahlkampf 2008, die Begeisterung, die die Obama-Kampagne damals auslöste, nicht zuletzt natürlich auch an den Erfolg, den Obama damit hatte, an die Mobilisierung – auch Massenansprache – von vielen Jugendlichen, insbesondere aber auch an den Erfolg, die zunächst schwach ausgestattete Kampagne über Crowdfunding im Netz auf eine Hunderte Millionen schwere Kampagne zu bringen. Das setzte Trends für viele Demokratien, und die Begeisterung für den Einsatz der sogenannten Neuen Medien hielt auch danach noch eine ganze Weile an. Mit „Here Comes Everybody“ hat der US-amerikanische Wissenschaftler Clay Shirky das Web 2.0 und das stolze und starke Auftreten des sogenannten Producers, also des Produzenten und Users in einem, beschrieben. Was macht dieser Produzent von Inhalten und User in einem? – Er fordert die Gatekeeper in den etablierten Medien, aber auch der Politik heraus und würde diese vielleicht sogar zunehmend verdrängen, so die Annahme.

Die angeblichen Twitter- und Facebook-Revolutionen während des Arabischen Frühlings Anfang dieses Jahrzehnts waren auch ausgesprochen von dieser Euphorie geprägt, und tatsächlich – das gilt für die etablierten Demokratien – bieten diese Sozialen Medien natürlich Orte und Wege des Austausches zwischen Parteien und Politikern und dem Wahlvolk, ohne die etablierten oder klassischen Medien als vermittelnde Instanz und Gatekeeper nötig zu haben. Das ist zunächst einmal für alle Parteien attraktiv. Wir sehen aber insbesondere, dass für sogenannte populistische

Bewegungen, die sich also als ungefilterte Stimme des Volkes inszenieren und oftmals mit der Vermittlung durch die etablierten oder die Mainstream-Medien besondere Probleme haben, die Sozialen Medien für ihre Kommunikationsstrategien von immenser Bedeutung sind.

Vor diesem Hintergrund ist es auch kein Wunder, dass die AfD in Deutschland ein immenses Mobilisierungspotenzial über Facebook und Twitter heben kann, heben konnte, was sich auch in dem Forschungsprojekt zum Bundestagswahlkampf **deutlich** niederschlägt. Wenn Sie sich die Zahlen für den Sechsmonatszeitraum vor der Bundestagswahl anschauen, dann kann man feststellen, dass die Social-Media-Aktivität der AfD so hoch ist, wie von fast allen anderen Parteien zusammen. Gemessen wird das Ganze an Meldungen und Kommentaren. Auch bei den Nutzern ist es nicht anders. Natürlich werden Sie vielleicht einwenden: Na ja, da sind sicher einige Social Bots dabei! Das mag schon sein, aber die Social Bots allein, die auf Facebook ohnehin nicht so aktiv und so erfolgreich sind wie auf Twitter, können diese Differenzen gewiss nicht erklären.

Im Übrigen decken sich diese ersten Sichtungen auch mit Ergebnissen anderer Studien, etwa vom GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften oder der „SZ“-Studie, die Sie vielleicht auch gesehen haben, die Data-Science-„SZ“-Studie „Der Facebook-Faktor“.

Diese empirischen Beobachtungen passen zu einem Wandel in der Bewertung der Effekte der Digitalisierung, insbesondere der Existenz und Nutzung Sozialer Medien für die Demokratie. Dieser Wandel hängt natürlich ganz wesentlich mit den für viele Beobachter irritierenden politischen Ereignissen des Jahres 2016 zusammen, Brexit und US-Präsidentenwahl seien hier genannt. Seit diesen Wahlkämpfen wird das Treiben in den Sozialen Medien gerade im Kontext von Wahlen für ausgesprochen problematisch und besorgniserregend befunden. Aus dem „here comes everybody“ ist, so scheint es geradezu, ein „wehe, wenn sie losgelassen“ geworden. Die übertriebene Euphorie aus der Vergangenheit ist teilweise in eine ebenso übertriebene Hysterie umgeschlagen, zumindest konnte man das Anfang dieses Jahres aus meiner Sicht gut beobachten.

Ich möchte dem jetzt nur anhand weniger Schlagworte ein paar nüchterne Betrachtungen gegenüberstellen; ich werde das nicht anhand von Cyberattacken und ausländischer Propaganda machen, weil ich weiß, dass Myriam Dunn Cavelty sehr kompetent dazu sprechen wird, sondern mich kurz den Schlagworten, die auch schon genannt wurden, Social Bots und Fake News, widmen.

Zunächst zu den Social Bots: Es ist keine Frage, es gibt sie. Die Frage ist allerdings, wie schädlich und gefährlich sie für den demokratischen Diskurs sind. Social Bots sind zwar in großer Zahl, insbesondere auf Twitter, unterwegs, allerdings sind dort immer noch nur wenige Bürger, könnte man in einem ersten Schritt sagen. Dies gilt zumindest für Österreich wie für Deutschland mit gerade einmal 11 Prozent Twitternutzung, davon 4 Prozent für politische Information. Das ist natürlich bei Facebook ganz anders. Facebook hat, wie ich eingangs genannt habe, immens viele Nutzer; da sind allerdings Bots sehr viel leichter zu identifizieren und sehr viel weniger erfolgreich.

Hinzu kommt, dass Untersuchungen herausgefunden haben, dass Bots hier wie dort von echten Nutzern eben leicht identifiziert werden. Was folgt daraus? – Man entfremdet sich, man folgt diesen Accounts nicht. Bots vereinsamen allerdings nicht ganz, Untersuchungen haben gezeigt, dass sie mehr und mehr miteinander kommunizieren. Stört uns diese Aktivität, kümmert sie uns? – Durchaus, denn es gibt einen gewissen Verstärkereffekt, an dem wir alle teilhaben, denn die Algorithmen, auf die wir uns verlassen und die uns auch anhand von Kennzahlen besonders

erfolgreiche Tweets und Shares deutlich machen, können das nicht unterscheiden. Insofern werden durchaus Informationen, Nachrichten hochgespielt, die das aufgrund einer echten Betrachtung durch echte Menschen vielleicht gar nicht verdient hätten. Dazu nur noch diesen einen Satz: Das betrifft natürlich insbesondere Medienakteure, die darauf reinfallen, aber auch Datenwissenschaftler – ja, ich will mich da gar nicht ausnehmen, da muss man sehr auf der Hut sein.

Zu den Fake News: Auch da besteht kein Zweifel, es gibt sie. Gerade dieser Tage in Österreich muss man das niemandem erzählen, wobei die Schmutzkampagne, die über Herrn Kurz ergangen ist, sicher noch eine besondere Qualität hat und sich nicht einfach mit dem Schlagwort Fake News fassen lässt. Sie können sich definitiv viral verbreiten, sie können die öffentliche Meinung damit auch beeinflussen. Können sie aber wirklich so großen Einfluss haben, dass sie Wahlen entscheiden, Wahlen umdrehen? – Daran sind, denke ich, erhebliche Zweifel angebracht. Es hat eine Studie an der New York University und an der Stanford University zu den US-amerikanischen Wahlen – also einer Wahl, wo viele behauptet haben, dass die Wahl Trumps unter anderem auf Fake News zurückzuführen seien – gezeigt, dass der durchschnittliche Wähler – wenn wir jetzt auf den Effekt des Medienkonsums schauen – im Laufe des Wahlkampfes mit 1,2 Fake News in Kontakt gekommen ist. Dazu haben 50 Prozent der Befragten in dieser umfangreichen Studie angegeben, dass sie diesen nicht geglaubt hätten.

Ein anderer Effekt kommt dazu, nämlich dass sich diese Fake News – das hat man zeigen können – besonders in den Echokammern verbreitet haben, ein anderes Phänomen dieser Sozialen Medien in Wahlkämpfen und in politischer Kommunikation. Diese Wählerinnen und Wähler muss man aber per definitionem nicht mehr überzeugen und nicht mehr in das andere politische Lager holen. Insofern verstärken sich hier sozusagen zwei Erscheinungen, und es bleibt eben insgesamt ein Zweifel daran, dass eine Beeinflussung politischer Stimmungslage in dem Maße möglich ist, dass Wahlen gedreht werden können.

Ich komme zum Fazit, muss zum Fazit kommen, vielleicht auch zu einigen Lösungen: Weder Bots noch Fake News halte ich für sich für besonders gefährlich, aber es kommt eben auf den kompetenten und reflektierten Umgang damit an, dass man insbesondere nicht auf diese Verstärkertendenzen hereinfällt. Da sind wir alle gefragt, Politiker, Medien, Wissenschaftler gleichermaßen. Wir dürfen Social Media nicht mit zu viel Ehrfurcht begegnen, sondern müssen die Augen für das normale Wahlkampfgeschehen öffnen, das sich dort ereignet, aber eben auch kompetent diese Algorithmen und die Zusammenstellung von Nachrichten et cetera hinterfragen.

Das gilt nicht nur für Social Media, das gilt im Übrigen auch für die News-Aggregatoren von Suchmaschinen, auch das halte ich für ein sehr wichtiges Schlagwort, wenn es um die angesprochene Entmündigung geht. Der Auszug aus dieser selbstverschuldeten informationellen Unmündigkeit muss via das In-den-Blick-Nehmen von Social Media und Suchmaschinen erfolgen. Was die Regulierungsforderungen angeht, bin ich auch für mehr Medienkompetenz und vielleicht weniger harte Regulierung gegenüber dieser Plattform, durchaus aber für ordnungspolitische Maßnahmen. Wenn Sie einen Telefonanbieter haben, dann können Sie mit Ihrer Nummer zum Beispiel umziehen, das ist die Portabilität bei den Telefonnummern.

Ich komme zum Schluss: Worauf will ich hinaus? – Sie können die Social-Media-Betreiber zwingen, Daten portabel zu machen, das geschieht jetzt mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung. Die Politik sollte zumindest noch viel mehr versuchen, nämlich auch Grundfunktionen wie Grüßen, Befreunden, Teilen über Netzwerke hinweg möglich zu machen und das vorzuschreiben, denn dann kann ein echter

Wettbewerb entstehen und darüber können die Social-Media-Anbieter eventuell diszipliniert werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

14.02

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Vielen Dank, Herr Professor Schünemann! Es ist mir schon klar, dass es natürlich schwierig ist, so ein umfassendes Wissen in ein Zeitkorsett von 10 Minuten zu packen; wir versuchen es aber gemeinsam.

Ich darf jetzt Frau Dr. Myriam Dunn Cavelty nach vorne bitten, sie spricht zum Thema: „Die Wahrheit stirbt zuerst: Moderne Informationskriegsführung und was wir tun können“.

Frau Dr. Dunn Cavelty ist Politikwissenschaftlerin und Expertin für Sicherheitspolitik, leitet die Forschungsgruppe Neue Risiken am Center for Security Studies und ist Dozentin für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich. Sie publiziert regelmäßig in internationalen Fachzeitschriften, ist Autorin und Herausgeberin mehrerer Bücher. Neben ihrer Forschungs- und Publikationstätigkeit berät sie Regierungen, internationale Institutionen, Unternehmen in den Bereichen Cybersecurity, Cyberwar, Schutz kritischer Infrastrukturen, Risikoanalyse und strategische Früherkennung. – Bitte.

14.03

Dr. Myriam Dunn Cavelty: Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, Ihnen heute etwas über die staatlichen Akteure sagen zu dürfen. Wir haben jetzt viel über Medien, eher nicht staatliche Akteure, gehört, ich möchte meinen Fokus auf staatliche Interessen in diesem Bereich legen. Sie haben gehört, ich forsche zu Sicherheitspolitik, da geht es natürlich auch um Krieg. Ich finde es gefährlich, davon zu sprechen, dass wir uns in einem Krieg befinden, das ist nicht so, aber es gibt doch einige klare Tendenzen, die eben aufzeigen, wie sich Staaten dieses Raums strategisch bedienen.

Wenn wir ein bisschen zurückschauen – und Sie haben es vorhin schon gehört –, fällt auf, dass es noch nicht sehr lange her ist, dass man Digitalisierung und Demokratie extrem positiv bewertet hat. Man hat in einem großen Technooptimismus, was man auch technologischen Determinismus nennt, geglaubt: Mehr digitale Kommunikation oder mehr Informationstechnologien ist gleich mehr Demokratie. Man hat geglaubt, dass diese neuen Kommunikationsmittel wie ein Lauffeuer um die Welt gehen würden, Menschen befreien und eigentlich eine bessere Welt hervorrufen würden.

Heute hat dieser Netzoptimismus einen sehr schweren Stand. Warum? – Man hat gemerkt, dass es einfach nicht stimmt, dass eine Technologie per se irgendetwas verändert. Die Technologien werden benutzt, und so, wie sie benutzt werden, verändern sie oder verändern sie eben nicht das Verhalten des Menschen. Sie haben vorhin schon von Echo Chambers und so weiter gehört: Man weiß heute, dass eben auch extrem viele Informationen nicht dazu führen, dass wir klüger werden oder dass wir uns andere Informationen anschauen als die, die wir uns sowieso angeschaut hätten.

Man ist jetzt in einer Phase der Ernüchterung angelangt, und dazu gehören eben auch staatliche Aktivitäten in diesem Bereich. Ich glaube, es ist so, dass man auch sehr stark sieht, wie das an Ereignissen festzumachen ist. Lange Zeit haben sich Staaten eher etwas aus dem Cyberspace rausgehalten, und spätestens 2010 hat man dann realisiert, dass große machtpolitische Akteure in diesem Raum sehr aktiv strategisch unterwegs sind. Es gibt einige berühmte Beispiele, wie Stuxnet, dieser Wurm in der iranischen Atomanreicherungsanlage, aber auch Snowden. Die Aufdeckung dieser großen Abhörprogramme hat gezeigt, wie viel Geld und auch sonstige Ressourcen Staaten ausgeben, um eben in diesem Raum strategisch tätig sein zu können.

Früher hat man vor allem über den Cyberkrieg gesprochen. Die Szenarien sind die, die Sie aus Filmen kennen, wenn Sie sich Filme wie „Die Hard“ und so weiter anschauen, Katastrophenszenarien, bei denen sich Hacker blitzschnell in eine kritische Infrastruktur hacken und dann eigentlich quasi den Dritten Weltkrieg auslösen. Das hat die Politik am Anfang dieses Diskurses sehr stark bewegt. Man ist etwas davon weggekommen, was gut ist, man hat aber deswegen auch etwas anderes völlig aus den Augen verloren. Das ist uns letztes Jahr dann aufgegangen, als man gesehen hat, dass sich – ich sage: wahrscheinlich – russische Hacker relativ aktiv mit gezielten Hacks in die amerikanischen Wahlen eingemischt haben, um an Informationen zu kommen, die sie dann eben spielen konnten, um gewisse Kandidaten zu diskreditieren.

Warum ist es ein Problem, dass man einen Teil dieses Diskurses aus den Augen verloren hat? – Dieser Fokus auf technische Systeme und das Hacken von kritischen Infrastrukturen hat dazu geführt, dass man diesen medialen Aspekten der Informationskriegsführung fast keine Bedeutung mehr zugemessen hat. In den späten Neunzigerjahren gab es noch einige Staaten, die an sogenannten Information Operations herumgedacht haben. Das ist ein viel breiteres Konzept, bei dem es eben darum ging, die gesamte Informationslandschaft, nicht nur die Medienlandschaft, zu beeinflussen, ich will nicht sagen, zu manipulieren. Auch westliche Staaten haben sich vor allem zu Kriegszeiten überlegt: Wie gehen wir mit diesem medialen Raum um? Was ist unsere Rolle? Wie binden wir Bürger mit ein? – Und so weiter.

Anständig ausgedrückt geht es hier eigentlich um die Informationsoberhoheit, wie man so sagt, also eine gewisse Kontrolle darüber, was die Leute denken, auch über Situationen des Krieges. Wenn man es aber negativ ausdrückt, geht es um das Lügen beziehungsweise – Sie kennen das vielleicht noch – Spinning, dass man eigentlich die Wahrheit verdreht, sodass sie dann eben genehmer ist als das, was so allgemeine Wahrheit sein soll. Wichtig: Das ist nicht etwas, was nur die Russen oder die Chinesen machen, das ist etwas, was sehr viele Staaten, auch die USA nach wie vor umgetrieben hat.

Diese Verschiebung hat dann aber dazu geführt, dass man eigentlich nur noch an Cybersicherheit als Hacking-Systeme gedacht hat und auch die allermeisten Strategien dafür entwickelt hat, wie man kritische Systeme schützt. Dann gab es eben letztes Jahr diese russischen Kampagnen, und viele waren erstaunt. Das hätte nicht passieren dürfen, denn wenn man die Informationssicherheitsstrategien anderer Staaten, wie zum Beispiel Russland oder auch China, anschaut, sieht man, dass sie den Informationsraum sehr viel breiter verstehen als die meisten westlichen Staaten, nämlich eben auch als Kopfsache. Es geht eben vom Anfang an um die Beeinflussung des Menschen, der Herzen, der Meinungen. Es ist auch nicht sonderlich erstaunlich, dass das nun in den Westen exportiert wird, wenn man das aus eher strategischer sicherheitspolitischer Sicht anschaut. Es ist auch so, dass das eine Waffe des eher Schwächeren ist, wenn man möchte, zumindest momentan kann mit relativ wenig Aufwand relativ viel Ertrag erzielt werden.

Die Digitalisierung ermöglicht es also gewissen Staaten, diese Ideen sehr viel einfacher umzusetzen und eben auch über ihre Landesgrenzen hinaus zu exportieren.

Russland ist dann nochmals sehr ins Kreuzfeuer geraten, auch schon damals im Ukraine Konflikt, wegen der sogenannten Trollfabriken – das waren noch keine Bots, das waren wirkliche Menschen, die in westlichen Medien in den Kommentarspalten sehr prorussische Meinungen kundgetan haben. Auch da ist immer die Frage, was das dann bedeutet und was das bewirkt hat.

Neu ist aber eben, dass es jetzt eine Kombination von Hacking und diesen Kampagnen gibt, wie ich es gesagt habe. Ich würde sagen, das ist jetzt eine der Ausprägungen

dieser neuen Aktivitäten von Staaten in diesem Raum. Es wird bestimmt in ein paar Jahren etwas Neues geben, was wir noch gar nicht sehen. Diese Kombination, dass man sehr gezielt Informationen aus schlecht gesicherten Informationssystemen, E-Mails und so weiter, absaugt und diese persönlichen Daten von Menschen gebraucht, um eben jemanden – sagen wir es jetzt einmal salopp – durch den Dreck zu ziehen, das ist aber bestimmt noch nicht das Ende.

Wir haben allgemein einen sehr schlechten Stand in Sachen Informationssicherheit. Jeder Einzelne von uns, der politisch tätig ist, ist potenziell ein interessantes Ziel, und jeder Einzelne von uns ist dann schlussendlich eben auch dafür verantwortlich, diese Daten zu sichern, wenn man irgendetwas zu verbergen hat und nicht will, dass das an die Öffentlichkeit gelangt. Es ist sehr einfach, an diese Daten heranzukommen, deswegen wird es auch gemacht.

Ich glaube, jetzt sind wir in einer Phase – Cyberkrieg oder wie auch immer wir es nennen wollen –, in der es im Cyberspace relativ heiß hergeht. Ich würde es nicht Krieg nennen, aber sehr viele Staaten probieren aus, wie weit sie gehen können. Es geht ein bisschen darum, dass man einander vors Schienbein tritt, Reaktionen zurückholt; man versucht, herauszufinden, wie weit man die Regeln dehnen kann, wie weit man gehen kann. Das gehört dazu. Die USA haben auf eine ganz spezifische Art reagiert, sie haben eine sogenannte Attribution gemacht, sie haben gesagt, es waren die Russen. Das ist auch eine neue politische Entwicklung, dass ein Akteur bereit ist, dann auch diplomatische Konsequenzen zu ziehen. Und solche Dinge kommen auf Staaten zu, die müssen Sie unbedingt mitdenken.

Ich glaube, wenn wir jetzt von Demokratie und Digitalisierung sprechen, dann geht es aus Sicht der Sicherheitspolitik dabei um zwei, vielleicht drei Themen. Das eine ist die Destabilisierung der Demokratie. Demokratie ist ein sehr wichtiger Wert für unsere Gesellschaft, ein Grundwert, würde ich sagen. Dass viele Akteure ein Interesse haben, sie zu unterminieren, ist absolut klar, das wird auch weitergehen. Es ist nicht so, dass sie sich tatsächlich in ein elektronisches Wahlsystem hacken müssen, um etwas zu manipulieren. Um eine Destabilisierung herbeizuführen, reicht es schon, wenn sie glaubhaft behaupten können, dass sie es vielleicht getan haben. Sie hören heraus: E-Voting, elektronische Wahlsysteme nur aus Effizienzgründen einzuführen halte ich aus Sicherheitsgründen für absolut fahrlässig. Es gibt momentan keine genügend sicheren Systeme, die garantieren können, dass es keine Manipulationen gibt.

Die nächste Frage ist: Was tut man dagegen? – Sie haben schon viel zum Thema Medienkompetenz gehört, das gehört dazu. Ebenso wichtig ist aber, dass man das Thema Digitalisierung und Demokratie auch aus der Sicht der Sicherheitspolitik denkt. Ich will nicht sagen, dass es eine Militarisierung geben muss, im Gegenteil; aber ich finde es sehr wichtig, dass Staaten in ihren Cybersicherheitsstrategien – die alle Staaten haben – jetzt eben auch an andere Systeme denken, wie eben zum Beispiel an Wahlsysteme, an politische Systeme, an Daten von wichtigen Entscheidungsträgern, dass sie sich zumindest überlegen, was ihre Rolle ist, falls es in Wahlkämpfen und um Wahlkämpfe herum für manche Vorteile gibt, und dass eben auf jeden Fall auch in eine sehr gute Krisenkommunikation investiert werden muss, denn die Destabilisierung der Demokratie tritt eben auch ein, wenn Sie nicht glaubwürdig vor die Leute treten und erklären können, was passiert ist. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

14.14

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Ich bedanke mich herzlich bei Frau Dr. Dunn Caveltly für ihren Vortrag.

II. Informationen zu politischen Strategien

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Wir müssen jetzt das Panel 1 kurz unterbrechen, weil der Herr Minister eingetroffen ist. *(Beifall.)*

Ich darf unseren Minister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Dr. Harald Mahrer herzlich begrüßen und bitte ihn um seinen Beitrag zum Thema Demokratie und Digitalisierung aus Sicht der Politik. – Bitte.

14.15

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Mag. Dr. Harald Mahrer: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Bundesräte! Werte Gäste! Sie sehen, das Publikum ist sehr bunt gemischt – ich finde das sehr gut. Wenn ich so in die Runde schaue, sehe ich bekannte Vertreterinnen und Vertreter der Community, internationale Experten, mit denen ich auch schon zu tun hatte. Ich freue mich, dass sich der Bundesrat dieses Themas angenommen hat, er folgt damit der Tradition der letzten Jahre, innovative Themen aufzugreifen.

Das Thema Digitalisierung mit seinen unterschiedlichen Aspekten ist immer wieder vom Bundesrat behandelt worden, das muss man sehr lobend erwähnen, denn die größte Initiative im Hohen Haus zu diesem Thema kommt zurzeit aus dem Bundesrat, der immer wieder Debatten angestoßen und damit am Ende des Tages sehr wertvolle Unterlagen produziert hat, die uns auch auf Regierungsebene immer wieder geholfen haben, den einen oder anderen Aspekt in kritischen Verhandlungen einzubringen oder gewisse Projekte anzustoßen. Ich denke da auch an die Debatte, die wir zu der Frage geführt haben, wie sich die Ausbildung, die Berufsausbildung, vor dem Hintergrund der Digitalisierung weiterentwickeln wird, speziell verbunden mit der Frage, wie man Chancen, Potenziale für diejenigen nutzen kann, die vielleicht aufgrund gewisser sozioökonomischer Hintergrundfaktoren nicht so mitgenommen werden können.

Heute geht es um ein anderes Thema: das Spannungsverhältnis der Weiterentwicklung der Demokratie vor dem Hintergrund der digitalen Entwicklungen. Ich glaube, das ist ein brandheißes Thema, wie man – ich habe jetzt ein bisschen der letzten Referentin gelauscht – anhand der letzten Wahlkämpfe unterschiedlicher Natur, der politischen Auseinandersetzungen auf globaler Ebene verfolgen kann.

In meiner Brust schlagen da, wenn man so will, zwei Herzen. Einerseits ist da ein unglaublich großes Chancenpotenzial, partizipatorische Prozesse auszuweiten, das die technologische Entwicklung mit sich bringt. Wie gesagt, ich spreche jetzt bewusst nicht von direkter Demokratie, sondern davon, die bestehenden demokratischen Institutionen auf einen nächsten Evolutionsschritt zu heben. Damit wurden nicht nur in Europa, sondern international viele Erfahrungen gemacht.

Keine Frage, manche Systeme stecken, was das Technische betrifft, sicher noch in den Kinderschuhen, wenngleich ich – vielleicht anders als bestimmte Regierungsvertreter in europäischen Ländern – die Entwicklung rund um die Frage blockchain-basierter Technologie mit sehr großem Interesse und großer Neugierde beobachte und finde, dass man sie fördern sollte. Ich möchte das ganz bewusst nicht nur auf diesen sehr kleinen Anwendungsbereich der Kryptowährungen fokussieren, sondern alles, was in Richtung Smart Contracts geht, finde ich ganz besonders spannend; das berühmte DAO-Experiment, das im Vorjahr im Sommer in Deutschland stattgefunden hat, in das die weltweite Blockchain-Community eingebunden war, war sehr, sehr interessant.

Könnte das der nächste Entwicklungsschritt des Internets sein: eine Entwicklung in Richtung vollkommen dezentraler, trotzdem sehr transparenter, aber hochsicherer Kommunikationssysteme? – Wer weiß! Welche Auswirkungen hätte das dann auf

Systeme, die uns in unserem demokratischen Prozess unterstützen? – Perspektivisch gesehen ist das eine hochspannende Frage, was die technologische Entwicklung betrifft.

Die andere Frage betrifft natürlich die Medien- und Digitalkompetenz und den Umgang von uns Menschen mit solchen Systemen in einer zunehmend digitalisierten Welt. Da möchte ich nicht nur die Wirtschaft bewusst ansprechen, sondern alle Felder unseres Lebens, alle Umfelder, in denen wir uns bewegen.

Es gibt ein Beispiel, das ich gerne bei jeder passenden Gelegenheit bringe, und auch hier passt es gut, um zu zeigen, wie omnitransparent wir geworden sind und was das für uns und unseren Umgang mit Daten bedeutet – Stichwort: Debatte über ein Grundrecht auf Datensouveränität als Ergänzung der bestehenden Menschen- und Freiheitsrechte. Es würde uns gut anstehen, in Europa so eine Debatte wesentlich aktiver zu führen.

Ich komme zu meinem praktischen Anwendungsbeispiel: Ich war vor rund einem Jahr bei einem sehr, sehr großen internationalen Technologieunternehmen, habe dort eine Geheimhaltungserklärung unterschreiben müssen, weil ich wirklich ein bisschen Einblick in die Forschung bekommen habe, welche spannenden Produkte und Dienstleistungen in den kommenden Jahren das Licht der Welt erblicken werden. Vieles erscheint noch abenteuerlich, vieles würden wir heute als Science-Fiction bezeichnen, aber in drei, vier, fünf Jahren wird es trotzdem kommen. Und dann sitzen wir mit dem internationalen Forschungschef zusammen, und zum Schluss fragt er mich dann: Herr Staatssekretär – damals war ich noch Staatssekretär –, wieso haben Sie eigentlich in Europa und auch in Österreich im Parlament – wir haben das ja im Nationalrat gemacht, der Bundesrat hat dann keinen Einspruch erhoben – das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb novelliert?

Ich war verwundert über die Frage, die Mitarbeiter haben alle gegrinst, fast schon schenkelklopfend; ich habe nachgefragt, was er damit genau meine. Da fragte er: Wieso haben Sie diese Buchungsplattformen reglementiert?

Eine kurze Testfrage in den Raum: Wer hat schon einmal eine Urlaubsreise oder einen Hotelaufenthalt über eine Buchungsplattform gebucht? – Ich würde sagen, das sind fast 100 Prozent, ein paar wenige haben nicht aufgezeigt, aber die große Mehrheit schon. Egal, wo Sie diese Frage heutzutage stellen, wenn das Publikum halbwegs technologieaffin ist, gehen alle Hände hoch.

Ich habe mich noch immer nicht ausgekannt und gefragt: Was meinen Sie damit genau? – Na ja, die Buchungsplattformen sind in drei bis fünf Jahren doch Geschichte. Was beschäftigen Sie sich politisch überhaupt damit?

Ich bin noch immer auf der Leitung gestanden, dann sagte er: Schauen Sie, es ist ganz einfach: Sie haben doch ein Smartphone? – Das habe ich bejaht. – Und Sie kennen auch viele Menschen im Umfeld, die ein Smartphone haben? – Das habe ich auch bejaht – Sie kennen auch Leute, die im Urlaub oder in ihrer Freizeit Fotos mit diesem Smartphone machen, egal, ob Urlaub am Strand oder am Bergsee, beim Wandern oder Skifahren, beim Kitesurfen oder Windsurfen, beim Anziehen der Tauchausrüstung, beim Abendessen, wo auch immer? – Kenne ich. – Sie wissen, diese Leute stellen diese Fotos auch in alle Sozialen Netzwerke? – Da kenne ich auch verdammt viele, über alle Altersklassen hinweg.

Sie wissen auch, hat er gefragt, dass die Leute in ihren Postings dann auch noch ihre Freunde und Bekannten markieren, und die Orte angeben, an denen sie sind? – Sage ich: Ja. – Sie schreiben auch dann dazu, wie sie sich dabei fühlen, wie das Essen geschmeckt hat, wenn sie den Wein fotografieren, oder ob das eine tolle Wedelabfahrt

war oder nicht. – Sage ich: Ja, das weiß ich alles. – Und Sie wissen, für die, die zu faul waren, das hinzuschreiben, haben wir eigene Icons erfunden, damit sie ihre Gefühle zum Ausdruck bringen können. – Ich habe schon langsam gewusst, worauf er hinauswill. Da hat er gesagt: Im Übrigen es gibt auch Leute, die sich jetzt Videokameras, so kleine GoPros oder anderes, beim Skifahren an den Helm stecken oder das beim Tauchen verwenden oder beim Laufen, und auch die stellen die Videos alle online, und die kommentieren sie auch.

Da habe ich gefragt: Jaja, worauf wollen Sie hinaus? – Darauf sagte er: Schauen Sie, und wir haben Softwarealgorithmen, die all das auswerten, zum Teil sentimentanalysebezogen, das heißt, wir können die Stimmungslage aus den Wordings herauslesen, und wir werden in drei bis fünf Jahren in der Lage sein, wesentlich bessere, hochindividualisierte Angebote für Sie – für Sie, Herr Bundesrat, für Sie, Frau Bundesrätin, für den Herrn in der letzten Reihe, für wen auch immer – anbieten können, auf Basis der persönlichen Präferenzen und dessen, was wir über Sie gelernt haben! Das kann niemand bei der Buchungsplattform; die kennt den Preispunkt, die Region, für die Sie sich interessiert haben, und die Kategorie des Hotels, aber that's it. – Wir wissen alles.

Warum erzähle ich das? – Ich erzähle das gerne unseren Touristikern, damit sie sich einmal den Kopf darüber zerbrechen, wie sie sich auf das digitale Zeitalter vorbereiten können. Jetzt erzähle ich das deswegen, um uns ein Gefühl dafür zu geben, dass wir eigentlich sehr transparent sind, in dem, was wir tun, dass einige wenige alles über uns wissen, dass wir uns zu wenig mit Grundrechtsfragen oder mit Fragen, die unsere demokratischen Entscheidungsstrukturen betreffen, auseinandersetzen: Wer kontrolliert die Daten, wer hat sie, wer manipuliert sie? – Es würde uns gut anstehen, uns damit auseinanderzusetzen.

Zum Thema politische Agenda: Ich glaube, wer auch immer in der nächsten Bundesregierung sitzt, tut gut daran, mit den beiden Teilen des Hohen Hauses, dem Nationalrat und dem Bundesrat, in eine intensive Debatte zu gehen, übrigens auch mit den Ländern, und sich eine gemeinschaftliche Strategie zu überlegen, wie man denn – unabhängig von den Teilen, in denen es um die Modernisierung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung geht – mit der politischen, der zutiefst gesellschaftspolitischen Frage der Digitalisierung umgeht.

Diese Debatte werden wir nicht führen können, wenn wir uns nur über die Frage: E-Voting, ja oder nein?, unterhalten, sondern wir müssen uns fragen, welche Grundhaltungen dahinterstehen, um welche Grundrechte es dabei geht. Im Bereich der Güterabwägung müssen wir eine Debatte über neue Grundrechte führen. Und das werden wir nicht nur auf österreichischer Ebene tun können, sondern das ist natürlich eine Debatte, die mehr und mehr auf europäischer Ebene beginnt. Ich würde gerne sehen, dass die österreichische Ratspräsidentschaft 2018 dazu auch einen Schwerpunkt setzt.

Es ist vielleicht die letzte große Arbeitspräsidentschaft, bevor die nächsten EU-Parlamentswahlen sind. Nach dem jetzigen estnischen Vorsitz, der einiges im Bereich der Digitalisierung macht und bereits an Ideen vorgelegt hat, kommen unsere bulgarischen Kolleginnen und Kollegen dran, dann kommen wir, und während EU-Parlamentswahlen sind, hat eben Rumänien den Vorsitz, wird sich dann auch sehr viel auf den Brexit konzentrieren, auf die nächste Budgetperiode, und dann vergisst man vielleicht grundlegende Fragen, denen wir uns nicht entziehen sollten und die einfach zu debattieren sind.

Ich würde mir da eine aktivere Debatte wünschen, auch eine breitere mediale Coverage und Berichterstattung, denn wir reden zwar sehr gerne darüber, ob ein

Roboter einen Arbeitsplatz ersetzt und, wenn ja, welchen, wo wir im Bildungsbereich investieren sollten, dass wir mit der Weiterentwicklung der dualen Ausbildung auch qualifizierte Fachkräfte haben, um mit dem digitalen Wandel umzugehen. Das ist alles total wichtig; nochmals: Das ist keine Frage des Entweder-oder, sondern vielmehr eine Frage des Sowohl-als-auch, aber diese Als-auch-Frage, den großen demokratiepolitischen Einfluss, den diese Entwicklung haben kann, die haben wir bislang, wenn wir ganz ehrlich sind, viel zu wenig beleuchtet.

In diesem Sinne lautet mein Appell an alle, sich da wesentlich mehr einzubringen und auf den ersten Blick vielleicht etwas exotische Bewegungen wie zum Beispiel die aus einem zutiefst staats- und autoritätsskeptischen Bereich kommende Blockchain-Community im Sinne eines Open-Innovation-Ansatzes einzuladen und über recht tabulose, für uns aus dem klassischen Zentrum des politischen Systems Kommenden unorthodoxe Ansätze bemühende Vorschläge in Diskurs zu treten. Das würde uns auch im Sinne eines Open-Innovation-Ansatzes gut anstehen, und wir sind das erste Land in Europa, das im Parlament – übrigens alle Fraktionen gemeinsam – eine Strategie verabschiedet hat.

Es heißt also, vom Rande Sozialer Netzwerke Neues hereinzuholen. Ich denke, das wird auch bei dieser Frage zwingend notwendig sein, denn wir haben nicht die Weisheit mit dem Löffel gefressen, wir beschäftigen uns sehr viel mit Alltagsdingen, es ist nicht immer genügend Zeit, sich mit den großen strategischen Fragen zu beschäftigen, also sollten wir auch hier das Potenzial von sozusagen systemferneren Gruppen, das Potenzial aus dem Wissenschafts- und Forschungsbereich, das Potenzial aus der Zivilgesellschaft, aber auch ganz besonders das Potenzial aus dem Kunst- und Kulturbereich fördern.

Wie es der Zufall will, haben wir heute gemeinsam mit der Angewandten ein neues Forschungsinstitut ins Leben gerufen, das Peter-Weibel-Forschungsinstitut für digitale Medienkulturen. Peter Weibel ist bekanntlich ein großer österreichischer Vordenker, Pionier und Querdenker im Bereich der Medienwissenschaften. Er hat sein gesamtes Archiv, sein gesamtes Œuvre der Angewandten geschenkt, das ist digitale Nahrung, um sich mit dem Thema Digitalisierung und Medienkultur weiter auseinanderzusetzen. Ich erachte diese transdisziplinären Herangehensweisen als vermutlich erfolversprechendste der Zukunft, also über den eigenen Tellerrand zu schauen, über den eigenen Bereich hinauszudenken, über die eigene Wissenschaftsdisziplin hinausdenkend neue Wege zu gehen, und ich glaube, wir haben in Österreich wahnsinnig viel Kreativität, Schaffenskraft und Querdenkertum.

Wir müssen nur die Fenster aufmachen, ein bisschen durchlüften und schauen, dass diese neuen Ideen auch in der Öffentlichkeit relativ tabulos debattiert werden, und dürfen nicht sofort sagen: Geht nicht, gibt es nicht, soll nicht sein, haben wir noch nie gemacht! – Wir leben in einem dramatischen Umbruchszeitalter, das ist irgendwie spürbar. Niemand von uns ist ein Zauberer, der in die Glaskugel schauen und sagen kann: So wird es in zehn, 15 Jahren ausschauen!, aber wir spüren, dass es sich verändert, also lassen wir Neues zu.

In diesem Sinne: Danke noch einmal für Ihr Engagement! Wir von der Regierungsseite sind für jeden Input dankbar, und ich glaube, wer auch immer dann Regierungsverhandlungen führen wird, ist ebenso für jeden Input dankbar, denn das ist eines der zentralen Themen, das uns in den nächsten Jahren beschäftigen wird. – Herzlichen Dank. (*Beifall.*)

14.29

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Vielen Dank, Herr Minister, für deine Ausführungen!

Fortsetzung Panel 1: Information und Desinformation

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Wir setzen jetzt fort mit Universitätsprofessor Dr. Christian Swertz; er spricht zum Thema: „Die Erziehung des Souveräns als Aufgabe der Medienbildung“.

Herr Dr. Swertz ist seit 2004 Professor für Medienpädagogik an der Universität Wien und Leiter der Wiener Medienpädagogik. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Bildungstheorie und die Mediendidaktik der Neuen Medien. – Bitte, Herr Professor.

14.29

Univ.-Prof. Dr. Christian Swertz: Ganz herzlichen Dank für die Einladung! Ich möchte mich zunächst beim Herrn Bundesratspräsidenten, beim Herrn Minister und den Bundesräten für die Möglichkeit, hier zu sprechen, bedanken und nutze schnell die Gelegenheit, während der Herr Minister noch da ist beziehungsweise gerade rausgeht, beginne mit dem Ende meines Vortrags und äußere eine Bitte: Wenn ein Fenster geöffnet werden soll, Medienkompetenz zu fördern, dann könnte man im Hochschulgesetz, das derzeit im Parlament zur Verhandlung ist, in § 38 Abs. 2a Medienpädagogik hineinschreiben, und schon ist das Fenster geöffnet, und wir haben die Möglichkeit, in der Praxis sehr viel zu gestalten.

Damit komme ich sozusagen von hinten zur zweiten Vorbemerkung: Im Grünbuch sind einige Vorschläge gemacht worden. Das Parlament arbeitet in Österreich entgegen vielen Erwartungen schneller, als veröffentlicht werden kann. – Die Hälfte der Vorschläge war bereits umgesetzt, bevor das Grünbuch veröffentlicht worden ist. Offensichtlich hat es ein Leak gegeben oder die Server sind irgendwie gehackt worden; die Ideen haben sich offensichtlich herumgesprochen und sind mit dem Schulautonomiepaket realisiert worden.

Damit komme ich zur ersten Vorbemerkung: Ich kann mich eigentlich an die Ratschläge von Tucholsky für gute Redner halten und darf zum Ende kommen: Wir brauchen mehr Medienkompetenzförderung. Es ist naheliegend, dass ich als Medienpädagoge das sage. Alle Vorrednerinnen und Vorredner haben das allerdings auch schon gesagt, damit darf ich mich in dieser Hinsicht für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

Vorher möchte ich allerdings ein paar Worte zu den Gründen sagen, die es sinnvoll machen, das zu tun, und zu möglichen Perspektiven für die praktische Umsetzung äußern. Dafür habe ich zwei Ausgangspunkte: Der erste Ausgangspunkt ist im Titel zum Ausdruck gebracht: Das demokratische System in Österreich ist wie jede Demokratie auf dem Prinzip der Volkssouveränität basiert. Um diese Volkssouveränität geht es mir aus pädagogischer Perspektive, das heißt, es geht mir um die Erziehung des Souveräns, also um die Erziehung mündiger Staatsbürgerinnen und Staatsbürger als demokratische Herrscherinnen und Herrscher, also um souveräne Menschen.

Das wirft aus pädagogischer Sicht die Frage auf, wie und zu welchem Zweck zukünftige Herrscherinnen und Herrscher erzogen werden sollten. Das Problem, das sich in der Pädagogik an dieser Stelle immer stellt, ist: Wir wissen nicht, wie richtig zu herrschen ist. Das ist in der Politik so wie in der Pädagogik: Sie wissen vorher nicht, ob eine politische Entscheidung richtig sein wird. Sie beschließen ein Gesetz und hoffen, dass es funktionieren wird. Ob es tatsächlich funktioniert, wissen Sie erst hinterher. Das ist in der pädagogischen Praxis ähnlich. Entscheidungen sind stets mit dem Risiko des Scheiterns verbunden.

Es ist also nicht möglich, positive Aussagen über richtige Erziehungsziele, richtige Erziehungsmethoden und richtige Erziehungsmedien bei der Erziehung des Souveräns zu treffen. Was aber möglich ist, ist, positive Aussagen über falsche Ziele zu treffen:

Wir wollen jedenfalls keine Tyrannei, wir wollen keine Diktatur, wir wollen keinen Totalitarismus und auch keine dogmatische Ideologie als Maßgabe der Erziehung des Souveräns haben – und wir wollen das auch dann nicht, wenn sie als eine vorgebliche Orientierung am Willen des Volkes oder am Willen des Marktes daherkommt. Das Volk hat nicht nur einen Willen – offensichtlich –, und der Markt hat überhaupt keinen Willen und kann daher auch nicht für Frieden und Gerechtigkeit sorgen. Darum ist es auch, wenn Sie mir diese Bemerkung zum aktuellen Geschehen gestatten, nicht sinnvoll, die Erziehung des Souveräns an den Zielen der OECD zu orientieren. Das gilt insbesondere auch für die PISA-Studie oder eine mögliche Länderprüfung in Österreich durch die OECD.

Es kann jedenfalls nicht darum gehen, Kinder im Sinne einer politischen, religiösen oder ökonomischen Ideologie zu erziehen. Damit würden wir die Kinder nur zu Sklaven erziehen, und zu Sklaven können wir als demokratische Souveräne unsere Kinder nicht erziehen wollen. Was nötig ist, ist also eine Erziehung zu Selbstbestimmung und Selbstdisziplinierung; zukünftige demokratische Herrscherinnen und Herrscher dazu zu erziehen, dass sie sich selbst beherrschen können.

Was bedeutet dieses Ziel für den pädagogischen Umgang mit Medien und insbesondere mit digitalen Medien? – Zunächst ist klar, dass es bei der Erziehung des Souveräns nicht darum gehen kann, digitale Maschinen bedienen zu können – dafür braucht man Dienerinnen und Diener und keine Herrscherinnen und Herrscher. Souveräne Menschen müssen dazu in der Lage sein, Maschinen für die Zwecke, die sie sich in der Gesellschaft selbst gesetzt haben, zu verwenden, also nicht nur von anderen gesetzte Probleme zu lösen, sondern sich der Maschinen zu bedienen und mit dieser Haltung dann durchaus auch Maschinen zu bedienen, nicht um der Maschinen willen, sondern als beherrschter Ausdruck des eigenen Willens. Es geht also um eine Erziehung zur Beherrschung der Technik.

Die Spannung zwischen den beiden Haltungen, die ich jetzt gerade genannt habe – sich einerseits der Maschinen zu bedienen und andererseits Maschinen zu bedienen –, kann allerdings nicht aufgelöst werden, ohne in Dogmatismus zu verfallen. Darum muss genau diese Spannung in der Erziehung der Souveräne im Blick auf digitale Medien zum Ausdruck gebracht werden. Die Erziehung des Souveräns erfordert also eine Gestaltung des Verhältnisses von Bildung und Ausbildung; das sind genau die zwei Aspekte, die im öffentlich zu finanzierenden Bildungssystem zum Ausdruck kommen.

Medien und insbesondere digitale Medien sind ein besonderer Gegenstand. Das Besondere an diesem Gegenstand aus pädagogischer Sicht ist, dass man mit diesem Gegenstand und über diesen Gegenstand unterrichten kann. Sie können zum Beispiel Geografie nicht mit Physik unterrichten, Sie können aber Geografie mit Medien unterrichten. Dieser Teil des Unterrichts mit Medien fällt in den Bereich der Mediendidaktik und dabei sollte, kurz gesagt, mediale Vielfalt im Mittelpunkt stehen, oder anders gesagt: Weder Schulbücher noch Laptops alleine machen eine gute Mediendidaktik aus.

Wichtiger noch als eine abwechslungsreiche Mediendidaktik ist aber eine fundierte Medienbildung. Die gab es in Österreich bisher nur als Querschnittsmaterie. Und diese Querschnittsmaterie lag vor allem etwas quer und hat irgendwie nirgendwo so richtig hineingepasst. Darauf hat der Gesetzgeber, wie gesagt, bereits reagiert und im Sommer die verbindliche Übung Digitale Grundbildung eingeführt, was im Grünbuch empfohlen wurde – auch wenn das möglicherweise nicht wegen, sondern trotz des Grünbuchs passiert ist; die Diskussion war ja recht umfangreich.

Es ist jedenfalls ein mutiger und weitblickender Schritt, dessen Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Erwartet kann davon zunächst ein Beitrag zur Kultivierung demokratischer Orientierung und zur Erziehung souveräner Menschen werden. Und es ist erfreulich, derzeit zu sehen, dass diese Kultivierung demokratischer Orientierung nicht nur zunehmend zu öffentlichen Debatten, sondern auch zu Debatten über öffentliche Debatten führt – das ist das, was ja auch bisher vorgetragen worden ist –, denn genau ein solches Reflektieren über das eigene Handeln ist die erste Säule der Medienbildung, um die es in der Digitalen Grundbildung geht.

Es ist auch erfreulich, zu sehen, wie viele Menschen diskutieren und damit zeigen, dass sie Medien durchaus anwenden können. Diese Anwendung von Medien ist die zweite Säule der Medienbildung, in der es um die Nutzung von Medien geht. Beides, die Reflexion über Medien und die Anwendung von Medien, also wieder genau die Spannung zwischen Bildung und Ausbildung, wird auch, wenn man sich die bisherigen Veröffentlichungen ansieht, den Lehrplan für Digitale Grundbildung bestimmen, der damit durchaus einen Beitrag zur Förderung von Medienkompetenz leisten kann.

Für das Ziel der Medienbildung, Bildungsprozesse zu ermöglichen, indem die Souveräne ihre Souveränität als freie, gerechte und solidarische Machtausübung mit Medien in der Teilhabe an öffentlichen Diskursen entfalten können und dabei zugleich an der Gesellschaft partizipieren können, sieht es also im Moment ganz gut aus. Es gibt natürlich durchaus noch das eine oder andere zu tun. Viel diskutiert worden ist ja schon über Infrastruktur. Das ist natürlich ein Problem: Es ist schwer, mit nicht vorhandenen Medien zu unterrichten. Man muss also schon für ein bisschen Ausstattung sorgen.

Wichtig sind aber auch strukturelle Rahmenbedingungen. Ein Vorschlag, der im Grünbuch gemacht worden ist, wäre die Einführung individueller Pflichtgegenstände, in denen die Schülerinnen und Schüler die Ziele, Inhalte, Methoden und Medien ihres Lernens selbst bestimmen können, um selbstorganisiert lernen zu können, so wie das einem demokratischen Souverän angemessen ist.

Das ist wahrscheinlich eher ein langfristiges Ziel, etwas kurzfristiger wäre es im Hinblick auf die Verwendung digitaler Medien sinnvoll, die Idee der parlamentarischen Kontrolle der Regierung auch in Schulen umzusetzen, das heißt, nicht nur eine Regierung in Form der Direktorinnen und Direktoren zu etablieren, sondern etwa auch die Schulgemeinschaftsausschüsse damit zu beauftragen, eine Kontrolle der Regierung vorzunehmen und damit demokratische Strukturen in Schulen einzuführen. Das würde auch die Gelegenheit bieten, demokratische Praktiken in Schulen tatsächlich zu erproben und eine Einübung in demokratische Kultur mit Sicherheit befördern.

Das gilt auch für andere Bereiche, wie die Erwachsenenbildung und die Jugendarbeit. Der Gesetzgeber kann da ohne Weiteres mit kleinen Änderungen sein Interesse an der Förderung digitaler Grundbildung zum Ausdruck bringen. Die konkreten Gesetzesänderungen, die dafür gemacht werden könnten, sind ja im Grünbuch aufgeführt.

Ein kurzfristiges Problem ist – das hatte ich schon gesagt –, dass wir jetzt zwar die verbindliche Übung haben, aber keine Lehrerinnen und Lehrer, die dafür qualifiziert werden. Es wäre also sehr hilfreich, wenn im Hochschulgesetz dieser Punkt noch aufgenommen werden könnte.

Abschließend darf ich mir die Bemerkung erlauben, dass es sehr erfreulich ist, dass der Gesetzgeber in Österreich die Verwendung von digitalen Medien in der Demokratie, aber auch in anderen gesellschaftlichen Feldern so aktiv gestaltet und

damit seiner vom Souverän gesetzten Aufgabe, wie mir scheint, durchaus überzeugend entspricht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

14.40

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Vielen Dank, Herr Professor Swertz. – Wir sind somit mit dem ersten Panel fertig.

Wir sind zeitlich etwa 20 Minuten hinter dem Plan, den wir uns vorgenommen haben. Das bedeutet jetzt nicht, dass wir bei den nächsten Vortragenden abziehen werden, denn das werden sie wahrscheinlich nicht wollen, und wir auch nicht.

Panel 2: Transparenz und Partizipation

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Wir kommen nun zum 2. Panel, und ich darf als ersten Referenten Andreas Kovar zu uns bitten; er spricht zum Thema: „Social Computing Technologien für die Demokratie – Schlussfolgerungen aus dem online-Beteiligungsverfahren ‚Digitaler Wandel und Demokratie‘ des österreichischen Bundesrates.“

Andreas Kovar ist Partner der Kovar & Partners GmbH und seit 17 Jahren als Public-Affairs-Berater für europäische und internationale Unternehmen tätig. Er war Klubreferent und politischer Berater im österreichischen Nationalrat und war auch im Europäischen Parlament tätig. – Bitte.

14.41

Andreas Kovar: Es wird mir zwar nicht gelingen, 20 Minuten in einem 10-Minuten-Vortrag einzusparen, aber vielleicht kann ich, um die 20 Minuten nicht ganz bei der Kaffeepause einsparen zu müssen, ein paar Minuten wieder gutmachen, indem ich nicht vom Blatt lese, was eigentlich eine Zusammenfassung eines Beitrags ist, den es ohnehin im Grünbuch gibt, sondern Ihnen frei sprechend die wesentlichen Punkte erläutere.

Das Erste ist: Diesen Beitrag verfasst haben Professor Peter Reichl von der Uni Wien und ich gemeinsam. Wir haben am Anfang einmal festgestellt: Es gibt einen doppelten Nutzen. Da wird bei der E-Partizipation immer ein doppelter Nutzen unterstellt, nämlich auf der einen Seite, dass die Qualität der Entscheidungen besser wird. Jetzt muss man genau genommen sagen, dafür gibt es keinen Beweis; aber es gibt auch keinen Beweis, dass sie schlechter werden würde. Das heißt, man könnte es auf jeden Fall einmal mit Partizipation probieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass Entscheidungen, wenn mehr Leute beteiligt sind, besser werden, diese These ist zumindest nicht so einfach von der Hand zu weisen.

Das Zweite – auf jeden Fall, das kann man beobachten –: Wenn jemand an einer Entscheidung beteiligt ist, wird dies auch dann, wenn sie nicht in seinem Sinn ausgegangen ist, die Akzeptanz steigern. Es ist in Wirklichkeit auch, glaube ich, eines der Grundprinzipien des Parlamentarismus, dass es viel leichter ist, zu akzeptieren, dass eine Entscheidung anders ausgegangen ist, wenn man auch noch um Mitternacht 15 Minuten lang im Plenum die Kollegen mit einer Rede erfreuen darf; dann kann man leichter akzeptieren, dass das nicht durchgegangen ist, was man eigentlich vertreten hat. – Das sind diese zwei Punkte.

Auf jeden Fall ist es so, dass wir bei E-Partizipation der Politik die Möglichkeit geben – das haben wir uns in zwei Fällen angeschaut, an zwei Projekten, die hier im Haus gelaufen sind, und auch an anderen Projekten –, authentisch zu Informationen zu kommen, also zu Informationen, die sonst über Suchen oder über Umfragen noch gar nicht zugänglich sind, weil man auch sehr kurzfristig Informationen hereinholen kann,

und vor allem, weil die Politik mit BürgerInnen, mit ExpertInnen in einen direkten Kontakt treten kann, der so eigentlich anders gar nicht möglich ist.

Sie wissen, dass ich in der Interessenvertretung arbeite – oder im Lobbying –, aber die Politik hätte damit – neben wissenschaftlichen Erkenntnissen – eigentlich noch eine weitere Quelle, also nicht nur Interessenvertretungen und wissenschaftliche Studien, sondern sie könnte sich auch direkt mit Betroffenen aus der Praxis austauschen. Diese Qualität kann man also auf jeden Fall bringen.

Das Interessante ist: Während wir in anderen Bereichen, anderen Branchen, wenn man so will, in denen es um reine Information geht, also um die Verarbeitung von Fotos, Musik, Medien, Zeitungen, Büchern, mit der Digitalisierung schon sehr weit gekommen sind – also in diesen Branchen hat man sich darauf eingestellt und es geschafft, damit umzugehen, beziehungsweise es sind viele Unternehmen auch tatsächlich vom Markt verschwunden –, ist es so, dass wir bei der politischen Diskussion, also etwas, bei dem es auch um reine Information geht, eigentlich noch kaum Möglichkeiten, kaum Impulse entwickelt haben, die wirklich zu guten Leistungen führen.

Es gibt eine Untersuchung vom MIT, da haben sie sich die Diskussion auf Social Media angeschaut, und sie beschreiben eben, dass es da extreme Defizite gibt. Gut, dazu bräuchte ich keine Studie des MIT; aber sie beschreiben auch, warum es diese Defizite gibt, und sie zeigen, dass das nicht mit der Digitalisierung an und für sich zu tun hat, sondern damit, dass wir noch nicht gelernt haben, damit umzugehen, und dass die Tools noch nicht vorhanden sind.

Interessant sind auch zwei Projekte, die es hier im Bundesrat gegeben hat. Das erste Projekt hat es im Jahr 2015 gegeben, es hat „Digitaler Wandel und Politik“ geheißen; sehr viele, die heute da sind, haben auch damals in irgendeiner Form mitgewirkt. Bei diesem Projekt ist es schon um die Frage gegangen, wie man E-Partizipation in politische Prozesse, also formale politische Prozesse integrieren kann. Das scheint mir bei der Frage, welche Rolle der Parlamentarismus in Zukunft im Zusammenhang mit E-Partizipation spielt, auch wesentlich zu sein. Man kann nämlich zeigen, dass die Geschäftsordnungen des Bundesrates und des Nationalrates praktisch keine Hürden aufzeigen und dass man informelle Prozesse mit formalen Prozessen koppeln kann.

Natürlich braucht man eine neue Herangehensweise, sicher ein neues Selbstverständnis und auch ein neues Verhalten; aber die vorhandenen Regeln behindern das eigentlich nicht. Weil ich Lukas Mandl sehe: Auch bei den Landtagen ist das sicher so der Fall. Das heißt, diese Integration ist möglich. Das ist auf jeden Fall eine der wesentlichen Schlussfolgerungen.

Wenn man sich jetzt die Anforderungen anschaut, die die Digitalisierung an die Politik stellt, dann gibt es auf jeden Fall einen wesentlichen Punkt, der ins Auge springt: Wenn man das mit der Industrialisierung vergleicht, dann muss man sagen, die Industrialisierung ist eigentlich relativ langsam verlaufen, in der Anfangsphase erst recht, aber auch dann in der Folge. Sie war aber sehr weitreichend, wenn Sie daran denken, dass die Industrialisierung dann doch zu neuen politischen Ideen, neuen Philosophien geführt hat – im Endeffekt, wenn man so will, zum Zusammenbruch von fünf Kaiserreichen, zur Entwicklung des Sozialstaats, zu Emanzipation und allgemeinem Wahlrecht.

Was da mit der Digitalisierung auf uns zukommt, nämlich jetzt nicht an technischen, sondern an gesellschaftlichen Veränderungen, wenn man das nur halbwegs vergleichen kann, muss ich sagen, es wird sehr vieles sein. Das läuft mit einer höheren Geschwindigkeit, das heißt, wir müssen Prozesse entwickeln, Prozedere entwickeln, mit denen wir viel schneller an Informationen kommen und diese Informationen

verarbeiten. Heute ist es ja so – und das ist gut so –, dass die Politik oft sehr lange beobachtet, dann erst die Maschinerie anwirft, Entscheidungen trifft und erst Jahre später entscheidet. Das ist auch ganz gut so, weil es dadurch eine gewisse Kontinuität hat; manchmal ist es vielleicht etwas zu langsam. Bei der Digitalisierung wird uns diese Zeit nicht gegönnt sein, und zwar, weil es da auch um die Frage von Standortunterschieden geht. Welcher Standort, welches Land wird sich schneller anpassen können und wird die Möglichkeiten, die ja zweifelsohne da sind, nutzen können? – Mit dem Schaden und mit den Nachteilen wird man sich dann sowieso auseinandersetzen müssen.

Kurz zusammengefasst: Wir haben diese Möglichkeiten, wir haben die Herausforderungen. Wir müssen feststellen, es gibt diese Nutzung der Digitalisierung in der Politik noch nicht, und es sind auch diese Veränderungen noch nicht eingetreten. All die Auswirkungen, die wir auf Wahlkämpfe erlebt haben oder jetzt erleben, sind ja im Prinzip marginal im Vergleich zu dem, was eben die Industrialisierung in der Gesellschaft bewirkt hat. Das heißt, da liegt noch sehr vieles vor uns; das bedeutet aber auch, sehr viele Aspekte, mit denen sich die Politik noch auseinandersetzen muss.

Das war jetzt das dritte Grünbuch und das dritte Projekt des Bundesrates. Es gibt noch genug zu tun. – Danke schön. (*Beifall.*)

14.48

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Danke, Andreas Kovar, auch für die eingesparte Minute.

Wir kommen zu unserer nächsten Vortragenden, Frau Mag. Ursula Seethaler. Ihr Thema: „Zwischen Top-down und Bottom-up: Ein- und Ausblicke zu deliberativen Online-Bürgerbeteiligungsprozessen“.

Die studierte Kommunikationswissenschaftlerin und Soziologin ist Geschäftsführerin der hier communication consultants GmbH und Vorstandsvorsitzende des Vereins Liquid Participation. Liquid Participation möchte die Entwicklung digitaler Beteiligungsprozesse für BürgerInnen fördern, die transparent und nachvollziehbar sind und in belastbaren Entscheidungen münden.

14.49

Mag. Ursula Seethaler: In diesem Sinn: Auch meinerseits einen schönen Nachmittag! Ich hoffe, Ihre Aufmerksamkeit ist noch ein bisschen da. Ich möchte wirklich in meiner Funktion als Vorstandsvorsitzende von Liquid Participation sprechen.

Wir haben jetzt schon sehr viel Kritisches zu all diesen Social-Media-Tools gehört, darüber, wie gefährlich sie durchaus sein können und welche Ausblicke wir zu erwarten haben. Ich möchte dennoch ganz kurz Folgendes erwähnen. Seit 1996 oder 1997 haben wir diese Tools, diese Beteiligungstools. Die Medien setzen sie in Foren zu den journalistischen Artikeln ein, vermehrt vorhanden sind sie inzwischen durch Facebook, Twitter, WhatsApp, Instagram.

Sie sind natürlich durch Shitstorm-Debatten und Dirty Campaigning in Misskredit geraten. Allerdings ist es auch so, dass in den geschlossenen Gruppen sehr viel Positives diskutiert wird. Der Zugang, die Möglichkeit zur Diskussion hat sich doch weitaus vergrößert, und das möchte ich in diesem Zusammenhang einfach noch einmal in Erinnerung rufen. Auch die meisten Studien – dies als kleine kritische Anmerkung zu dem Thema –, in denen es darum geht, wie kritisch diese Diskussionen sind, wie gefährlich sie sind und wie wir manipuliert werden können, beziehen sich trotzdem auf öffentlich sichtbare Daten. Die meisten der in geschlossenen Gruppen stattfindenden Debatten können wir nicht analysieren.

Da gibt es dann manchmal doch einen blinden Fleck beim Blick auf das große Bild, wie die Verbesserung oder möglicherweise auch die Verschlechterung des Meinungsbildungsprozesses sein kann, beziehungsweise haben wir nur ein vage gezeichnetes Bild dazu, weil ein großer Teil einfach außen vor bleibt, den wir so nicht beobachten können.

Dennoch: All diese Bereiche sind Kommunikationsräume, sind Marktplätze von Meinungen. Was meiner und unserer Meinung nach, die wir uns als Liquid Participation schon sehr lange mit den pragmatischen Auswirkungen von möglichen Beteiligungsmechanismen oder Beteiligungsprozessen auseinandersetzen, fehlt, sind nachhaltige, strukturierte und transparente Onlinebeteiligungsprozesse, die im demokratiepolitischen Feld von allen Beteiligten als legitim anerkannt werden können. In den letzten Jahren wurden in Österreich erste Gehversuche dazu gemacht, international kennen wir natürlich auch sehr viele. Sehr oft in den letzten Jahren, selbst wenn ich woanders aufgetreten bin, haben wir deutsche Beispiele gebracht. Es kommen gleich estnische Beispiele; skandinavische Beispiele zeigen, sie sind dort ein Stück weiter in ihrem Erfahrungsschatz.

Allerdings möchte ich einmal ganz kurz den Brennpunkt auf Österreich richten: Auch hier hat es in der Verwaltung und in der Zivilgesellschaft Projekte gegeben, Diskussionsprojekte oder Diskursprojekte, aus denen wir sehr wohl lernen können. Genannt sei hier zum Beispiel die Stadt Wien, die immerhin 2012 die Wiener Charta – vielleicht kann sich der eine oder andere noch daran erinnern – online diskutiert hat oder in der Fortsetzung die digitale Agenda online aufgegriffen hat, aber auch in Online- und Offlineprozessen weiterbearbeitet hat. Beides waren Prozesse, die im Crowdsourcing-Bereich stattgefunden haben, und es sind eben die Inhalte mit Bürgerbeteiligung erarbeitet worden.

Im zivilgesellschaftlichen Bereich, also quasi nicht als E-Government-Bereich – Andreas Kovar hat es gerade genannt –, haben wir 2014 begonnen, als lose Gruppe von interessierten Personen die offene Gesetzgebung zu diskutieren und zu initialisieren. Daraus ist dann das Grünbuch entstanden, das ja soeben erwähnt wurde, das sozusagen der Ursprung und der Anfang für die weiteren Grünbücher und für die Aktivitäten im Bundesrat war – ich glaube, das kann man durchaus so sagen. Das ist auch durch eine Bürgerinitiative im weitesten Sinne, durch ein Anschieben engagierter Menschen, die sich diese Tools einfach genommen und aktiv gestaltet haben, losgetreten worden.

Wie wichtig dieser Weg ist, zeigt natürlich auch das im Mai in diesem Parlament beschlossene kleine Demokratiepaket. Ich interpretiere das quasi als Commitment, dass dieser Weg weiterbegangen werden soll. Leider wurde dabei wenig darauf geachtet, welche Funktionen mit der Onlinebeteiligung erreicht oder erfüllt werden sollen.

Wenn man sich vorstellt, dass zwischen Meinungsbildungsprozessen, Innovationsprozessen und Entscheidungsprozessen, in diesem Fall auch deliberativen Entscheidungsprozessen, doch sehr, sehr große Unterschiede dahin gehend bestehen, wie sie ausgestaltet werden sollen, können oder müssen, weil sie einfach unterschiedliche Funktionen haben und unterschiedlichen Prozessen unterliegen, wäre es sozusagen fein gewesen, wenn noch ein Stückchen mehr an Vorlage oder an schon öffentlich gemachtem Diskurs da gewesen wäre. – Das ist sozusagen die Top-down-Situation, wo langsam angeschoben wird.

Bottom-up braucht es allerdings auch Handlungsinitiativen. Vielfalt zu gestalten – und darum geht es ja, also Räume zu gestalten, Gesellschaftsräume zu gestalten –, benötigt Onlineinstrumente und -prozesse, die an die jeweiligen Beteiligungs- und

Kommunikationssituationen angepasst werden. Das heißt, wir brauchen sehr modulare, sehr anpassbare Prozesse und auch Tools, aber auch partizipative Infrastruktur, die Vertrauen, Glaubwürdigkeit und nachhaltige Vorgehensweisen ermöglicht.

Im Moment bleibt es den Gemeinden, aber auch den NGOs überlassen, wie experimentierfreudig sie sind oder wie mutig sie sind, wenn sie Onlinebeteiligungen starten. Gemeinden stehen tatsächlich vor dieser Situation, aber auch NGOs stehen einerseits vor der großen Auswahl an Tools – man weiß nicht genau, welches Tool was kann, welches Tool welche Prozesse abbildet und welche Stärken oder Schwächen hat –, andererseits müssen sie sich sozusagen in einer Prozessumgebung bewegen, die Digitalisierung nun einmal notwendig macht und anders mitdenken lässt.

In den letzten Jahren wurde viel darüber gesprochen, einige wenige Beispiele sind immer wieder genannt worden, aber praktisch anwendbare Evaluierungs- beziehungsweise Orientierungskriterien wurden für Onlinepartizipation bislang wenige entwickelt; also ich kenne keinen Kriterienkatalog. Ich möchte jetzt nur fünf Beispiele bringen, die wir zumindest in Österreich haben, aus den wir hätten lernen können oder auch jetzt noch lernen können.

Das eine sind die Projekte Open-Innovation-Strategie und die Digital Roadmap, die letztes Jahr vonstattengegangen sind; das waren Crowdsourcing-Projekte. Da gibt es schon eine Vorlage: Was ist gut gegangen? Was ist schlecht gegangen? Was könnte man besser machen? – Es wurden doch eine Menge Personen mit eingebunden.

Ich möchte auch ein ganz anderes Beispiel, den Bürgerhaushalt in Margareten, nennen. Es ist dies ein sehr kleines, detailliertes Projekt, aber dennoch wird da in Österreich ein Bürgerhaushalt online gestaltet; wir brauchen nicht über die Grenzen zu schauen. Auch da gibt es bereits erste Erfahrungsberichte oder Kriterien, die wir aus diesen Projekten herausziehen können: Wie schaut es in unserem Kulturkreis, in unserer Kultur in Österreich aus? Was geht? Was geht nicht?

Ein anderes Beispiel ist das Jugendhaus in Feldkirch, wo die Betreiber Fragen stellen und immerhin auch 900 User 167 Vorschläge generiert haben. Wir wissen, Feldkirch ist keine Großstadt, keine Millionenstadt. Das ist ein kleinerer Ort, wo Onlinepartizipation bis jetzt sehr produktiv eingesetzt worden ist.

Linz ist mit dem Ideenportal „Mein Linz“ auch einen Weg gegangen, auf dem mit Bürgerbeteiligung sozusagen gute Vorschläge herausgefiltert worden sind, auch im Crowdsourcing-Bereich, und an den Gemeinderat weitergereicht worden sind.

Es gibt aber auch ganz andere Prozesse, wie zum Beispiel in der Lange Gasse in Wien. Dort wurde Prozessbeteiligung insofern gemacht, als es um Information gegangen ist; auch Informationen zu geben ist ein Teil eines Onlineprozesses, den wir nicht geringschätzen dürfen.

Es stellen sich für uns allerdings wichtige Fragen. Aus diesen vielen Prozessen, aus diesen vielen Projekten sollten unsererseits Qualitätsstandards kreiert werden. Qualitätsstandards könnten im E-Government-Bereich eine Hilfestellung sein, um verbindlichere, glaubwürdigere Prozesse zu gestalten, und in der Zivilgesellschaft wären es Guidelines, die eine großen Hilfestellung für Gemeinden oder NGOs wären, um die Grenzen auszuloten und die Herausforderungen besser abwickeln zu können.

Die Entwicklung solcher Standards wäre auch ein großer Schritt für Entwickler, also tatsächlich Programmierer, die neue Tools bereitstellen. Dort wären sie eine Orientierung für weitere Innovation.

Für uns stellt sich die Frage – und das ist auch der Ausblick, dem sich die Politik stellen muss –: Wo benötigen wir für Gemeinden oder politische Akteure klare Regelwerke, Verfahren, um Verbindlichkeit und deliberative Prozesse tatsächlich herstellen zu können? Wie können solche Qualitätsstandards tatsächlich aussehen? Welche Orientierungshilfen benötigt die Zivilgesellschaft bei der Durchführung partizipativer Onlineverfahren?

Ich nenne nur ein Beispiel: Auf der zivilgesellschaftlichen Seite gibt es zum Beispiel das Vereinsgesetz; auch dort ist es uns darum gegangen, wie sozusagen Gesellschaft, Vereine und gesellschaftliche Partizipation nicht online, sondern tatsächlich aktiv gestaltet sein sollen, da haben wir Grundlegen. Es ist auch da die Frage, wie zukünftig partizipative Verfahren in der Zivilgesellschaft als Mindeststandard abgewickelt werden sollen.

Also welche politischen Aktivitäten müssen gesetzt werden, um einer partizipativen Gesellschaft Vorschub zu leisten? Wie können AkteurInnen der Zivilgesellschaft unterstützt werden, die Beteiligungsprozesse durchzuführen? – In jedem Fall steht fest: Beteiligungsprozesse brauchen Ressourcen, vor allem mehr staatliche Innovationsressourcen als bisher.

Ich möchte noch drei Leuchttürme nennen, aus meiner Sicht Leuchttürme, wie es durchaus gehen kann, wie wir sie schon als Vorbild sehen können. Nordrhein-Westfalen: Dort wird seit Längerem an einer zentralen Onlinebeteiligungsstrategie gearbeitet, da gibt es auch sehr gute Beispiele. Madrid hat ein ambitioniertes Bürgerbeteiligungskonzept, da kann man schon sehr viel davon sehen, wie es gut funktionieren kann; da gibt es ganz große Bürgerhaushalte, wo 100 Millionen € in der Stadt vergeben werden. Und Baden-Württemberg: Frau Kollegin Staatssekretärin Erler war letzte Woche in Wien und hat gezeigt, was nachhaltige Beteiligungskonzepte, die mit Nachdruck und viel Diskussion implementiert werden, bewirken können.

Das könnten tatsächlich gute Beispiele für Österreich sein, auch für die Politik, dass wir sozusagen einen Boden unter die Füße bekommen, um Onlinebeteiligungsprozesse ein gutes Stück auf den Weg zu bekommen. (*Beifall.*)

15.01

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Danke, Frau Mag. Seethaler, auch dafür, meine Heimatstadt Feldkirch erwähnt zu haben. Das haben wir vorher nicht vereinbart. In Feldkirch gibt es seit vielen Jahrzehnten solche Beteiligungsmodelle, und das ist auch besonders erwähnenswert.

Wir kommen zu Herrn Mag. (FH) Robert Harm; er spricht zum Thema: „Informationsfreiheit und Open (Government) Data als zentrale Voraussetzungen für faktenbasierte Partizipation“.

Er ist Mitbegründer des Netzwerks open3 zur Förderung von openSociety, openGovernment und openData in Österreich. Seit 2010 engagiert er sich für offene Datentransparenz und zivilgesellschaftliche Mitbestimmung. – Bitte.

15.02

Mag. (FH) Robert Harm: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir befinden uns ja in der Intensivphase des Wahlkampfs. In den TV-Duellen für die Nationalratswahl fordern sämtliche Kandidatinnen und Kandidaten den gläsernen Staat statt des gläsernen Bürgers. Im Wahlbarometer des Politik- und Wahljournals „neuwal.com“ stuft jede Partei den Punkt Transparenz mit höchster Wichtigkeit ein. Transparenz heften sich alle Parteien auf die Fahnen – die Wirklichkeit sieht allerdings oft anders aus.

Österreich ist im internationalen Vergleich an letzter Stelle, wenn es um Informationsfreiheit geht. Im jährlich veröffentlichten, weltweiten Right to Information

Rating ist Österreich seit sieben Jahren auf dem letzten Platz. Auch 2017 sind wir wieder auf Platz 111 von 111 untersuchten Nationen gelandet.

Im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern steht in Österreich das Amtsgeheimnis noch immer in der Verfassung. Dabei bestätigt sogar der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem Urteil von 2013, dass Information ein Menschenrecht ist. Information ist untrennbar mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung verbunden. Nur wer ausreichend informiert ist, kann sich eine umfassende Meinung bilden.

Freie Information – richtige, faktenbasierte Information statt Fake News –, dies schafft mündige Bürgerinnen und Bürger. Informationsfreiheit ist ein praktisches Mittel für eine funktionierende Demokratie. Sie macht Prozesse nachvollziehbar, beugt Steuerverschwendung vor und stärkt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat.

Doch derzeit liegt es bei den Bürgerinnen und Bürgern, ihr Recht auf Information einzufordern. Die Bringschuld liegt bei den fragenden Bürgern, nicht beim Staat. Das muss sich ändern.

Mit der Digitalisierung ist es so einfach wie nie zuvor, Informationen schnell in der ganzen Welt zu verbreiten. Das gilt für Fakten genauso wie für Fake News – falsche Angaben, die von unlauteren Quellen verbreitet werden und die öffentliche Diskussion von einem informierten Dialog in ein polemisches Theater verwandeln.

Ich möchte den ehemaligen Umweltminister Wilhelm Molterer zitieren: „Die Freigabe der Abfallstandorte hat die Diskussionen sehr versachlicht.“ Das war seine Aussage im Rahmen einer Debatte um die Veröffentlichung von Müllablagestandorten, und wie das Freigeben von Informationen die öffentliche Diskussion zum Besseren gewendet hat.

Fakten – korrekte Informationen, herausgegeben von einer vertrauenswürdigen Quelle – sind das Antidot zu Mutmaßungen und Fake News. Die Verwaltung und die Politik können hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir brauchen Open Government Data – offene Daten aus der Verwaltung –, um einen informierten und faktenbasierten Diskurs in der Öffentlichkeit zu ermöglichen. Veröffentlicht die Verwaltung ihre Daten und Informationen, schafft sie mündige Bürgerinnen und Bürger und stärkt das Vertrauen in den Staat.

Open Government Data an sich ist kein neues Konzept in Österreich. Die Stadt Wien war Vorreiterin deutschsprachiger Verwaltungen, als sie im Mai 2011 die ersten 30 Datensätze veröffentlicht hat. Im Juli 2011 wurde die Verwaltungskooperation Corporation OGD Österreich gegründet, in der sich sogenannte Chief Data Officers aus Bund, Ländern, Städten und Gemeinden gemeinsam für Open Government Data einsetzen.

Bisher wurden in Österreich einige Projekte im Bereich Offene Informationen unterstützt, wie etwa die Open-Data-Portale data.gv.at und opendataportal.at, das Projekt e-infrastructures.at zur offenen Archivierung wissenschaftlicher Erkenntnisse, oder geförderte Projekte im Innovationsbereich wie openinnovation.gv.at.

Das hilft auch der Wirtschaft: Auf data.gv.at, der Plattform, auf der alle offenen Verwaltungsdaten landen, gibt es aktuell 2 473 Datensätze – diese wurden und werden von der Wirtschaft rege genutzt. Nicht weniger als 417 Apps und Internetservices nutzen diese Daten und stellen den Bürgerinnen und Bürgern weitere Services zur Verfügung. Das ist ein großartiges Verhältnis, also knapp eins zu sechs; das ist ein Spitzenwert in Europa.

Daten sind also ein wichtiges Gut, doch ich finde, wir brauchen noch mehr davon.

Kennen Sie beispielsweise die Gemeinde Engerwitzdorf? – Engerwitzdorf ist in Open-Data-Kreisen sehr berühmt. Diese kleine Gemeinde in der Nähe von Linz hat nur circa 8 700 Einwohner, aber die Gemeindeführung hat bisher schon 137 offene Datensätze veröffentlicht. Von Fördergeldern bis Spielplatzstandorten – in Engerwitzdorf gilt die Devise von Open Data: Information ist öffentliches Gut. Ausnahmen gibt es nur, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet wäre oder die Privatsphäre von Menschen verletzt würde.

137 Datensätze aus Engerwitzdorf, das ist ungefähr sechs Mal so viel, wie aktuell alle Bundesministerien zusammen an offenen Daten veröffentlicht haben. Diese kommen nämlich derzeit gerade einmal auf 22 offene Datensätze. Da ist dann natürlich die Frage: Warum ist das so? – Theoretisch gäbe es ja das Informationsweiterverwendungsgesetz, das alle öffentlichen Stellen dazu anhält, Daten zu publizieren und frei zugänglich zu machen.

Es gibt also dieses Gesetz, aber es kommt meiner Meinung nach nur in wenigen Fällen zur Anwendung. Es kommt nicht selten vor, dass Abteilungen nicht wissen, dass es dieses Gesetz gibt, geschweige denn, wie sie die Daten tatsächlich veröffentlichen können. Es gibt wenige offizielle Stellen, die sich für die Einhaltung einsetzen, keine hilfreichen Prozesse, die der Verwaltung helfen, den Kulturwandel, den es hierfür braucht, einzuleiten. Die Bringschuld bleibt beim Bürger.

Das heißt, obwohl schon einiges geschehen ist, ist meiner Ansicht nach noch viel zu tun: Es liegt an der Politik, die Rahmenbedingungen für eine flächendeckende Open-Government-Umsetzung zu schaffen. Auf Lippenbekenntnisse – und davon gibt es auf dem Papier schon genug – müssen Taten folgen. Es sind weitere Anstrengungen erforderlich, die von der Politik beschlossen und mit finanziellen Mitteln gefördert werden müssen.

Zur Umsetzung der digitalen Agenda und zur Unterstützung von nachhaltigem Wachstum brauchen wir konkrete Maßnahmen. Eine konkrete Maßnahme wäre die Schaffung eines oder einer Informationsbeauftragten im Kontext eines umfassenden Informationsfreiheitsgesetzes, der/die einerseits den Behörden bei der Umsetzung des Rechts zur Seite steht und andererseits Bürgerinnen und Bürger beim schnellen und kostenlosen Informationszugang unterstützt. Es bedarf einer beauftragten Person, die sicherstellt, dass Geheimhaltungsgründe nicht nur vorgeschoben sind.

Das Informationsfreiheitsgesetz muss klar definieren, in welchen Fällen das Herausgeben von Auskunft und Daten verweigert werden darf. Für alle muss das gleiche Recht gelten. In Wien darf es nicht mehr Geheimhaltungsgründe geben als in Vorarlberg, und es dürfen die Bürgerinnen und Bürger dafür nicht zur Kasse gebeten werden.

Diese Transparenz, von der ich spreche, ist in zahlreichen EU-Staaten bereits gelebter Alltag, zum Beispiel in Slowenien oder in der Slowakei.

Ein weiteres Ziel ist der Beitritt Österreichs zu Open Government Partnership, einem internationalen Bündnis mit aktuell 75 teilnehmenden Ländern, in dem verpflichtende Aktionspläne für mehr Transparenz erarbeitet werden. Deutschland zum Beispiel ist seit 2016 dabei und hat auch schon den ersten nationalen Aktionsplan veröffentlicht.

In Summe braucht es, glaube ich, keine großen Anstrengungen, um das umzusetzen, was uns bei jeder Wahl versprochen wird: ein offener, transparenter Staat, der freiwillig und proaktiv Informationen veröffentlicht. Um das möglich zu machen, brauchen wir Unterstützung auf allen Ebenen.

Da wende ich mich an Sie, liebes Publikum, die Sie sich für ein besseres Österreich einsetzen: Helfen Sie mit, initiieren Sie diesen Wandel! Unterstützen Sie im Rahmen

Ihrer Möglichkeiten Informationsfreiheit und Open Government Data in Österreich! Werden Sie aktiv, damit nicht die Vision vom gläsernen Bürger durch Überwachungspakete, sondern die Vision eines gläsernen Staates Wirklichkeit wird! – Danke sehr. (*Beifall.*)

15.09

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Vielen Dank, Herr Mag. Harm.

Wir kommen zum letzten Referenten vor der Pause. Das ist Herr Moritz Ritter; er spricht zum Thema „Liquid Democracy: Konzepte und Herausforderungen in Theorie und Praxis“.

Herr Ritter ist Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des Think & Do Tanks Liquid Democracy mit Sitz in Berlin, dessen Ziel verflüssigte Grenzen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik sind. – Bitte.

15.10

Moritz Ritter: Ich bin jetzt, glaube ich, der Letzte, der noch zwischen uns allen und einem Kaffee steht, deswegen möchte ich mich auch kurzhalten. Ich glaube, ich kann den Theorieteil, der für Sie alle vielleicht auch gar nicht so attraktiv ist – er klingt auch schon nicht danach –, ganz einfach abkürzen und zu einem Praxisteil machen. Wir haben gerade ein wunderbares Beispiel gesehen, anhand dessen ich erklären kann, was Liquid Democracy ist. Herr Swertz, der gerade hier war, hatte einen wunderbaren Vorschlag, wie man vielleicht ein Gesetz verbessern könnte. Das war sogar ein sehr konkreter Vorschlag. Diesen hat er dem Herrn Minister noch zugerufen, während dieser hier gerade hinausgegangen ist.

Würden wir in einer Liquid Democracy leben, hätte Herr Swertz die Möglichkeit, sich auf einer Onlineplattform einzuloggen, zu diesem Gesetz zu gehen, von dem ein Entwurf dort liegt, und genau an dieser Textstelle, die er gerade genannt hat – § 38 Abs. 2a –, seinen Kommentar abzuliefern. Er könnte dann dort eine Debatte darüber starten und vielleicht würde diese Änderung dann sogar angenommen. In jedem Fall würde die Sache nicht von dem Zufall abhängen, dass die beiden Herren einander hier begegnen oder davon, ob der Herr Minister vielleicht gerade noch zwei Sekunden länger bleibt oder nicht.

Genau das wäre einer der Vorteile von Liquid Democracy, nämlich dass wir uns unabhängig von der Zeit, unabhängig vom Ort wirklich beteiligen könnten. Ich glaube, uns allen ist durch dieses Beispiel gerade klargeworden, dass es eine bessere Debatte wäre und vielleicht am Ende auch ein besseres Gesetz, wenn wir diese Möglichkeit hätten.

Der zweite Teil der Liquid Democracy ist folgender: Viele von Ihnen haben jetzt vielleicht gerade gemerkt, dass Herr Swertz eine Ahnung vom Thema hat. Würden wir in einer Liquid Democracy leben, dann könnten Sie einfach sagen: Statt meinem Abgeordneten würde ich jetzt eigentlich sagen, Herr Swertz sollte in dieser Sache für mich abstimmen, weil er mir da ganz kompetent erscheint. Auch das wäre eine Möglichkeit, die Ihnen so eine Onlineplattform böte. Sie könnten auf der nationalen Ebene einfach sagen: Herr Swertz soll in dieser Sachfrage bitte für mich abstimmen, statt meinem Abgeordneten oder vielleicht statt einem Abgeordneten der Partei, die ich gewählt habe. – Da gäbe es verschiedene Möglichkeiten.

Auch das ist ein sehr großer Vorteil: Es könnten jene Menschen, die in der jeweiligen Sachfrage sehr kompetent sind und ein sehr spezifisches Wissen haben, statt der Abgeordneten abstimmen und die Bevölkerung – also der Souverän, wir – könnte für jede Sachfrage einzeln entscheiden.

Das klingt alles utopisch und ziemlich verrückt, aber technisch gesehen steht diesen Möglichkeiten gar nicht viel im Wege. Wir haben ein bisschen etwas zur Verbindlichkeit von Abstimmungen und zum E-Voting gehört. Natürlich gibt es da noch ein bisschen etwas zu forschen und zu tun, aber nicht jede Abstimmung hat diese nationale Bedeutung wie zum Beispiel vielleicht jetzt die Nationalratswahlen. Es wäre also durchaus möglich – technisch sind wir so weit –, das zu machen. Die vielen Experimente, die von meinen Vorrednern auch schon genannt wurden, haben das schon bewiesen.

Ich möchte daher eigentlich auch gleich zum zweiten Teil meines Vortrags kommen: Was fehlt denn eigentlich noch? Ich glaube, es gibt drei wichtige Punkte, die ich der Politik gerne mitgeben würde, weil ich heute die Chance dazu habe. Ich möchte darlegen, was meiner Meinung nach noch fehlt – und das sind gar nicht so sehr technische Punkte.

Die erste Sache, die fehlt, oder die erste Sache, die diese Möglichkeit infrage stellt, ist die digitale Spaltung. Wir haben heute viel zur Medienkompetenz gehört. Diese ist etwas ganz Essenzielles. In Deutschland – aber ich glaube, das ist in vielen anderen Ländern ähnlich – haben Studien wieder einmal gezeigt, dass Medienkompetenz und die Fähigkeit, mit dem Medium Internet umzugehen und seine Möglichkeiten für sich produktiv zu nutzen, stark vom Bildungsgrad und vom Einkommen, vom Haushaltseinkommen abhängig ist. Das ist etwas, was wir natürlich nicht wollen können. Wir wollen nicht, dass es von einem Dokortitel oder vom Haushaltseinkommen abhängt, ob man diese Digitalisierung kompetent nutzen kann.

Ich glaube, hier wäre es extrem wichtig, dass die Politik schlaue politische Programme für digitale Bildung, für das Zusammenbringen von Digitalisierung und Bildung aufsetzt. Ich habe jetzt gehört, dass es in Österreich schon einen ersten Schritt gegeben hat, indem das Unterrichtsfach Digitale Bildung eingerichtet wurde. Das ist super! Ich glaube, so etwas braucht es auch weiter. Wir kennen das Bildungssystem – das ist komplex – und daher glaube ich, wird die Implementierung ein längerer Prozess sein. In jedem Fall muss aber diese digitale Spaltung aufgehalten werden, denn sonst können wir nicht sicherstellen, dass alle von den Vorteilen von Digitalisierung und in weiterer Folge vielleicht auch von den Vorteilen der Abstimmung und des Diskurses, der online stattfindet, profitieren.

Die zweite Herausforderung oder das Zweite, von dem ich feststelle, dass es in den letzten Jahren nach einer gewissen Euphoriephase ein bisschen fehlt, ist der Mut von Parteien und vor allem von Parlamenten, Experimente im digitalen Bereich zu wagen. Jetzt stehen wir – oder jetzt stehe ich – gerade hier, weil das Parlament – oder genauer: der Bundesrat – ein Experiment gewagt hat. Ich freue mich darüber sehr, aber es muss mehr davon geben. Wir brauchen wirklich viele Parteien, Bewegungen und Akteure in der Politik, die die digitale Sphäre nicht einfach als einen Kommunikationskanal sehen oder als etwas, was uns ermöglicht, zu regulieren, sondern als eine Sphäre, die wirklich einen Raum für politischen Diskurs bietet. Gerade für Parteien gäbe es da ganz klare Vorteile. Parteien könnten über digitale Plattformen viel näher an ihren Wählerinnen und Wählern sein und Externe – also Nichtmitglieder von Parteien – in den politischen Diskurs und in die Willensbildung innerhalb der Partei einbeziehen. Sie könnten aber auch ihre Mitglieder viel besser an Entscheidungen und Diskursen beteiligen. – Das ist ganz klar.

Das heißt: Für Parteien an sich liegt meiner Meinung der Vorteil der Nutzung von digitalen Mitteln für mehr Beteiligung auf der Hand. Wie gesagt, diese Tools sind auch schon da, wir müssen nur wagen, sie zu nutzen.

Schlussendlich ist, denke ich, eine Kernherausforderung, dass wir am Ende zu verbindlichen Verfahren kommen müssen, die wirklich ermöglichen, dass Ergebnisse da sind, auf die wir uns dann auch alle stützen können und die den demokratischen Prozess weiterbringen. Das ist eine große Herausforderung. Ich glaube, die Herausforderung diesbezüglich ist zunächst einmal, zu schauen: Was kann man eigentlich in so einem Verfahren entscheiden? Sollen Bürgerinnen und Bürger wirklich mitbestimmen oder sollen sie vielleicht einfach erst einmal nur mitgestalten und nur bestimmte Aspekte mitbestimmen können? Welche Tools und Methoden setzt man dann ein? – Das sind grundlegende und komplexe Fragen, die zu klären sind, damit ein verbindliches Verfahren für digitale Beteiligung oder generell Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger am Gesetzgebungsprozess eingerichtet werden kann.

Ich glaube aber, dass es noch eine sehr spezielle Sache gibt, die wir immer wieder in der Praxis jetzt schon bemerken und die noch eine große Herausforderung darstellt. Zwischen der Realisierung von solchen Verfahren und dem, was wir heute haben, steht das Rollenverständnis der Akteure. Dieses muss sich fundamental ändern, wenn wir auf einmal ganz viele Bürgerinnen und Bürger haben, die sich an so einem Prozess beteiligen. Hier richte ich mich wieder sehr stark an die Politik, denn das Verständnis oder Selbstverständnis der Politiker und Politikerinnen muss sich extrem ändern, wenn sie auf einmal direkt mit vielen Bürgerinnen und Bürgern und deren Meinungen konfrontiert sind. Statt zu repräsentieren und zu entscheiden müssen sie dann eher Moderator sein. Sie müssen dann Argumente einordnen, ihr Fachwissen in einem bestimmten Bereich einbringen und dadurch diesen ganzen Diskurs lösungsorientiert steuern.

Das ist das, was Politik zunehmend tun muss, wenn wir mehr Beteiligung wollen, was, denke ich, jetzt hier als Konsens auch schon herauskam. Das erfordert ein fundamentales Umdenken. Das wird spannend und ich hoffe einfach, dass die Politik genauso, wie sie es jetzt gerade tut, in den nächsten Jahren viel Mut zeigt.

Ich glaube, wir sind am Anfang einer noch längeren Transformationsphase. Wie gesagt: Technisch hat sich unglaublich viel entwickelt, aber es gibt einfach ganz viele – und das ist auch richtig so – nicht-technische Hürden und Hürden in unserem politischen System, das aus vielen guten Gründen sehr komplex ist. Deswegen glaube ich, wir machen hier gerade einen ersten Schritt mit diesem Symposium und mit vielen weiteren Experimenten. Wir sollten weitere Schritte gehen, um am Ende eine dynamischere Demokratie, eine modernere und eine zugänglichere Demokratie für uns alle aufzubauen, an der wir alle mitgestalten können. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

15.17

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Vielen Dank, Herr Ritter.

Wie schon erwähnt, darf ich jetzt zu Kaffee und Kuchen einladen. Wir machen 10 Minuten Pause und treffen uns um 15.30 Uhr wieder.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

(Die Sitzung wird um 15.17 Uhr **unterbrochen** und um 15.39 Uhr **wieder aufgenommen**.)

†**Vorsitzender Präsident Edgar Mayer**]: Ich *nehme* die unterbrochene Sitzung *wieder auf*.

Panel 3: E-Government

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Wir kommen jetzt zum 3. Panel.

Der erste Referent hierzu ist Herr Dr. Maximilian Schnödl; er spricht zum Thema „App statt Amt?‘ Wie modernes E-Government heute nicht nur weit mehr demokratische Teilhabe ermöglichen, sondern auch den Standort Österreich im internationalen Wettbewerb attraktiver machen kann“.

Er ist Chief Operating Officer von Accela, dem US-Marktführer für Verwaltungssoftware mit Sitz im Silicon Valley. Die Firma hat in den USA etwa 500 Mitarbeiter. Der gebürtige Niederösterreicher hat in Wien und in Harvard studiert und ist Aufsichtsrat des Bundesrechenzentrums. – Bitte.

15.41

Dr. Maximilian Schnödl, MBA (Harvard): Herr Bundesratspräsident! Geschätzte Damen und Herren! Sehr oft werde ich von Gruppen, die zu uns an unseren Firmenhauptsitz im Silicon Valley, nach San Ramon kommen, gefragt: Was bedeutet eigentlich digitale Transformation? Ich habe gedacht, ich starte meinen heutigen Vortrag mit dem klingenden Titel „App statt Amt?“ mit einer kurzen Anekdote, wie ich zu meinem Job gekommen bin. Es ist ja nicht unbedingt naheliegend, dass man aus einem Tausend-Seelen-Dorf in Niederösterreich nach San Francisco oder ins Silicon Valley geht.

Das hat sich folgendermaßen ereignet: Als meine Frau und ich aus New York nach San Francisco übersiedelt sind, wollte ein guter Freund von mir ein Restaurant gründen und betreiben. Er hatte eine gute Idee, ein tolles Konzept, hat gesagt, jetzt müsse er es eigentlich nur noch umsetzen, und hat sich dann mit den behördlichen Schritten, die da notwendig gewesen wären, um dieses Restaurant zu gründen, konfrontiert gesehen. Es ging um ganze 23 Verfahrensschritte, die bei unterschiedlichen Behörden zu durchschreiten waren, der ganze Prozess hat ungefähr sechs Wochen gedauert.

Jetzt kann man sich natürlich überlegen: Ist das zielführend? Ist das zielgerecht? Wollen wir von einer Regulierungsbreite her so weit schauen, um die unterschiedlichen baubehördlichen, planungsbehördlichen, Umwelt- und Gesundheitskomponenten sowie Business Licenses abzutasten, oder kann man das auch einfacher machen?

Wenn ich heute auf meine Firma schaue, so haben wir global ungefähr 2 000 Kunden – in New York, L.A., aber auch Dubai. Wenn ich auf diese Kunden schaue, dann wurde für ihre Entwicklungsschiene schon einiges erreicht. Wenn ich jetzt beispielsweise Dubai hernehme, war es so, dass Dubai gesagt hat – gleiches Problem wie San Francisco –: Wir wollen es den Menschen in Dubai einfacher machen, Unternehmen zu gründen.

Die haben also ein Permit Center ins Leben gerufen und haben gesagt: Wir werden jetzt mithilfe unserer Software alle möglichen Verfahrensschritte vereinfachen, einen sogenannten One-Stop-Shop schaffen, dann können alle Menschen – das kann man sich vorstellen wie an einem Flughafen – in eine Halle kommen, um dort alle ihre Geschäfte an einem Tag mit allen unterschiedlichen Behörden abzuwickeln.

Das haben die auch erfolgreich in den letzten drei bis fünf Jahren gemacht. Das war ein großer Erfolg und ist gut angenommen worden, bis es dann dazu gekommen ist, dass wir unsere Applikation releast haben, die es ermöglicht hat, das Ganze online zu machen, woraufhin am nächsten Tag dieses ganze Center leer war, weil das jeder von zu Hause bequem online gemacht hat.

Dieser Schritt von 23 Verfahrensschritten, das nach sechs Wochen alles auf einmal online zu machen, das ist digitale Transformation. Das passiert nicht nur in Privatunternehmen, nein, das passiert heute auch bei der öffentlichen Hand. Das sind Schritte, denen wir uns natürlich nicht verschließen dürfen und die wir aktiv angehen und proaktiv gestalten sollten, vor allem auch in Österreich.

Mit Hinblick auf Österreich ist es, glaube ich, besonders wichtig, sich fünf verschiedene Punkte anzuschauen: Das eine betrifft den Standort, das Zweite sind Bürgerinnen und Bürger, das Dritte ist Innovation: Wie etabliere ich Österreich als Innovationsführer im Bereich E-Government oder GovTech, wie es heute heißt? Das Vierte ist Effizienz und das Fünfte ist Organisation. Ich werde in den mir gegebenen 10 Minuten – wahrscheinlich jetzt nur noch 7 Minuten – versuchen, auf jeden dieser Themenbereiche schematisch, beispielhaft in einem oder zwei Sätzen einzugehen.

Wenn wir beim Standort anfangen, dann hat Kollege Harm vorhin schon geschrieben, dass wir bei Open Data an 111. Stelle von 111 liegen. Die Lage ist betreffend Standort, Starting a Business in Austria, laut dem Ease of Doing Business Ranking von der Weltbank nicht ganz so schlimm. Da sind wir nur auf Platz 111 von ungefähr 190, wenn es darum geht, ein Unternehmen zu gründen, aber auch das ist keine optimale Startposition, würde ich sagen.

Bei anderen Aspekten, die in die Unternehmensgründung und in die Unternehmensführung miteinfließen wie beispielsweise Obtaining Construction Permits, also wie man Baubewilligungen erhält, sind wir auf Platz 49. Wenn es darum geht, wie einfach es ist, in Österreich Steuern zu bezahlen, sind wir auf Platz 42 dieses Rankings.

Das sind alles Kernaufgaben eines Staates, wo wir heute eigentlich hinterherhinken. Generell gesehen steht Österreich nicht schlecht da, da sind wir auf den Rängen 15, 16, 17 dieses Rankings, sind aber eben abgeschlagen, weil wir in diesen Punkten so weit hinten liegen.

Diese Punkte, genauso wie die top fünf oder zehn anderen Verwaltungswege, die Unternehmen in ihrem tagtäglichen Geschäft durchlaufen müssen, sich end-to-end anzuschauen, zu digitalisieren und auch auf die User abzustellen, das ist, glaube ich, eine der großen Herausforderungen und eines der großen Themen, denen sich die österreichische Bundesregierung und natürlich auch das Hohe Haus, das österreichische Parlament in einer nächsten Legislaturperiode stellen sollten.

Zweitens, wie ich schon erwähnt hatte, Bürgerinnen und Bürger: Wir haben schon sehr viel über Liquid Democracy und über Beteiligungsformen gehört. Um wieder eine Statistik zu bringen: Wir sind in Österreich laut dem Better Life Index der OECD aus dem Jahr 2016 insgesamt wiederum nicht schlecht unterwegs, wiederum im gehobenen Mittelfeld oder fast in Führungspositionen; aber wenn man sich Civic Engagement ansieht, dann sind wir auf Rang 28 von, ich glaube, 35 oder 38 Staaten, also auch weit abgeschlagen.

Da geht es eben darum, dass man moderne Formen der digitalen Kommunikation dazu verwendet, um jedem Einzelnen die Teilhabe zu ermöglichen, wobei aber auch Expertinnen und Experten da wirklich Input leisten können. Ich möchte mich jetzt nicht weiter darauf fokussieren, da wir das davor auch schon diskutiert haben. Ich möchte

aber vielleicht darüber sprechen, was Bürgerinnen- und Bürgerservice eigentlich bedeutet.

Vor ungefähr 15 bis 20 Jahren war Österreich international im absoluten Spitzenfeld, was Bürgerinnen- und Bürgerservice durch digitale Services angeht. Da hatten wir das Portal help.gv.at geschaffen, das sicher vielen hier ein Begriff ist, indem wir analoge Prozesse, analoge Dokumente, analoge Formulare digitalisiert und an **einer** Stelle, auf help.gv.at den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt haben. Das war sozusagen der 1.0-Schritt der Digitalisierung.

Heute wäre es möglich, zu sagen: Ich möchte nicht nur, dass alles auf einer Internetplattform dargestellt wird – nicht nur alles, was die Bürgerinnen und Bürger betrifft, sondern generell alles, was die öffentliche Verwaltung betrifft, ähnlich wie in Großbritannien, wo auf GOV.UK alles einen einheitlichen Auftritt, aber auch eine einheitliche Website hat. Heute könnte ich mir überlegen, ich möchte eigentlich auch, dass auf dieser Seite die Verwaltungsprozesse auch gleich direkt erledigt werden können; sprich, dass ich nicht nur Formulare abrufen kann, ausdrucken kann, ausfüllen kann, zuschicken kann, sondern das gleich direkt im Internet erledigen kann. Das wäre sozusagen der 2.0-Schritt.

Wenn wir aber jetzt noch einen Schritt weiterdenken und uns überlegen, was heute dank moderner Technologie möglich ist und ein bisschen Anleihe bei führenden Internetkonzernen wie Microsoft oder Amazon nehmen, dann können wir uns aufgrund der digitalen Assistenten, die diese Unternehmen verwenden, die die klingenden Namen Cortana oder Alexa oder bei Apple Siri haben, auch überlegen, ob wir vielleicht gleich einen digitalen Assistenten der öffentlichen Hand ins Leben rufen wollen, der uns als Bürgerinnen und Bürger alle Wünsche sozusagen abnimmt oder, sprichwörtlich gesagt, von den Lippen abliest. Ein ähnliches Service wäre wahrscheinlich auch für Unternehmen zweckdienlich.

Innovation: Österreich hat, wie gesagt, vor allem in den letzten 15 bis 20 Jahren im Bereich E-Government, im Bereich digitale Transformation der öffentlichen Hand in vielen Bereichen die Nase vorne gehabt. Wir haben sie auch heute immer noch vorne in gewissen Spitzen. Über die Breite gesprochen, sind wir aber bei der digitalen Transformation heute leider nur noch im gehobenen Mittelfeld oder in abgeschlagenen Spitzenfeld, je nachdem, wie man es formulieren möchte.

Da sind, glaube ich, Initiativen besonders wichtig, die diese Innovation fördern, und zwar nachhaltig fördern. Zwei Dinge, mit denen ich mich persönlich befasse: Das ist einerseits, das Wissen hier in Österreich auszubauen, indem wir die Leute, die Experten, die Praktiker in Situationen bringen, dass sie von den Besten lernen können, wie man so etwas macht. Da ist ein Beispiel, dass wir Learning Journeys organisieren, beispielsweise nach Silicon Valley, damit Führungskräften aus der österreichischen Verwaltung sehen können, wie San Francisco, der Staat Kalifornien und moderne Unternehmen digitale Transformation handeln.

Andererseits arbeiten die Stadt Wien und einige Ministerien momentan zusammen daran, möglicherweise eine größere Konferenz im Vorfeld der EU-Ratspräsidentschaft im Mai nächsten Jahres nach Wien zu bringen, die sich mit dem Thema Government Technology oder GovTech beschäftigt.

Mein Ziel wäre es, zu sagen, wir waren vor 15 oder 25 Jahren in diesem Bereich Spitze. Wir können auf sehr viel Know-how und auf sehr viel Expertise aufbauen. Machen wir es noch einmal! Nutzen wir die Ratspräsidentschaft als Chance, das zu tun, und positionieren wir uns, denn es wird nicht nur mehr Service für Unternehmen und für den Standort und für Bürgerinnen und Bürger bringen, es wird uns auch helfen,

Arbeitsplätze zu schaffen, und zwar innovative Arbeitsplätze, die hoffentlich aus dem näherliegenden Ausland nach Österreich gebracht werden können.

Was Effizienz betrifft, vielleicht ganz kurz: Ich glaube, die Digitalisierung in der öffentlichen Hand hat jetzt eine der großen Chancen, more for less zu bieten, sprich, aufgrund der Skaleneffekte und aufgrund zentraler Beschaffung und anderer Aspekte ist es uns heute möglich, den Betrieb dieser Services, von denen ich jetzt gerade gesprochen habe, obwohl sie moderner sind, obwohl sie besser sind, obwohl sie bürgernäher sind, weit günstiger zu machen, als es bisher der Fall war.

Wir können also, wenn wir als Land gewillt sind, hier einen Fokus zu setzen, nicht nur besseres Service anbieten, sondern auch günstigeres Service, und dadurch Budget für andere Möglichkeiten, für andere Investitionen in die Zukunft Österreichs freispielen, die vielleicht für uns zweckdienlich sind.

Zu guter Letzt, Organisation: Ich glaube, wenn man auf internationale Best Practices schaut, wie eben nach Großbritannien oder nach Estland, das vorhin auch schon erwähnt wurde, ist es ganz bedeutend zu sagen, dass es ganz wichtig für uns ist, vor allem im Bund, aber auch generell, wenn man über den Tellerrand hinausschaut, über die Gebietskörperschaften, über Städte und Länder und Gemeinden, wenn man viel vom Betrieb der Services – ich spreche jetzt nicht von den Entscheidungen selbst, aber vom Betrieb der Services – zentralisiert, und von der IT-Steuerung her einen zentralen Rahmen schafft, weil das eben ermöglicht, dass man bessere Services macht, dass man Skaleneffekte hebt und dass man in Wirklichkeit dann auch zwischen den unterschiedlichen Gebietskörperschaften harmonisiert.

Im Endeffekt ist es nämlich so: Wenn wir uns als Bürgerinnen und Bürger ehrlich sind, ist es ja eigentlich egal, wer in Wirklichkeit das Service für uns erbringt, ob das eine Gemeinde ist, ob das ein Land ist, ob das eine Sozialversicherung ist, ob das der Bund ist. Wir wollen – und wir haben ein Recht darauf – das beste Service von der öffentlichen Hand erhalten, und dafür möchte ich mich auch in den nächsten Jahren einsetzen. – Vielen Dank. *(Beifall.)*

15.54

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Vielen Dank, Herr Dr. Schnödl.

Wir kommen nun zur nächsten Referentin, Frau Mag. Ulrike Huemer; sie spricht zum Thema: „E-Government im Zeitalter der Digitalisierung“.

Die Juristin ist seit 2014 Chief Information Officer, oberste IT-Strategin der Stadt Wien. Ihr Aufgabengebiet reicht von E-Government über die Verantwortung für das Internet des Magistrats bis zur Entwicklung eines Masterplans für die Smart City Wien im Jahre 2050. Im Vorjahr wurde Huemer mit dem Top-CIO Award ausgezeichnet. – Bitte.

15.54

Mag. Ulrike Huemer: Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident! Es freut mich sehr, im Rahmen dieses Symposiums über das Thema „E-Government im Zeitalter der Digitalisierung“ zu sprechen. Meiner Meinung ist es am Anfang ganz, ganz wichtig, beim Thema Digitalisierung im Zusammenhang mit der öffentlichen Verwaltung eine Begriffsbestimmung vorzunehmen, weil ich einfach glaube, dass sich Digitalisierung mittlerweile zu einem extremen Buzzword entwickelt hat und für alle Themen irgendwie auch verantwortlich gemacht wird. Daher ist es immer wieder ganz wichtig, das Thema zu fokussieren.

Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung bedeutet, wenn man es wirklich auf den Punkt bringt, dass man sich Geschäftsprozesse sehr, sehr kritisch ansieht, dass man diese Geschäftsprozesse analysiert, die Geschäftsprozesse neu gestaltet und die IT dafür nützt.

In der Vergangenheit war es eher so, dass man im E-Government in Österreich, aber auch in Deutschland bestehende Prozesse genommen hat, sie elektronifiziert hat, aber die Prozesse nicht wirklich kritisch beobachtet und nicht neu gemacht hat.

Digitalisierung bedeutet auch Schnelligkeit. Das heißt, Organisationen, öffentliche Verwaltungen müssen sich neu aufstellen, um dieser Schnelligkeit auch gewachsen zu sein. Digitalisierung bedeutet das ganze Thema Plattformen wie Amazon oder Facebook. Von diesen Plattformen kann man sich vielleicht nicht die steuerrechtlichen Themen, die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, die Themen Datenschutz und Privacy anschauen, aber man kann sich die Innovationskraft dieser Plattformen durchaus auch für die öffentliche Verwaltung zunutze machen.

Digitalisierung bedeutet: Daten, Daten, Daten. Das heißt, ich glaube, die öffentliche Verwaltung sitzt auf dem größten Datenschatz, den es so gibt. Da geht es einerseits darum, wie wir diese Daten nützen können, aber auch darum, wie wir diese Daten und die Privacy der Bürgerinnen und Bürger schützen können.

Digitalisierung bedeutet auch disruptive Trends. Wir können diese disruptiven Trends in allen möglichen Bereichen sehen. Tesla greift die Automobilbranche an. Fintex greift den Bankensektor an, Blockchain geht gerade massiv den Energiesektor an, Amazon den Handel. Airbnb die Hotellerie und Uber die Taxiunternehmen.

Nun wird es in der öffentlichen Verwaltung wohl nicht so sein, dass irgendein Unternehmen auftaucht und sagt, ich möchte in Zukunft das Passwesen, das Meldewesen oder die Kindergartenanmeldungen machen. Das heißt, wir werden wahrscheinlich nicht unbedingt in der Form disruptiv angegangen werden, aber es ist ganz, ganz wichtig in der Digitalisierung, dass die öffentliche Verwaltung durch die Digitalisierung handlungsfähig bleibt.

Was meine ich damit? Wien zum Beispiel wächst jedes Jahr um 30 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Konsequenz ist, dass wir das Serviceangebot für noch viel mehr Bürgerinnen und Bürger anbieten müssen. Wir müssen zusätzlich Infrastruktur schaffen und wir können fix davon ausgehen, dass wir dafür nicht höhere Budgets zur Verfügung gestellt bekommen und definitiv auch nicht mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung haben werden. Das heißt, Digitalisierung bedeutet für uns, Geschäftsprozesse effizienter zu gestalten, und das ist wirklich ein Gebot der Stunde.

Vor diesem Hintergrund hat Wien 2015 eine Digitalisierungsstrategie für die Stadt erarbeitet, und ich glaube, das Besondere an dieser Digitalisierungsstrategie ist, dass sie partizipativ erarbeitet worden ist. Das Beispiel ist vorhin schon erwähnt worden. Wir haben in einem breiten Prozess Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer eingeladen, uns Ideen für die Zukunft in einem Crowdsourcing-Projekt mit auf den Weg zu geben.

Wir haben aber diese Ideen nicht nur online abgefragt, sondern wir haben diese Ideen auch offline mit Bürgerinnen und Bürgern in vielen Workshops diskutiert und all diese Ideen sind dann auch in die Digitale Agenda Wien eingeflossen.

Wir haben diese Ideen, auf denen der ganze Text der digitalen Agenda fußt, auch mit Fußnoten gekennzeichnet. Das heißt, jeder Bürger, der sich da eingebracht hat, hat in der digitalen Strategie seine Erwähnung, quasi seinen Fingerabdruck bekommen. Ich finde das sehr wichtig, weil es hier auch um Wertschätzung für die Menschen geht, die sich partizipativ daran beteiligen.

Ein Handlungsfeld in der Digitalen Agenda Wien ist natürlich das E-Government-Angebot. Wir haben dieses Handlungsfeld unter den Slogan gestellt: Den Menschen Zeit schenken!, nämlich in dem Sinn, dass sie nicht mit langwierigen bürokratischen

Prozessen aufgehalten werden, sondern dass sie die Zeit, die sie dadurch gewinnen, dass die Onlineprozesse besser angeboten werden, für andere Dinge nützen können.

Ich habe vorhin gesagt, wir können uns von den Plattformen etwas anschauen. Das Einzige aus meiner Sicht, das wir uns wirklich anschauen können, ist die hohe Qualität an Usability und die Einbindung der Nutzerinnen und Nutzer. All diese Plattformen, die wir aus unserem Alltag kennen, wie Amazon, Facebook und so weiter, haben ein ganz hohes Maß an NutzerInnenzufriedenheit und eine Ausrichtung an die Nutzerinnen und Nutzer.

Dabei möchte ich noch einmal erwähnen: Die ganzen Themen Privacy, steuerrechtliche und arbeitsrechtliche Aspekte sind durchaus bedenklich, aber es geht wirklich um diese Innovationskraft. Diese Innovationskraft und diese Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, diese Nutzersicht, ist, glaube ich, wirklich ein Change in der öffentlichen Verwaltung. Wir haben in der Vergangenheit unsere Prozesse stets mit einer Innensicht betrachtet und haben uns sehr selten die Frage gestellt, wie die Bürgerinnen und Bürger die Prozesse tatsächlich von außen wahrnehmen. Das wollen wir in Zukunft verändern beziehungsweise sind wir mitten drin.

Ein paar Beispiele, womit wir uns beschäftigen: Wir beschäftigen uns mit dem Thema, wie Meldewesen neu gestaltet sein kann, wie Gewerbeanmeldungen neu gestaltet werden können, wie der Prozess neu gestaltet werden kann, wenn ein Kind geboren wird beziehungsweise wenn ein Todesfall in einer Familie auftritt.

Von der Methode: Wir arbeiten da sehr, sehr stark im Rahmen von BürgerInnen-Workshops. Das heißt, wir laden Bürgerinnen und Bürger ein, gehen mit ihnen diese Prozesse durch und wollen dadurch die Erkenntnisse gewinnen, wie so ein Prozess neu gestaltet werden kann.

Unser Zukunftsbild des Meldewesens ist, dass, wenn man sich etwa in Wien beim Magistratischen Bezirksamt anmeldet, wenn man umgezogen ist, alle anderen Verständigungen an alle anderen Behörden automatisch vonstattengehen. Das heißt, bei der Meldebehörde sagt man, man ist umgezogen und automatisch soll eine Information etwa an das Finanzamt, an die Sozialversicherung, an den Kindergarten, wie auch immer, gehen. Dieser Prozess wurde mit Bürgerinnen und Bürgern designt.

Ein zweiter Aspekt: Wir haben vorhin schon das Schlagwort Apps gehört. Dieses Wort wird mittlerweile auch sehr, sehr inflationär verwendet. Wir haben in Wien gesagt, wir würden einfach ganz gerne wissen: Welche Apps wollen eigentlich die Menschen in der Stadt?, und nicht: Wovon glauben wir, dass die Menschen sie wollen? – Daher gibt es seit dem heurigen Jahr eine App, die Sag's Wien heißt, wo die Bürgerinnen und Bürger Störungen wie ein kaputtes Licht, eine kaputte Straße fotografieren können, hochladen können. Was aber das Spannende ist: Sie bekommen eine Information, wenn ihr Ärgernis, diese Störung erledigt wurde, beziehungsweise bekommen sie auch eine Information darüber, wenn wir vielleicht mit einer Erledigung in Verzug sind.

Parallel mit dieser App haben wir aber den gesamten Prozess des BürgerInnen-Services neu aufgestellt. Was das Schöne an dieser App ist: Alle Funktionalitäten, die in dieser App enthalten sind, haben Bürgerinnen und Bürger in einem Workshop gestaltet. Wir haben mit 100 Menschen an einem Samstag gearbeitet und alles, was in dieser App an Funktionalitäten ist, ist mit Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet worden.

Ganz wichtig bei diesen Workshops ist, darauf zu achten, dass man junge Menschen einbindet, dass man ältere Menschen einbindet, dass man Frauen und Männer gleichmäßig einbindet, und das ist uns, glaube ich, an diesem Tag sehr, sehr gut gelungen.

Ein weiteres Produkt, das es in Wien bald geben wird beziehungsweise das es jetzt schon in einem Test gibt, sind sogenannte Bots. Das heißt, es wird einen WienBot geben. Ein Bot ist ein Dialogsystem, und da können auch Bürgerinnen und Bürger Fragen im Zusammenhang mit dem E-Government-Angebot stellen. Ich kenne diese App schon und finde sie sehr lustig. Wenn Sie zum Beispiel fragen: Wie bekomme ich in Wien einen Pass, dann bekommen Sie als erste Antwort die Frage: Warum wollen Sie eigentlich die lebenswerteste Stadt der Welt verlassen? (*Heiterkeit.*) Erst danach bekommen Sie dann sämtliche Informationen dazu, wie Sie den Pass bekommen. Ich glaube, das ist einfach eine neue Form des Dialogs mit Bürgerinnen und Bürgern.

Was mir aber bei all dieser Arbeit wirklich wichtig ist, ist das Thema Datenschutz beziehungsweise Schutz der Privatsphäre der Bevölkerung. Das heißt, bei diesen Services, die wir hier anbieten, geht es einerseits um Freiwilligkeit, andererseits geht es um den Schutz der Daten. Bei der Sag's-Wien-App muss man sich nicht registrieren. Man kann sich zwar freiwillig registrieren, muss es aber nicht, um der Stadt Wien seinen Ärger kundzutun. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wenn man nicht möchte, dass in der Wien-App die Ortungsfunktion eingeschaltet ist, so kann man auch die ausschalten. Ich glaube, dass es wichtig ist, auf diese Punkte zu achten.

Welche Technologie wird in der Zukunft eine ganz wesentliche Bedeutung haben? Das wird Blockchain sein. Blockchain entwickelt sich mittlerweile auch zu einem Password, muss man sagen, weil es natürlich gerade auch so einen Hype hat. Blockchain verbinden sehr, sehr viele primär mit Bitcoin, aber Blockchain ist eben nicht nur Bitcoin, sondern da gibt es gerade für den öffentlichen Bereich sehr, sehr viele Anwendungsfälle.

Blockchain ist aber für mich in der öffentlichen Verwaltung nicht nur wegen der Technologie interessant, sondern auch deshalb, weil ich glaube, dass dieser Hype von Blockchain insbesondere deshalb ausgelöst wurde, weil es einen gewissen Vertrauensbruch gegenüber öffentlichen beziehungsweise zentralen Instanzen gibt.

Was sind zentrale Instanzen? – Das sind zentrale Register, Nationalbanken und so weiter. Daher ist es, glaube ich, sehr, sehr wichtig, dass man sich als öffentliche Verwaltung, als öffentliche Institutionen genau mit dieser Technologie auseinandersetzt, um dann natürlich auch entsprechende Anwendungsfälle generieren zu können.

Es gibt den Anwendungsfall, ein Grundbuch mit Blockchain neu zu gestalten, es gibt natürlich im Identitätsmanagement sehr, sehr viele Anwendungsfälle. Wir in Wien machen es jetzt einmal in einem sehr kleinen Rahmen, wir wollen den Nachweis über die Aktualität der Open Government Data in der Blockchain abbilden.

Der zweite Bereich ist ein interner Bereich: Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien bekommen jeden Tag, an dem sie arbeiten, einen Papier-Essensbon. Sie können sich vorstellen, dass es bei 60 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein unglaublicher Aufwand ist, das zu administrieren. Wir wollen in Zukunft diese Essensbons im Rahmen der Blockchain anbieten. Das heißt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden diesen Barwert quasi auf einer App zur Verfügung gestellt haben und können dann damit einkaufen gehen.

Was mir auch wichtig ist – um von den Technologietrends wegzukommen –: Wie müssen sich Organisationen neu aufstellen? Das heißt, es geht darum, dass Teams in Zukunft interdisziplinär arbeiten. Wir müssen raus aus den vielen Silos, in denen wir tätig sind. Wir müssen schauen, dass wir in Kooperation sind, nämlich in Kooperation mit anderen Gemeinden, mit anderen Ländern, aber auch mit anderen Ministerien. Das wird eine ganz wesentliche Aufgabe sein und das ist auch wiederum ein Kulturwandel, aber nur dadurch lässt sich Digitalisierung meistern.

Was sind aus meiner Sicht die Erfolgsfaktoren für Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung? Ganz klar die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Gestaltung der Produkte der Services, bei der Gestaltung der Prozesse. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir dafür neue Methoden einsetzen. Ein Schlagwort ist Design Thinking, von Bedeutung sind aber auch diese Innovationsworkshops, von denen ich gesprochen habe.

Für Österreich ganz, ganz wichtig ist: Wir haben zentrale Register. Um diese zentralen Register wie ein Zentrales Melderegister oder ein Zentrales Personenstandsregister beneidet uns Deutschland. Jede Delegation, die nach Österreich kommt, fragt: Wie könnt ihr das alles schaffen, was ihr anbietet?, und die Antwort ist meistens: Das sind die zentralen Register. Ich glaube, darauf können wir wirklich sehr, sehr stolz sein.

Ich glaube auch, dass es sehr wichtig ist, dass wir mit vielen Piloten arbeiten, das heißt, dass wir nicht immer gleich versuchen, irgendeinen Technologietrend im Großen einzusetzen, sondern zuerst auch Erfahrungen sammeln, so wie wir es im Blockchain-Bereich tun. Transparenz ist, glaube ich, einer der wesentlichsten Erfolgsfaktoren, Open Government Data ist angesprochen worden, aber da gibt es noch sehr viel zu tun.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, wie wichtig bei uns in Europa – und ich glaube, das ist ein wesentliches Gut – der Datenschutz und der Schutz der Privatsphäre der Menschen, die bei uns leben, sind.

Ein dritter Bereich, der mir sehr, sehr wichtig ist und durch den ich ganz viel gelernt habe, ist der Dialog auch mit kritischen NGOs. Da denke ich etwa an den Chaos Computer Club Wien, an das Metalab oder an epicenter.works. Das sind meiner Meinung einfach gute Dialog- und Austauschformen, und ich glaube, die sollte man auch nützen.

Abschließend erlaube ich mir, für die PrivacyWeek Werbung zu machen. Sie findet vom 23. bis 29. Oktober 2017 in Wien statt. Ich denke, dass das eine wichtige Antwort auf das Thema Digitalisierung und E-Government ist. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

16.08

Panel 4: Wahlen und Abstimmungen

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Wir kommen nun zum 4. und letzten Panel.

Ich darf Herrn Professor Dr. Robert Krimmer bitten, zum Thema „Internetwahlen in Estland: Einblick und Ausblick“ zu sprechen.

Er ist Professor für E-Governance an der Technischen Universität Tallinn, seit 2015 Mitglied des Expertengremiums des Europarates zur Aktualisierung des einzigen internationalen Rechtstextes zu elektronischen Wahlen, der Empfehlungen zu rechtlichen, technischen und operationalen Standards für E-Voting gibt. Er ist Gründer und Leiter des Kompetenzzentrums für elektronische Wahlen und Partizipation in Sulz in Vorarlberg. – Bitte.

16.09

Prof. Dr. Robert Krimmer: Herr Präsident Mayer! Es freut mich besonders, einerseits als gebürtiger Vorarlberger, als ehemaliger Einwohner der Stadt Wien, wo ich studiert habe, und jetzt eben als Einwohner der Stadt Tallinn in Estland, zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Wieso? – Einerseits, weil ich viele Dinge, die ich aus Vorarlberg kenne, nämlich die Einfachheit, den direkten Zugang, die Möglichkeit, politische Würdenträger zu

erreichen, schätze. Andererseits steht die Größe einer Stadt wie Wien, die durchaus auch einige Skaleneffekte hat, die also die Möglichkeit bietet, gewisse Dinge umzusetzen. Jetzt lebe ich in einem recht kleinen Land mit circa 1,4 Millionen Einwohnern, das aber von der Größe her ungefähr mit Wien, in das ich 1996 gezogen bin, zu vergleichen ist und doch einige Gemeinsamkeiten hat.

Was können wir oder was kann Österreich von Estland lernen? Estland ist ein kleines Land. Diejenigen, die vielleicht schon einmal dort waren, wissen, dass es an der Ostsee liegt, dass es ungefähr die Größe der Schweiz oder der Niederlande, aber wesentlich weniger Einwohner hat, wie schon erwähnt, 1,4 Millionen. Das heißt, es ist sehr dünn besiedelt.

Im Gegensatz zur Stadt Wien, die 30 000 neue Einwohner pro Jahr hat, verliert Estland 20 000. Dementsprechend gibt es die Vorgabe, dass die Verwaltung pro Jahr um 2 Prozent kopfmäßig zu schrumpfen hat. Das heißt, die gleichen Leistungen müssen mit weniger Personen erfüllt werden, und dementsprechend wird sehr stark auf Digitalisierung gesetzt. Digitalisierung ist im Prinzip die einzige Antwort, die Estland geben kann, um mit den geringen Mitteln, die es hat, die Verwaltung umsetzen zu können.

Estland hat aus dem heraus auch sehr früh sehr große Anerkennung für seine Digitalisierungsbestrebungen erhalten: Sobald Estland auf das TCP/IP-Protokoll, auf offene Standards gesetzt hat – wobei es nur auf ein sehr geringes Budget zurückgreifen konnte und dementsprechend einfache, innovative Lösungen umsetzte – , wurde es auch sehr stark in den Medien nachgefragt. Daher gibt es in Estland einen sehr starken selbstverstärkenden Effekt: Es wird über Estland berichtet, dass es sehr digital ist. Estland hört: Ah, das Ausland ist sehr interessiert an unseren digitalen Lösungen, ja, lasst uns doch noch weiter in diese Richtung arbeiten, eben so weit, dass heute sogar die ganze EU-Präsidentschaft Estlands unter das digitale Motto gestellt wird.

Ich darf vielleicht vergleichen, damit Sie die Rolle, die das digitale Estland oder das e-Estonia für das Land spielt, einschätzen können. Sie ist sehr ähnlich dem, was man in Österreich mit Mozart hat. Es ist sehr identitätsstiftend, es ist branding a nation, also etwas, mit dem jeder Einzelne etwas anfangen und zu dem jeder in Estland etwas sagen kann. Dazu gehört im Wesentlichen auch die elektronische Stimmabgabe.

Im Dezember des Jahres 1999 hat Bill Clinton den Digital Government Act herausgebracht im Willen, alle Dienstleistungen über das Internet zu erbringen. Als letzten Punkt dieses Acts hielt er fest: Lasst uns doch auch untersuchen, wie Internetwahlen möglich wären! Der Workshop, der daraufhin kurz vor den Wahlen im Oktober 2000 durchgeführt wurde, hatte einen sehr breiten Diskurs, musste aber seinen Bericht nach den Erfahrungen in Florida doch grundlegend ändern, sodass er im Jänner 2001 festgestellt hat: Es ist noch nicht so weit, dass wir in den Vereinigten Staaten Internetwahlen durchführen können.

Das war so ein bisschen der Trigger für Estland. Estland hat sich gesagt: Was die USA nicht können, können wir schon lange. Da gab es plötzlich Diskussionen, ob man nicht in diesem kleinen Land auch elektronische Wahlen durchführen könnte. Dann wurde viel diskutiert, zum Beispiel ob man sehr starke kryptographische Verfahren verwenden soll. Dann hat man gesagt: Nein, wir machen ein ganz einfaches Verfahren, wir bilden einfach die Briefwahl ab.

Da hieß es eben: Man identifiziert sich mit dem elektronischen Personalausweis. In Estland ist auf dem Personalausweis auch eine digitale Signatur aufgebracht. Die ist standardmäßig aktiviert. Man bekommt zu dem Personalausweis auch zwei PINs, einen vierstelligen und einen fünfstelligen, und jeder kann ihn sofort einsetzen.

Gleichzeitig wollte man das auch mit Onlinebanking unterstützen. Die Banken waren daran sehr interessiert und haben gesagt: Wir wollen, dass die Leute mit der digitalen Signatur auch wirklich Onlinebanking machen, weil uns das Vorteile bringt. Überweisungen in der Größenordnung von mehr als 1 000 € müssen mit der digitalen Signatur gemacht werden. Über die Jahre wurde das Limit auf heute 400 € gesenkt.

Das heißt, man verwendet die digitale Signatur sehr oft. Man vergisst seinen PIN-Code nicht. Es gibt einen konkreten Anwendungsfall, den es am Anfang braucht, um die Leute dazu zu bringen, dass sie sich erst einmal mit dieser Technologie auseinandersetzen. Da war auch die Internetwahl sehr stark gefordert, die in den Jahren 2002 bis 2005 vorbereitet wurde.

Heute sind Internetwahlen in Estland als erstem und bis heute einzigem Land für alle Wahlen ohne Einschränkungen für ungefähr eine Million wahlberechtigte Personen eingeführt. Zum bereits achten Mal wird morgen die Internetwahl für die Kommunalwahlen wieder angeworfen werden. Estland ist dabei ein sehr großes Risiko eingegangen, aber hat sich damit eigentlich dieses digitale Narrativ, das E-Estland, einzementiert.

Was sind die Erfahrungen, die Estland damit gemacht hat? 2005, als ich das erste Mal nach Estland kam – und es sollten dann noch viele weitere Besuche werden –, haben 2 Prozent der Wähler online teilgenommen. Das waren ungefähr 10 000 Personen. Davon waren zwei Drittel Erstnutzer der Bürgerkarte. Das heißt, diese Personen haben für die Internetwahl zum ersten Mal die digitale Signatur verwendet und sich dabei Erfahrungen beigebracht.

Bei der ersten Nationalratswahl über das Internet, 2007, waren es schon fast 10 Prozent. Das ist dann weiter angewachsen. Bei der letzten Wahl vor zwei Jahren wurde ein Drittel der Stimmen elektronisch abgegeben. Das sind durchaus sehr beeindruckende Zahlen. Ich bin sicher, es kommen nachher noch einzelne Fragen dazu, und ich bin gerne bereit, im Rahmen der Diskussion noch weiter darauf einzugehen.

Estland hat aber nicht nur problemfreie Erfahrungen damit. 2011 hat ein Student einen Trojaner programmiert, mit dem er den Bildschirm eingefroren und im Hintergrund die Stimme ausgetauscht hat. Damit wurde eine andere Stimme abgegeben, als man ursprünglich vorhatte. Daraufhin hat Estland gesagt: Lasst uns doch eine Möglichkeit bieten, wie man überprüfen kann, ob tatsächlich die gewünschte Stimme in der Wahlurne angekommen ist! Das ist die sogenannte individuelle Verifizierbarkeit, als ob Sie einen Rückschein für Ihre Briefwahl hätten und sehen würden: Ist der Inhalt meines Wahlkuverts auch nicht ausgetauscht worden?

Jetzt führt Estland eine universelle Verifizierbarkeit ein, dass man durch kryptographische Verfahren, durch Zero-Knowledge Proofs, nachweisen kann, dass keine Stimmzettel zur elektronischen Wahlurne hinzugefügt oder entfernt wurden. Doch was ist das grundsätzliche Problem, das ich bei elektronischen Wahlen habe? – Ich kann den Stimmzettel weder angreifen, noch sehen, noch fühlen. Das heißt, ich habe ein großes Problem, diesen Prozess nachzuvollziehen und damit automatisch einen Verständnismangel, den ich durch irgendetwas ausgleichen muss.

Wenn ich es grundsätzlich für alle einführe und keine alternativen Verfahren anbiete, kann man mit elektronischen Wahlen nur verlieren. Auf der anderen Seite kann man aber sagen: Es gibt einen Zugewinn an Mobilität, einen Zugewinn an Komfort. Letzteres ist das Hauptmotiv, das in Estland vorherrscht.

In Estland gibt es eine Untersuchung, die sagt: Wenn man mehr als 30 Minuten für eine Wahl braucht, dann setzt man auf Internetwahlen. Wenn man weniger als

30 Minuten für Hingehen zum Wahllokal, Stimme abgeben und wieder nach Hause gehen braucht, dann macht man es weiter auf Papier. Das ist genau dieser Punkt, wo die Leute beginnen sich zu sagen: Na, wenn der Komfort steigt, bin ich bereit, an Verständnis zurückzunehmen – was natürlich demokratiepolitisch diskutiert werden muss, ob das einen Zugewinn bringt.

Wieso macht es Estland? – Vorrangig oder im Wesentlichen, um sein e-Estonia- oder E-Estland-Narrativ zu unterstützen und auch wirklich einzuzementieren. Deswegen ist Estland auch bereit, sehr große Risiken einzugehen, nämlich nicht nur bei der Durchführung der Internetwahl.

Die Internetwahl an sich ist in dem Land überhaupt nicht umstritten. Es gibt einzelne Meinungen der Zentrumspartei, welche die größte Oppositionspartei war und heute in der Regierung ist. Aber auch dort sind die kritischen Stimmen verstummt, weil sie jetzt Regierungsarbeit machen und es verkaufen müssen. Sie wollen die Zeitdauer einschränken, aber an sich nicht an der Internetwahl rütteln.

Was will ich Ihnen damit mitgeben? Internetwahlen sind ein Instrument, das vielfältige Dinge, aber vor allem die Distanzwahl bedienen kann. Ich selber kann am 15. Oktober sowohl in Estland an der Kommunalwahl teilnehmen als auch an der Nationalratswahl hier in Österreich. In Österreich habe ich schon meine Briefwahlkarte abgeschickt. In Estland kann ich, als EU-Bürger, der dort ist, online wählen oder es auch im Wahllokal machen.

Ob es wirklich eine Funktion für das Land erfüllt, muss man entsprechend abwägen und sehen. Für Estland funktioniert es. Das kann man unbestritten sagen. Es kamen bereits Delegationen aus 160 Ländern, die sich das Internetwahlssystem angeschaut haben. Aber es ist vielleicht nicht eins zu eins auf andere Länder übertragbar. Estland hat kleine Netzwerke und kurze Distanzen.

Um auf das Cybersicherheitsthema zurückzukommen: Am Abend vor der Wahl findet immer eine Runde der wichtigsten Netzwerkadministratoren in Estland statt, die sich an einem Ort, in einer Sauna, treffen und dabei Fragen austauschen, wie: Wie können wir das Internet monitoren, wie können wir schauen, was für Attacken gefahren werden? Dies geschieht, um dazu die bestmöglichen Antworten zu finden.

Mit dem freue ich mich schon auf die Diskussion, die wir im Anschluss an den Beitrag von Herrn Neuwirth haben werden. – Danke. (*Beifall.*)

16.20

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Vielen Dank, Herr Professor Krimmer.

Im Anschluss an das letzte Referat haben wir natürlich vorgesehen, dass man Anregungen, eventuell auch Berichtigungen, machen und Fragen stellen kann.

Ich darf zum Abschluss nun Herrn Universitätsprofessor Dr. Erich Neuwirth um sein Referat zum Thema „eVoting: Nutzen und Gefahren“ bitten.

Er ist emeritierter Professor für Statistik und Informatik der Universität Wien. Die Kerngebiete seiner Forschung sind Wählerstromanalysen, Kombinatorik, Mathematik und Musik. Ein weiteres Forschungsgebiet ist die PISA-Studie. Bei der Auswertung der Studie aus dem Jahr 2003 zeigte er wesentliche Fehler auf. Seine Korrekturen wurden nachträglich übernommen. – Bitte.

16.21

ao. Univ.-Prof. i. R. Dr. Erich Neuwirth: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Irgendwie ist es schade: Ich bin jetzt der letzte Redner und muss ein bisschen den Optimismus dämpfen, obwohl ich selber durchaus Technologiefreak bin. Aber stellen Sie sich Folgendes vor: Sie gehen in Ihr Wahllokal, Sie schauen

herum, da sitzen die Beisitzer, und plötzlich erkennen Sie, dass einer dieser Beisitzer Magic Christian ist.

Über die Integrität Ihrer Stimmenabgabe hegen Sie ab diesem Zeitpunkt gewisse Zweifel. Sie wissen, wenn der will, kann er Manipulationen machen, die sonst niemand entdeckt. Dafür ist der Mann gut genug. Um in der Metapher zu bleiben, die Programmierer des E-Voting-Systems sind die Magic Christians unseres Zeitalters, mit einem kleinen Unterschied: Magic Christian kann da vielleicht bis zu 1 000 Stimmen manipulieren, die Programmierer des zentralen Systems können das gesamte Wahlergebnis ändern, insbesondere wenn die Verifizierungsmechanismen, von denen wir gehört haben, in irgendeiner Form ebenfalls in einer Weise geknackt werden können, dass es letztlich nicht verfolgbar ist.

Wenn Sie sich dazu die Spruchpraxis des Verfassungsgerichtshofs anschauen, der unlängst gesagt hat, dass allein die Tatsache, dass es eine Manipulation geben hätte können, ausreicht, die Wahl aufzuheben, stellt sich die Frage, wie sehr ich den Verfassungsgerichtshof davon überzeugen kann, dass ein elektronisches Wahlsystem so fälschungssicher ist, dass es keine Manipulation gegeben haben kann, wobei er technischen, in dem Fall statistischen Argumenten nicht zugänglich war.

Vielleicht haben Sie es verfolgt. Ich habe ja dazu auch publiziert, dass aus statistischer Sicht völlig klar war, dass es keine wahlverändernde Manipulation gegeben hat. Das hat den Verfassungsgerichtshof nicht überzeugt. Wie wird denn da die Spruchpraxis in Zukunft bei elektronischen Wahlen werden?

Außerdem gibt es sowohl vom deutschen Bundesverfassungsgericht als auch vom österreichischen Verfassungsgerichtshof Entscheide bezüglich E-Voting, und da steht im Wesentlichen in beiden Entscheiden, ein Wahlsystem müsse so konzipiert sein, dass es für einen Normalbürger ohne zusätzliche technische Ausbildung einsehbar und verständlich ist, dass die Prinzipien des Wahlrechts, also anonym und geheim, gewahrt bleiben.

Damit sind wir bei Herrn Swertz insofern, als einmal in der Schule dafür gesorgt werden muss, dass alle oder die meisten Wahlberechtigten verstehen, dass es Verschlüsselungsverfahren gibt, die de facto unknackbar sind; das heißt, sie wirklich so zu verstehen, dass man nicht nur sagt: Das hat mir jemand gesagt, sondern: Ich habe verstanden, warum das so ist. – Das ist eine schwierige bildungspolitische Aufgabe. Ich halte es also sehr wohl für denkbar, dass wir irgendwann einmal in diese Richtung marschieren, aber beim derzeitigen Wissensstand der wahlberechtigten Bevölkerung halte ich diese Prinzipien, die es da gibt, für nicht so einfach verwirklichtbar.

Was wir auch schon gehört haben, ist eines der ganz wichtigen Prinzipien, denke ich, das unter den englischen Schlagworten Verified Voting oder Paper Trails bekannt ist. Was wird aus dem Konzept der Nachzählung?

Die Stimmzettel müssen ja aufbewahrt werden, und wenn eine Wahl aufgehoben wird, kann man nachzählen. Diesmal ist es nicht gegangen, weil der Verteilungsmechanismus zu kompliziert war. Nun ja, wenn die Daten irgendwo gespeichert sind und manipuliert wurden, hat das Konzept des Nachzählens seinen Inhalt verloren, denn es gibt das, was man nachzählen kann, nicht mehr. Auch darin liegen relativ große Gefahren.

Beim E-Voting muss man weiter zwei Dinge unterscheiden. Zunächst zum Internetvoting von zu Hause aus: Da müsste ich eigentlich die Integrität all der Computer, von denen aus gewählt wird, garantieren können. Wenn da eine Hackertruppe loslegt und einen selbstzerstörenden Trojaner schreibt, der genau auf den Akt des Wählens wartet, diesen manipuliert und sich dann wieder zerstört, ist das

nicht mehr nachweisbar. Also auch da sind Schutzmechanismen denkbar, aber es ist ein enormer Aufwand. Bevor wir uns also auf dieses, wie ich finde, Glatteis begeben, sollten wir genauer überlegen, was los ist.

Was man zweitens auch tun kann, ist maschinengestütztes Wählen im Wahllokal. Dabei hilft ein Touchscreen beim Ausfüllen des Wahlzettels, der aber dann doch ausgedruckt wird, und dieser Ausdruck ist das, was gezählt wird.

Es gibt einen Fall aus Brasilien, wo es eine Wahl mit einer Wahlmaschine gegeben hat. Da gab es ein Kabel von der Wahlmaschine zum Wahlleiter, der ein Kasterl hatte, wo er stimmfrei geben konnte. Da ist also dieses Kabel. Was läuft denn da an Signalen drüber, wie überzeuge ich die Leute davon, dass da nichts Besonderes passieren kann?

Ich bin als Statistiker auch Gutachter für Glücksspiele, und da gibt es Fälle in Österreich, dass ein Wartungstechniker bei den Slot Machines im Zuge der Wartung einen Chip austauschen musste, und ein paar Monate darauf hat seine Tante einen Riesengewinn eingestreift. Chip austauschen, Wartung, das klingt so harmlos, nicht? Wie kann ich sicher sein, dass, auch wenn es eine Wahlmaschine ist, sie genau in dem Zustand ist, in dem sie sein soll? Da hat es immer wieder genügend Experimente gegeben, in denen der Chaos Computer Club oder ähnliche Institutionen gezeigt haben: Wenn man es draufanlegt, kann man sehr wohl manipulieren.

Das heißt: Ich schließe nicht aus, dass E-Voting durchaus etwas ist, worüber man in Zukunft reden sollte. Es zum jetzigen Zeitpunkt aber bedingungslos einzusetzen, das halte ich für extrem gefährlich.

Es gibt auch ein Missverständnis, das immer wieder auftaucht. In dem Grünbuch bezieht sich Herr Strejcek auf Volksabstimmung, Volksbegehren als Beispiel für E-Voting. Das ist ein Beispiel, dass das, worum es geht, nicht betrifft, denn da bin ich namentlich auch jetzt schon in der Papierform erkennbar. Da sieht man, wer teilgenommen hat.

Sobald erkennbar sein kann, was los ist, ist E-Voting, also diese namentlichen Abstimmungsmechanismen, überhaupt kein Problem. Sobald ich gleichzeitig Anonymität und Sicherheit haben muss, wird das ein viel, viel schwierigeres Problem, weshalb auch der Vergleich mit dem E-Banking unter dem Motto: Wir können ja auch E-Banking machen, falsch ist, denn bei E-Banking ist es kein Problem, dass die Anonymität im Bedarfsfalle wieder aufgehoben wird.

Das heißt, das, was uns Herr Krimmer erzählt hat, dass ich verifien kann, was mit meiner Stimme passiert ist, ist äußerst wichtig, aber die Leute davon zu überzeugen, dass es gleichzeitig für mich verifizierbar und trotzdem für alle anderen anonym ist, ist eine große Herausforderung.– Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

16.29

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Herzlichen Dank, Herr Dr. Neuwirth. Damit ist das Panel 4 abgeschlossen, es gibt keine weiteren Referenten mehr.

IV. Fragen und Diskussion

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Es gibt jetzt die Möglichkeit, zu diskutieren und Fragen zu stellen.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Fraktionsobmann Reinhard Todt. – Bitte.

16.29

Bundesrat Reinhard Todt (SPÖ, Wien): Ich möchte zum Thema E-Voting Stellung nehmen. Herr Professor Neuwirth hat im Prinzip einen Teil schon vorweggenommen, zu dem ich Stellung nehmen wollte.

Nur ganz kurz noch zu Estland: Ich verstehe die Euphorie betreffend Estland nicht ganz. Estland hat 28 Prozent russischstämmige Bürger, die keine Möglichkeit haben, am Voting teilzunehmen. Vor diesem Hintergrund mit der Großartigkeit des E-Votings zu werben, halte ich schlicht und einfach für überzogen.

Weiters: 2007 waren es 3 Prozent, die an diesem E-Voting teilgenommen haben. Es gab massive Kritik von der OSZE und den Wahlberichterstattern. Ich halte es daher mit Ihnen, Herr Professor: Zum jetzigen Zeitpunkt ist es etwas, das bei uns auf alle Fälle nicht eingeführt werden kann. Darüber hinaus hat der Verfassungsgerichtshof den Versuch des E-Votings bei den Hochschülerschaftswahlen nicht anerkannt, die Hochschülerschaftswahlen wurden aufgehoben, es musste neu gewählt werden.

16.31

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Das war, glaube ich, 2009. Gibt es zum Thema E-Voting noch weitere Fragen oder Wortmeldungen? – Bitte.

16.31

Prof. Dr. Wolf J. Schünemann: Was mich bei diesem Thema immer interessiert, ist, dass die Forderung nach E-Voting, wie sie auch im Grünbuch zu finden ist, immer mit einem Handlungsdruck, einer Handlungsnotwendigkeit verbunden ist, die ich nicht sehe, da ich denke, wir haben in materiellen Verfahren – in Offlineverfahren sozusagen – einen nahezu perfekten Prozess für die Wahl.

Auch ich habe bei meinem Schwager, meiner Schwägerin, die in der Nähe von Salzburg leben und in Österreich wählen dürfen, beobachtet, dass hier im vergangenen Jahr eine gewisse Wahlmüdigkeit aufgekommen ist, was aber bei uns so nicht der Fall gewesen ist. Also ich fühle mich durch den Wahlakt nicht gegängelt, oder dadurch, dass ich dauernd irgendetwas abstimmen oder wählen müsste.

Das heißt, diese Praxis, alle vier Jahre, alle paar Jahre zur Wahl gehen zu müssen, mit einem Verfahren, das diese Wahl gut abbildet, stört mich keineswegs. Ich sehe da überhaupt keinen Handlungsbedarf. Und mehr noch: Alle Sicherheitsbedenken, alle Abbildungen der Wahlgrundsätze, die wir in unseren Verfassungen niedergeschrieben haben, einmal beiseitelassend, möchte ich auch diesen symbolischen Akt unterstützen. Sie kennen vielleicht die soziologische Schrift „Bowling Alone“ aus den USA. Wir müssen nicht unbedingt zum Voting Alone kommen. Es ist dieser Gang zur Wahlkabine, dieses Spüren: Aha, da sind andere mit ihrem Wahlzettel am Sonntag unterwegs zum Spaziergang, macht bürgerliches Miteinander, macht demokratisches Miteinander sichtbar.

16.33

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Herr Professor Krimmer, können wir diese zwei Wortmeldungen vielleicht zusammenfassen und in zwei, drei Sätzen zur Klarstellung bringen?

16.33

Prof. Dr. Robert Krimmer: Im Prinzip ist nicht viel hinzuzufügen. Ich glaube, es ist immer eine Abwägung, wie der jeweilige Staat seine Abstimmungsverfahren gestaltet. Da muss jeder schauen, ob die Nutzen-Kosten-Rechnung passt. In Österreich gibt es vermutlich wenig Grund, an dem bestehenden Wahlverfahrenangebot irgendetwas zu ändern. Nachdenken darüber kann man. Wo unser Problem sein wird, ist in 20, 30 Jahren, wenn unser Leben vornehmlich digital sein wird und wir bis dahin keine

Antwort haben, wie wir unsere Entscheidungsformen auch digital abbilden können. Dann werden wir auf die eine oder andere Weise ein Problem haben.

Zu Estland 2007: Ja, Kritik gibt es, Diskussionen gibt es. Estland ist ein Beispiel, wo man vieles richtig, aber auch vieles falsch macht. Das ist ein ganz anderer Kontext. Das, was man nicht wegstreichen kann: Es geht nach oben. Es wird auch bei der diesjährigen Wahl noch mehr Internetwähler geben.

Es ist etwas, das nicht einwandfrei funktioniert, aber kontinuierlich weiterentwickelt wird. Wenn man von irgendwo lernen kann, dann kann man es von Estland lernen. Es ist sozusagen ein Laborexperiment, bei dem man sieht, was es kann, was es nicht kann, wo Probleme sind und wo es Diskussionen gibt. Natürlich kenne ich die OSZE-Berichte. Ich war daran beteiligt. Von daher ist es überhaupt kein Problem: Kritik darf es geben, soll es geben und muss entsprechend diskutiert werden. (*Vorsitzender Mayer: 28 Prozent Russen war auch noch ein Argument!*)

Also betreffend Russen muss man wieder unterscheiden: Was sind Russen? Russen sind ... (*Zwischenrufe.*) Es gibt drei Typen von Russen in Estland, es handelt sich grundsätzlich um Russischsprachige. Es gibt einerseits die ehemaligen Sowjetbürger, die keinen Pass besitzen, sondern nur einen grauen Pass haben. Sie sind in Kommunalwahlen wahlberechtigt, wenn sie länger als fünf Jahre dort wohnhaft sind. Das sind die meisten davon.

Dann gibt es die estnischen Staatsbürger, die russischsprachig sind. Sie können natürlich sehr wohl aktiv wählen und passiv gewählt werden; und dann gibt es die russischen Staatsbürger, die noch nicht fünf Jahre dort leben beziehungsweise nicht auf der Nationalratswahlebene wahlberechtigt sind, aber das sind sie in Österreich auch nicht, auch nicht auf Kommunalebene. Ich glaube, das ist ein ganz ein anderes Thema, das mit E-Voting gar nichts zu tun hat.

16.35

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Danke für die Beantwortung.

Herr Professor Schennach hat sich zu Wort gemeldet. – Bitte.

16.35

Bundesrat Stefan Schennach (SPÖ, Wien): Ich bin der Mann im Zukunftsausschuss, in den all unsere Materien kommen – gemeinsam mit dem Verfassungsausschuss.

Ich glaube, es ist gut, dass wir diesen letzten Punkt der Wahlen weggeschoben haben. Wir haben ihn auch schon sehr kritisch bei der Start-up-Konferenz zur heutigen Veranstaltung auf die Seite gelegt, weil wir da auf keinen gemeinsamen grünen Zweig kommen.

Was aber kommen wird und unser politisches Leben verändern wird, ist die Partizipation. Hier brauchen wir unterschiedlichste Formen der Partizipation, aber wir brauchen Verbindlichkeiten. Die Menschen, die in verschiedenen Bereichen partizipieren wollen, ob mit politischer Meinung, mit Initiativen, mit bestimmten Entscheidungen, wollen auch eine Verbindlichkeit.

Wir haben immer gesagt, das finnische Modell ist ein Wahnsinn. Wenn man vereinbart, dass fünf Gesetze, die aus der Bevölkerung in einem Partizipationsverfahren kommen, jedes Jahr Realität werden sollen, ist das etwas Interessantes. Aber da hat das Parlament eine neue Rolle, nämlich die Jungen, die Schnellen, die sogenannte Native Digital Society wird dann als Minderheit viel stärker Dinge an den Entscheidungsträger heranbringen, sodass das Parlament dann die neue Rolle hat, eine Balance in eine Gesellschaft zu bringen.

Digitalisierung und Wirtschaft, darin liegen die großen sozialen Umbrüche und Verwerfungen – und auch Chancen, ja, aber ich muss natürlich auch die sozialen Verwerfungen, die da drinnen liegen und auf uns zukommen, sehen. Hier in diesem Bereich, jenem der Demokratie, werden wir neue Spielformen haben.

Das Weltforum für Demokratie im November in Straßburg wird sich mit dem ersten Teil der heutigen Diskussion intensiv befassen, wie weit Fake News, wie weit das gesamte Social Web zu einer totalen Zerstörung politischer Strukturen führen. Wohin marschieren Parteien? Wohin marschiert der Wert politischen Inhalts? In welcher Geschwindigkeit gibt es da noch irgendwelche Trafos, die hier Korrekturen einsetzen oder nicht? Und: Mit welcher Hysterie wird hier agiert, was wird hier ausgelöst?

Also da bin ich schon sehr gespannt. Am Weltforum für Demokratie sind ja doch Tausende Teilnehmer zu einem immer drängenderen und dringenderen Thema, das auf uns zu kommt. Das ist ja nicht nur durch die amerikanische oder unsere aktuelle Debatte in Österreich ausgelöst, sondern wir sehen das ja insgesamt, dass bestimmte soziale Debatten entstehen. Ich denke daran, dass man immer noch auf eine Nachricht zurückgreift, in der von Flüchtlingen, die in der Steiermark einen Supermarkt überfallen haben, die Rede war. Diese Meldung war Fake News, was aber immer noch benützt wird.

Die Polizei hat gesagt: Alle Supermärkte haben eine gemeinsame Erklärung abgegeben, kein einziger Supermarkt in der Steiermark ist überfallen worden. Aber man findet es immer wieder: In Österreich wurde von Flüchtlingen in der Steiermark ein Supermarkt überfallen.

Das heißt: Wie agieren wir da? Das wird spannend. Ich danke, dass nach der Digital Courage des letzten Jahres unter Edgar Mayer dieses Thema jetzt weitergeht. Wir sind da eine kleine, aber wichtige Taskforce-Gruppe im Bundesrat, und ich denke, es wird spannend, was da jetzt herauskommt.

16.39

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Gibt es weitere Fragen? – Bitte, Herr Kollege Preineder.

16.39

Bundesrat Martin Preineder (ÖVP, Niederösterreich): Geschätzte Damen und Herren! Ich bin dankbar dafür, dass sich der Bundesrat intensiv mit dem Thema beschäftigt. In meiner Generation war es ein Muss zwei Zukunftsbücher gelesen zu haben. Das waren George Orwells „1984“ und Aldous Huxleys „Brave New World“. Wenn ich heute die Jetztzeit betrachte, dann wissen wir, dass der Überwachungsstaat, den George Orwell zeichnet, nicht gekommen ist, aber dass sich die Manipulation durch das Internet, die bei Aldous Huxley Thema ist, durchaus näher an der Realität befindet.

Herr Veit Dengler hat gemeint, wir brauchen eine bessere Verteilung von Machtkontrolle. Ich denke, man braucht schon auch das Wissen, dass man nicht nur Kontrolle, sondern auch Verantwortung braucht. Dazu würde ich gerne einen Vorschlag einbringen.

Ich weiß, dass man diesen in Österreich nicht alleine umsetzen kann, aber vielleicht auf europäischer Ebene. Zum einen: Wenn jemand – und da sind wir wieder bei der Medienverträglichkeit – etwas publiziert, auch im Netz, dann möchte ich wissen, wer das ist. Ich möchte wissen, wer versucht, mich zu manipulieren oder zu verändern; Manipulation ist ja nicht unbedingt negativ zu sehen. Das heißt, ich möchte ein Impressum sehen.

Nach Möglichkeit wäre es vielleicht auch gut, wenn man sich ein Kontrollsystem überlegt, das zeigt, von welchem PC etwas kommt. Wenn ich heute ein Fahrzeug betreibe, brauche ich ein Kennzeichen. Wenn ich heute einen PC betreibe, dann wäre es gut, wenn dieser gekennzeichnet wäre.

Wir hatten vor einigen Wochen im Parlament eine Informationsveranstaltung für Abgeordnete zum Thema Cybersicherheit. Alle Experten haben gesagt, es sei extrem schwierig, nachzuverfolgen, woher eine Information oder ein Fake kommt. Ich glaube, es ist wichtig, dass man entsprechend Medienbildung betreibt, obwohl die Jungen mit den modernen Medien viel besser umgehen können als meine Generation. Wenn ich ein Problem mit dem Handy habe, frage ich immer meinen Sohn: Kannst du mir das bitte richten?

Wir brauchen offene Daten, offene Daten der Verwaltung. Die Balance zwischen gläsernem Staat und gläsernem Mensch wird immer eine Frage der Schnittstelle sein. Der Staat ist die Summe seiner Bürger und da müssen wir aufpassen, wie wir die Schnittstellen schaffen.

Herr Ritter hat gemeint: Politik bekommt eine neue Aufgabe. – Da gebe ich ihm recht, dass wir als politisch Verantwortliche diese Prozesse wieder stärker steuern und moderieren sollten, aber ich glaube, und Herr Veit Dengler zeigt es mit seinen Beispielen: Auch das ist nichts Neues.

Irgendein Kaiser hat schon einmal gesagt: Gehen Sie hinaus und ändern Sie die Meinung des Volkes! – Danke.

16.42

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Bitte, Herr Dr. Steindl.

16.42

Dr. Harald Steindl: Harald Steindl, ich bin so ein Veteran des E-Governments, ich war 20 Jahre in Speyer in der Verwaltungshochschule im Wissenschaftlichen Beirat, mir kommt das alles etwas sehr – ja, ich sage einmal – zeitfremd vor.

Worum geht es? – Es geht nicht um Wahlen in der Demokratie, sondern es geht um moderne Formen der Partizipation. Wir sind delegitimiert, denn unser Wahlsystem bildet Partizipationsprozesse des frühen 19. Jahrhunderts ab. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir die Partizipation täglich im Sinne einer Legitimation der repräsentativen Demokratie erneuern können. Wie man das macht, durch eine Auktion, durch irgendwelche technischen Dinge – wobei Schrittzähler bestimmte Bewegungen messen, die dann Entscheidungen beschleunigen, verbessern –, das ist die Frage, die wir uns stellen müssen.

Ich bringe zwei aktuelle Beispiele: Die ach-so-gescholtene deutsche Arbeitsmarktverwaltung hat, um proaktiv zu erfahren, wo sie tätig sein soll, eine Vereinbarung mit Google. Überall dort, wo in einer Gegend plötzlich Stellen gesucht werden, ist zu befürchten, dass Firmen ins Schwanken kommen. Das heißt, man erkennt sehr viel früher, wo Krisen entstehen.

Ähnliches in der Seuchenbekämpfung: Man muss nicht warten, bis ein Amtsarzt über irgendeine Bezirksverwaltung in die Landesverwaltung, in die Bundesbehörde, zum Sanitätsrat meldet, dass sich eine Seuche abzeichnet. Nein, und um es deutlich zu machen: Wir müssen unsere Demokratie als Suchmaschine zur Lösung von Problemen unserer Mitbürger denken. Das heißt heute Partizipation: Demokratie als Suchmaschine denken, nicht Prozesse abbilden, wie Wien das vorführt. Das ist Schnee von vorgestern.

16.44

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Suchmaschine würde ich mir patentieren lassen, lieber Harald.

Bitte, Herr Ritter.

16.44

Moritz Ritter: Ich könnte es nicht besser ausdrücken, als es gerade mein Vorredner gesagt hat. Ich glaube, das ist eine der zentralen Herausforderungen: Digitalisierung schafft nicht einfach die Möglichkeit, das, was wir jetzt haben, zu digitalisieren, sondern wir haben die Möglichkeit, ganz viele Prozesse neu und interaktiver zu denken.

Ich habe das in meinem Vortrag ein bisschen holprig ausgedrückt, ich glaube, nicht jede Entscheidung ist sozusagen eine Nationalratswahl, also nicht jede Entscheidung ist einfach eine binäre Wahl, sondern viele Dinge, viele Prozesse sind zuerst einmal diskursiv und es geht darum, am Ende vielleicht zu der richtigen Frage zu kommen, was übrigens so ein Fall wie der Brexit auch ganz gut zeigt. Die Leute zu fragen war nicht falsch, sondern die Frage war falsch gestellt. Es gab viele andere Themen, die man wahrscheinlich im diskursiven Prozess davor hätte klären müssen, statt einfach zu fragen: Wollt ihr raus oder rein?, und damit zu sagen: Ihr habt keine andere Wahl.

Ich hätte aber noch eine Frage, die wäre an Frau Huemer, und zwar geht es mir da um den Einsatz von Open-Source-Software – das Thema haben wir noch nicht sehr ausgiebig behandelt –, also Software, die gemeinfrei ist. Uns ist es persönlich bei jeder Software, die für politische Partizipation eingesetzt werden soll, extrem wichtig, dass der Quellcode – aus Transparenzgründen und damit das auch wirklich ein Lernprozess werden kann – frei verfügbar ist, damit sich andere diese Software anschauen können. Wenn sie davon etwas weiterverwenden wollen, dann sollen sie das gerne tun.

Das wurde bisher beim Thema E-Government nicht besprochen, und da wollte ich einfach nur einmal nachfragen, ob auch bei der Stadt Wien Open-Source-Software verwendet wird.

16.46

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Bitte, Frau Mag. Huemer, wenn Sie das gleich beantworten.

16.46

Mag. Ulrike Huemer: Vielen Dank für die Frage. Grundsätzlich ja, also unser Crowdsourcing-Tool ist ein Open-Source-Tool. Darüber hinaus legt die Stadt Wien sehr, sehr viel Wert auf Open-Source-Tools, das heißt, wir haben für jedes Produkt, das wir im Einsatz haben, immer auch als Alternative ein Open-Source-Produkt.

16.46

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Gibt es weitere Fragen? – Bitte.

16.46

Martin Leyrer: Schönen Nachmittag, Martin Leyrer vom Chaos Computer Club e.V. Ich habe ein paar kurze Anmerkungen, keine Frage.

Das eine betrifft, da sie jetzt ein paar Mal erwähnt wurden, die Digital Natives: Es ist leider Wunschdenken, dass sich die Jungen besser mit Computern auskennen. Ja, wünschen kann man es sich, aber die haben meistens weniger Ahnung als meine Generation oder als Ihre Generation. (*Ruf: Wir hatten noch Lochkarten!*) – Also Lochkarten hatte ich nicht mehr, aber ab 8 Bit war ich dann auch dabei. (*Heiterkeit.*) Sie benutzen das Ding einfach selbstverständlicher, aber wie das Ding funktioniert, wissen sie nicht.

Gerade wenn wir jetzt noch einmal kurz auf das Thema E-Voting zurückkommen: Da ist es essenziell zu verstehen, wie das funktioniert. Das gibt es nicht! Gehen Sie auf eine Universität, jeder hat sein Tablet, seinen Laptop, jeder hat sein Handy und benutzt die Dinge, aber wie das funktioniert und warum und wieso: keine Ahnung.

Und zur Technologiefolgenabschätzung: Was heißt das, wenn ich da jetzt meine Daten eingabe? – Da ist es ganz vorbei, das sehen wir. Da gibt es ganz, ganz hohen Aufholbedarf an Schulen und in der Ausbildung.

Wegen der Science-Fiction-Bücher: Mein Tipp wären noch die Cyberpunk-Sammlungen aus den Achtzigern, die beschreiben ziemlich genau das, was wir jetzt haben und wo wir gerade hinsteuern, mit den Unternehmen, die das Ganze steuern.

Zur Klarnamendebatte: Ja, das kann man natürlich machen: jeder muss sich registrieren, jeder muss immer alles mit Klarnamen posten, überall ein Impressum. Dann haben wir die Situation wie in den USA, wo unliebsamen Chatpartnern auf einmal ein SWAT-Team ins Haus geschickt wird, und auf einmal stürmt die Polizei ins Haus, weil dort ein Terrorist sitzt. Es gibt also legitime Gründe, warum man nicht unter Klarnamen im Internet agieren möchte – Gamergate-Debatte und so weiter und so fort –, es gibt ganz, ganz viele Gründe, warum dem so ist.

Als Letztes zu den PC-Kennzeichen: Ich muss meinen PC registrieren? Gut, wie machen wir das mit den ganzen IoT-Devices, mit den Internet-of-Things-Geräten, mit jeder Steuerung, jedem Prozessor? In jedem Auto sind 120 Computer, in jedem Gerät, das wir mit uns herumtragen, ist mittlerweile eine CPU- und eine Internetanbindung drinnen, jede Kaffeemaschine, jeder Wasserkocher ist im Internet. Wem gehört das Teil? Also das ist Wunschdenken, das werden wir nicht schaffen.

Wenn ich jetzt an den Mirai Bot denke, da werden dann Angriffe von Kameras durchgeführt, die von Angreifern automatisiert übernommen wurden. Das heißt, ich habe dann vielleicht das Kennzeichen von einem PC, aber der Besitzer wusste gar nicht, dass von seinem PC aus ein Angriff gefahren wurde.

Also darüber können wir dann gerne auch noch einmal bei einem Kaffee weiterplaudern.

16.49

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Es gab noch eine Wortmeldung. – Bitte.

16.49

Univ.-Prof. Dipl.-Math. Dr. Peter Reichl, M.A. St.: Gleich im Anschluss an den Kollegen vom Chaos Computer Club, mein Name ist Peter Reichl von der Fakultät für Informatik der Universität Wien, ich bin ein Kollege von Erich Neuwirth.

Sowohl Erich Neuwirth als auch Sie haben gerade einen ganz wichtigen Punkt angesprochen, den ich total vermisste, das ist die Rolle des Informatikers in dieser ganzen Geschichte. Erich Neuwirth hat erwähnt, dass jemand, der ein Wahlsystem von Grund auf beeinflussbar bauen will, das tun kann.

Das ist ein riesiger Unterschied zu allen Revolutionen und zu allen Transformationen, die wir in der Geschichte bisher erlebt haben. Jetzt kann jemand, der zu Hause sitzt – mein Beispiel ist immer: und sich drei Monate hinsetzt – und eine Uber-App programmiert, zwei Jahre später in Wien die Hälfte der Taxler arbeitslos machen, die dann ihre Familie nicht mehr ernähren können. Das ist ein Mensch oder eine kleine Gruppe.

Wenn Sie überlegen, was ein Arzt an Unheil anrichten kann, ist das genug. Im schlimmsten Fall aber schnippelt er daneben, es gibt eine Blutlache und der Fall ist mit dem Pflaster doch noch beherrschbar. Ein Arzt wird acht Jahre ausgebildet, in

Deutschland war das zumindest so, er wird rekrutiert aus den am besten erzogenen Bevölkerungsgruppen. Er legt den Eid des Hippokrates ab, dass er keinen Unsinn mit seinen Kenntnissen macht.

Vergleichen Sie das einmal mit jemandem, der zwei Semester Informatik studiert, sich dann selbständig macht, eine coole Geschäftsidee hat, die umsetzt und in die Welt hineinschmeißt, ohne irgendwie potenziell gezwungen zu sein, jemals darüber nachzudenken, was das anrichten könnte.

Ich denke, das nimmt etwas davon auf, was Sie sagen wollten, das nimmt auch etwas davon auf, was Erich Neuwirth sagen konnte, und das ist also etwas, was ich in dieser Runde einmal zu bedenken geben möchte. Wenn ich schon so viele wichtige Menschen um mich habe: Denken Sie einmal nach über einen Eid des Hippokrates für Informatiker! – Vielen Dank. *(Beifall.)*

16.51

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Bitte, Herr Professor Dr. Schünemann.

16.51

Prof. Dr. Wolf J. Schünemann: Ja, ich möchte noch einmal das Wort ergreifen. Wenn es keiner der Parlamentarier tut, möchte ich entschieden der Aussage widersprechen, dass Demokratie zur Suchmaschine werden müsse.

Ich halte dem das Schlagwort digitale Demenz entgegen. Viele Apps und Tools, die wir benutzen, haben uns unfähig gemacht, gewisse Alltagspraktiken, zu denen ich auch hoffentlich die demokratischen Praktiken zählen würde, als Bürgerin und Bürger zu leben, zu machen.

Ich will da jetzt gar nicht zu kulturkritisch erscheinen, aber im Anschluss daran, was der Kollege vom CCC gesagt hat: Wir tun das eben – ich tue das auch –, ohne diese Techniken wirklich zu durchschauen. Das ist auch bei der Suchmaschine der Fall, das ist bei dem ganzen Targeting und Marketing der Fall, das ist auch bei der Filterung von News-Aggregatoren der Fall, dass wir das nicht verstehen, dass wir das als Information hinnehmen.

Diese Art der Unselbständigkeit, der Unmündigkeit darf uns bei der Demokratie auf keinen Fall passieren, das dürfen wir nicht zulassen. Also da ist die Suchmaschine und die bequeme Nutzung auf jeden Fall der falsche Weg. *(Beifall.)*

16.52

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Herr Landtagsabgeordneter Mag. Mandl. – Bitte.

16.52

Mag. Lukas Daniel Mandl: Ich habe heute viel gelernt und lerne jetzt noch mehr aus der Diskussion. Durch den Hinweis: Warum sagt kein Parlamentarier etwas?, wurde ich positiv provoziert. Auch Landtagsabgeordnete sind in Landesparlamenten Parlamentarier, und genau das war mein Gedanke.

Bei ganz großer Wertschätzung für Herrn Steindl und seine Ansicht, die ich sogar teile, dass die Suchmaschinenfunktion im Sinne der Partizipation **eine** wichtige Funktion von Digitalisierung für die Demokratie ist, bin ich fest davon überzeugt, dass Wahlen eben der Nukleus der Demokratie sind, wenn wir von repräsentativer Demokratie sprechen. Da setze ich ein bisschen mit Churchill fort und sage: Ich weiß um die Schwächen der repräsentativen Demokratie, kenne aber keine bessere als die repräsentative Demokratie, denn die läuft auf Parlamente hinaus, und Parlamente sind mit die größten Innovationen der Menschheit.

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer

Das würde man manchmal nicht glauben, ich weiß schon, wenn man in Parlamente hineinschaut, aber die Alternative, keine Wahlen zu haben, oder die Alternative, kein Parlament zu haben und Konflikte auf der Straße auszutragen, ist sicher nicht besser. Diese Alternativen sind sicher nicht besser, als Parlamente zu haben. Insofern müssen wir uns im Zeitalter der Digitalisierung, das mindestens so viel Impact auf die Gesellschaft hat wie das Zeitalter des Buchdrucks – und das hat immerhin den Dreißigjährigen Krieg mitverursacht, also einen negativen Impact gehabt –, im Zuge der Diskussion dieses Zeitalters auch Wahlen widmen.

Die Klarnamenpflicht hat mich auch ein bisschen zum Nachdenken gebracht. Ganz banal und aus dem Alltag gesprochen: In Onlinediskussionen würde ich mir oft wünschen, die Klarnamenpflicht zu haben, denn dann wäre das Niveau – das behaupte ich, sogar mit Sicherheit sagen zu können – höher. Mit hundertprozentiger Sicherheit würden ganz viele Menschen das, was sie da unter falschem Namen hineinstellen, nicht unter Klarnamen machen. Ich will aber gar nicht das große Plädoyer für die Klarnamen halten, denn mir sind die negativen Aspekte auch bewusst, aber irgendwie wird man da auf Dauer zu einem Ziel kommen müssen.

Bleibt das eine Parallelwelt, in der man sich sozusagen in alle extremen Richtungen bewegen kann, in die man sich im realen Leben nie bewegen würde, oder akzeptieren wir die digitale Welt als Teil des realen Lebens? Ich glaube, das wird eine ganz, ganz große Herausforderung, durchaus auch mit den großen Gefahren verbunden, die mit der Digitalisierung einhergehen.

16.55

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Damit wir da das Verhältnis klarlegen, Herr Professor: Sie haben gesagt, die Abgeordneten melden sich nicht. Abgeordnete melden sich schon auch, denn in der ersten Reihe sitzen alles Abgeordnete, also wir haben uns schon beteiligt.

Ich lasse eine letzte Wortmeldung zu. Frau Kollegin Dr. Reiter. – Bitte.

16.55

Bundesrätin Dr. Heidelinde Reiter (Grüne, Salzburg): Danke für die Veranstaltung und auch für die spannende Diskussion. Ich glaube aber, wo es große Potenziale gibt, die es zu heben gilt, das ist nicht das E-Voting, sondern das sind die partizipativen Prozesse.

Ich denke, die Diskussionsprozesse, die wir derzeit mühsam mit Bürgerbeiräten, wo es solche gibt, durchführen, könnten mit den entsprechenden Tools zum Erstellen partizipativer Budgets in Gemeinden und solchen Dingen wesentlich ausgeweitet und verbessert werden. Das hat ein großes Potenzial, auch mithilfe dieser Tools, Verbindlichkeiten herzustellen, es für Teilnehmer leichter zu machen, nachzuverfolgen, was mit diesen Dingen passiert.

Ich glaube, dass es da ein großes Potenzial gibt, das es zu heben gilt, gerade auch im Sinne der Demokratie, denn das Verständnis für diese ganzen Prozesse verbessert sich auch bei diesen Bürgerbeiräten enorm. Da sieht man auch erst, welchen Einblick die Menschen in demokratische Prozesse haben oder eben nicht haben. Ich denke, da gibt es viele Möglichkeiten und dem sollte man sich ganz proaktiv stellen.

Eine kurze Bemerkung aber noch zu Wien, und meine Frage dazu: Wie weit sind die Nicht-Digitals da eingebunden? Wie weit ist es dem ganz normalen Staatsbürger, der sich dazu entschließt, kein iPhone mehr zu benutzen, dann noch möglich, zu entsprechendem Service zu kommen? Inwieweit findet das Bedürfnis dieser Menschen, von denen es ja nicht wenige gibt, auch Eingang in die Entwicklung dieser

ganzen Tools und Möglichkeiten? Ich glaube, auf diese Menschen sollte man – auch im demokratischen Sinn – nicht vergessen.

16.57

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Also darauf wollen wir noch eine Antwort: Klub der iPhone-Losen. – Bitte.

16.57

Mag. Ulrike Huemer: Der Klub der iPhone-Losen ist uns ganz, ganz wichtig, daher werden sämtliche Services, die die Stadt anbietet, natürlich auch weiterhin analog angeboten werden. Es wird nicht dieses Entweder-oder geben, sondern die Menschen, die Onlineservices in Anspruch nehmen wollen, sollen sie wirklich gut gestaltet zur Verfügung gestellt bekommen. Alle, die sagen, ich möchte weiterhin analog meine Services in Anspruch nehmen, ich möchte zum Magistratischen Bezirksamt gehen, ich möchte meine Ummeldung, Abmeldung, wie auch immer, so machen, die können das auch weiterhin tun.

Was uns auch sehr wichtig ist, bei all unseren partizipativen Themen, die wir machen: Wir machen nicht nur Onlinepartizipation, sondern wir machen immer eine Kombination aus online und offline, das heißt, wir laden Bürgerinnen und Bürger auch ganz normal analog ein, um sich daran auch zu beteiligen. Wenn man zum Beispiel die Digitale Agenda Wien liest, da gibt es ein Handlungsfeld, das sich genau mit diesem Thema, also Sicherheit, Vorbehalte gegenüber der Digitalisierung, beschäftigt.

16.58

Vorsitzender Präsident Edgar Mayer: Dann darf ich hier mit einer Punktlandung abschließen. Ich darf mich noch einmal sehr, sehr herzlich bei allen bedanken, insbesondere bei den Referenten. Ich denke, es war ein gut zusammengestelltes Team, das uns heute informiert hat. Wir haben ja schon angesprochen, dass wir das Ganze als Prozess betrachten – Kollege Schennach hat das auch angesprochen –, dass wir das in unseren Ausschüssen weiter bearbeiten, weiter behandeln und dann natürlich auch eine Strategie entwickeln werden, die wir an den Nationalrat und an die Regierung weiterleiten.

Meiner Meinung nach soll von uns auch ein Auftrag an die Regierung definiert werden, was wir mit dieser Digitalisierung weiterhin wollen. Ich habe schon eingangs in meiner Präsidentschaft gefordert, dass das ein Staatssekretariat, also gebündelt werden soll, es ist ja eine Querschnittmaterie, die NEOS haben dann gleich ein Ministerium daraus gemacht, wie auch immer.

In einer zukünftigen Regierung soll es eine Zuordnung geben, wo diese wichtige Zukunftsmaterie – wir sind zwar schon mittendrin, wir wissen aber, dass diese Materie auch in Zukunft einen Stellenwert haben wird – behandelt werden muss.

Zu den Referenten: Sie haben den Bundesrat gelobt. Machen Sie das weiter so! Das war auch eine essenzielle Aussage von vielen. Für alle, die sich noch beteiligen wollen: Die Plattform ist noch offen, sie kann über www.digidem.at erreicht werden oder man kann sich auch über das Parlament sozusagen einloggen.

In diesem Sinne darf ich mich noch einmal herzlich für Ihre Teilnahme bedanken. Weil Sie eine so hervorragende Gruppe waren, sind Sie jetzt zum Imbiss eingeladen, zu Gesprächen und Getränken. – Herzlichen Dank, schönen Nachmittag! (*Beifall.*)

Schluss der Sitzung: 17 Uhr

